06/2020

# KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

**VwGH**

Entscheidung sorgt für Kopfschütteln

**Seite 26**

**ENERGIEWENDE**

Bürgerkraftwerke in Gemeinden

**Seite 38**

**PORTRÄT**

„Bin schon mal geköpft worden“

**Seite 68**

# „Erste Hilfe“ für Gemeinden

**Alle Möglichkeiten des Staates werden ausgeschöpft: Eine Milliarde Euro Finanzhilfe soll Gemeinden über die Corona-Krise helfen.**

**Seite 14**

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

Österr. Kommunal-Verlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M

# Vier Jahreszeiten. Ein Unimog.

Straßen kehren im Frühling, Blumen gießen im Sommer, Transportarbeiten im Herbst sowie Räumungsarbeiten im Winter. Der Unimog ist unermüdlich. Mit einer Vielzahl an möglichen Anbaugeräten lässt er keine Wünsche offen und ist 365 Tage im Jahr im kommunalen Einsatz. Denn ein richtiges Arbeitstier braucht keine Pause.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

**Autorisierte Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog**
**Pappas Auto GmbH** 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Hotline: 0800/727 727, www.pappas.at
**Georg Pappas Automobil GmbH** 5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34, Hotline: 0800/727 727, www.pappas.at
**Auer GmbH** 6143 Mühlbachl, Statz 92, 05273/6840, www.auer-kfz.at

KOMMUNALES INVESTITIONSPAKET

# ERSTE HILFE FÜR GEMEINDEN

Ende April hat der Österreichische Gemeindebund mit einer Resolution nach finanzieller Hilfe für die Gemeinden gerufen.

Nachdem klar war, dass wir die Gesundheitskrise gemeistert haben, war es an der Zeit auch die Budgetkrise der Gemeinden zu lösen. Die Corona-Pandemie kostet die Gemeinden in diesem Jahr rund zwei Milliarden Euro. Wir haben von der Bundesregierung ein kommunales Investitionspaket in Höhe von einer Milliarde Euro, Maßnahmen zur Liquiditätssicherung und die Verlängerung des Finanzausgleichs um zwei Jahre gefordert. Die Landesverbände und der Österreichische Gemeindebund haben über Wochen hinweg auf die besonderen finanziellen Herausforderungen der Städte und Gemeinden hingewiesen und Bundes- und Ländervertreter um Hilfe ersucht.

Die Bundesländer haben schon in den letzten Wochen mit unterschiedlichen Paketen erste wichtige Maßnahmen zur Liquiditätssicherung (Stichwort: Kassenkredite) und auch zur finanziellen Förderung beschlossen. Dank unseres Einsatzes auf Bundesebene ist es uns in vielen Gesprächen mit dem Bundeskanzler und dem Finanzminister gelungen, ein großes kommunales Investitionspaket in Höhe von einer Milliarde Euro auf die Beine zu stellen. Mit diesem frischen Geld werden Projekte mit 50 Prozent Zuschuss gefördert und rund zwei Milliarden Euro an dringend notwendigen Investitionen ausgelöst. In den Verhandlungen haben wir aber auch durchgesetzt, dass nicht abgeholte Mittel über den Strukturfonds oder Bedarfszuweisungsmittel jedenfalls an die Gemeinden gehen. Klar ist: Für den wirtschaftlichen Aufschwung brauchen die vielen kleinen und mittleren Unternehmen die Investitionskraft aller Gemeinden. Zusätzlich zu dieser Milliarde für die Kommunen laufen ja weitere Förderschienen des Bundes und der Länder, wie etwa der Breitbandausbau, die Siedlungswasserwirtschaft oder der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs. Mit all diesen Maßnahmen wollen wir uns aus dieser Krise herausinvestieren und den Wiederaufschwung gemeinsam schaffen.

In der Krise der letzten Wochen hat sich wieder klar und deutlich gezeigt: Die Gemeinden sind das Rückgrat unserer Republik und unserer Gesellschaft. Als erste und direkte Ansprechpartner kümmern wir uns um das direkte Lebensumfeld der Menschen und haben aufgrund unseres Einsatzes für die Menschen in den letzten Wochen noch mehr an Vertrauen gewonnen. Das zeigen auch aktuelle Umfragen schwarz auf weiß! Vielen Dank an alle Bürgermeister, an alle Mitarbeiter und alle Gemeindemandatare: Ihr sorgt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und seid das Rückgrat unseres Staates.

ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

„KLAR IST: FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN AUFSCHWUNG BRAUCHEN DIE VIELEN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN **DIE INVESTITIONSKRAFT ALLER GEMEINDEN.**“

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal at**

# EDITORIAL

## Liebe Leserin, lieber Leser,

an dieser Stelle möchte ich ein Lob an die Bundesregierung und an die Spitzen des Gemeindebundes aussprechen. Investitionen von Gemeinden sollen mit einer Milliarde Euro gefördert werden, wenn diese die zweite Milliarde selber aufbringen. Bei 2096 Gemeinden sind das durchschnittliche Investitionen von rund einer Million pro Gemeinde. Damit fungieren die Kommunen vor allem als Starterkabel für den Wirtschaftsmotor. Das ist aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll und richtig. Nie könnte man sonst Investitionen besser in die Fläche bringen oder breiter diversifizieren. Die Städte und Gemeinden können ihrer gestalterischen Rolle nachkommen, lebenswerte Orte schaffen und die Wirtschaft wird dabei angekurbelt.

Was dieses Paket jedoch nicht ist, ist ein Ausgleich für die massiven Einnahmenrückgänge der Gemeinden. Der laufende Haushalt ist nach wie vor schwer von der Corona-Krise und ihren wirtschaftlichen Folgen betroffen. Die Kommunalsteuern fallen ins Bodenlose und die Entwicklung der Ertragsanteile traut sich nicht mal der Finanzminister zu prognostizieren. Der spannende Effekt, der nun eintreten wird, ist: Die Gemeinden müssen auf der einen Seite sparen, um ihren Haushalt zu finanzieren, und auf der anderen Seite investieren, um die Investitionsprojekte zu starten. Wenn das kein Tanz auf dem Drahtseil wird.

**Michael Zimper,**
Geschäftsführer Kommunal-Verlag

/14

### „Erste-Hilfe-Paket“ für Österreichs Gemeinden

Eine Milliarde Euro sind im Gemeinde-Investitionspaket 2020 abrufbereit

/26

### Kostentragung gegen Parteistellung

Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes sorgt für Kopfschütteln

# INHALT

/38

## Energiewende

Sind Energiegemeinschaften in Kommunen eine „Totgeburt“ oder ein „wertvoller Beitrag“?

/68

## „Bin schon mal geköpft worden“

Walter Hofer, Bürgermeister von Ellbögen

FOTOS/Andy Wenzel/BKA//LeanderVasse@gmail.com/stock.adobe.com//©contrastwerkstatt - stock.adobe.com// Julia Tütscher //COVERBILD.Elesin Aleksandr/stock.adobe.com

KOMMUNAL 06/2020


### THEMA

**Starke Spezialisierung ist eher ein Nachteil** 20
Nicht nur auf Städte hatte der Shutdown massive Auswirkungen

**Finanzsituation und Förderungen** 23
Ein KOMMUNAL-Webinar analysiert die Auswirkungen der Corona-Krise

**Comeback für Tourismus und Wirtshauskultur** 24
Tourismusministerin Köstinger über die Starthilfe für eine gebeutelte Branche

### POLITIK & RECHT

**Können Gemeinden in Konkurs gehen?** 31
Wieder kocht die Diskussion hoch, ob eine Gemeinde insolvent werden kann

**Gemeinden leben vor, was Europa braucht** 32
EU-Kommissions-Botschafter Martin Selmayr zur europäischen Dimension der Corona-Krise

**„Ohne Gemeinden ist in Europa kein Staat zu machen“** 34
DStGb-Geschäftsführer Gerd Landsberg im Interview

### GESTALTEN & ARBEITEN

**Bürgermeister in der Blackout-Verantwortung** 46
Experte Herbert Saurugg über die Herausforderungen für Gemeinden

**Rückenwind für erneuerbare Energien** 50
Studie spricht von „überwältigender Zustimmung“ in der Bevölkerung

### LAND & LEUTE

**Crashtest zu den Folgen eines Wildunfalls** 72
ÖAMTC: 75.000 tote Wildtiere und vier tote Menschen sind zu viel

**Durchs Sammeln kommen die Leut’ zusammen** 74
Der Siegeszug der Topotheken ist gelebte Geschichte

**Gefahrenquelle Pool und Gartenteich** 76
Jedes Jahr zur Badesaison: Aufsicht rettet Kinderleben!

**„Wir alle sind Gemeinde“** 78
Ein Buch des Tiroler Gemeindeverbandes sorgt für Aufsehen

**Impressum** 82

### FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

| | |
|---|---|
| Austria Glas Recycling GmbH | 62 |
| Bundesbeschaffung GmbH | 59 |
| Elektron AG | 42 |
| Gas Connect Austria GmbH | 55 |
| GemNova Dienstleistungs GmbH | 78 |
| Georg Ebinger GmbH | 63 |
| ISTmobil Gmbh | 72 |
| Klima- und Energiefonds | 60 |
| Murexin GmbH | 59 |
| Natur im Garten Service GmbH | 73 |
| Nespresso Österreich GnbH & Co OHG | 64 |
| ÖVGW – Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach | 48 |
| Stihl GmbH | 54 |

TROTZ GROSSER UNSICHERHEIT:

# ENTSCHEIDUNGEN **WAREN NOTWENDIG**

Mit den ersten Covid-19-Fällen in Frankreich und Italien war die Pandemie auch in Europa angekommen. Von den einzelnen Bundesregierungen waren rasche Entscheidungen gefragt – ohne faktenbasierte Grundlagen und ohne die Auswirkungen im Einzelnen zu kennen. Ein Lockdown wurde beschlossen, Ausgangssperren verhängt und die Wirtschaft heruntergefahren. Die Unsicherheit war groß, aber entschieden werden musste trotzdem. Andere Länder haben sich mehr Zeit gelassen. Die Auswirkungen sind ersichtlich.

Die Ausgangssperre ist nun abgelaufen, seit 1. Mai gilt die „Corona-Lockerungsverordnung", die zumindest eine teilweise Rückkehr zur Normalität verspricht – und noch immer sind so viele Fragen offen: War der Lockdown alternativlos? Oder hätte man einen Kollaps des Gesundheitssystems auch mit milderen Maßnahmen verhindern können? Wie gefährlich ist das Coronavirus nun wirklich? Jetzt, nachdem schon einige Zeit vergangen ist, kann man natürlich diese Fragen stellen.

Sicher wird es, solange es keine wirksame Impfung gibt und auch danach, viele Diskussionen geben. Selbst seriöse Wissenschaftler sind sich nicht einig. Zu diesem Zweck hat etwa science.ORF.at vier Fachleute aus den Bereichen Epidemiologie, Infektionsmedizin und Biostatistik kontaktiert – und ihnen die Gretchenfrage gestellt: Ist Covid-19 mit der Grippe vergleichbar? Die Antworten fielen höchst unterschiedlich aus. Sie reichen von: „Der Vergleich ist notwendig und erhellend" bis hin zu: „Die Dunkelziffern sind unbekannt, ein Vergleich erübrigt sich." Das liegt auch daran, dass man die Frage eigentlich spezifischer stellen müsste. Der deutsche Virologe Christian Drosten betonte kürzlich in einem ZIB-2-Interview, dass es sich bei Covid-19 keinesfalls um eine neuartige Grippe handle, sondern um eine Krankheit, die „20 bis 30 Mal" gefährlicher sei.

> **War der Lockdown alternativlos?** Oder hätte man einen Kollaps des Gesundheitssystems auch mit milderen Maßnahmen verhindern können? **Im Nachhinein kann man solche Fragen immer stellen."**

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal.at**

Der Informatiker und Biostatistiker Bernhard Pfeifer erstellt für die Tiroler Kliniken Modelle, mit deren Hilfe er die Auslastung von Krankenhausbetten vorhersagt. Vergleiche zwischen Grippe und Covid-19 hält auch er für zulässig, betont aber: „Die Grippe ist nicht so gut erforscht, wie man meinen sollte. Was die Sterblichkeit anlangt, gibt es viele Unsicherheiten." Erhellend sei die Gegenüberstellung insofern, als dadurch die Besonderheit von Covid-19 sichtbar werde. Das sind aus Sicht des Modellforschers drei Eigenschaften: Gegen Covid-19 gibt es keine Impfung, der Erreger SARS-CoV-2 ist so gut wie für jeden und jede ansteckend – und vermehrt sich außerdem rasant.

**Wenn die Experten uneins sind in ihrer nachträglichen und aktuellen Beurteilung**, wie kann man von der Regierung erwarten, dass nur die richtigen Entscheidungen getroffen werden? Die Unsicherheiten werden uns noch lange begleiten. Unterschiedliche Meinungen und Analysen wird es geben, allen gemeinsam, dass man im

> DASS NEBEN DEN GESUNDHEITLICHEN FOLGEN FÜR UNSER LAND NUN AUCH WIRTSCHAFTLICHE FOLGEN ZU ERWARTEN SIND, WAR VON VORNHEREIN ALLEN BEWUSST. **ÜBER DAS WAHRE AUSMASS IST MAN SICH ABER BIS HEUTE NICHT IM KLAREN.“**

Nachhinein bessere Daten zur Verfügung hat, die Auswirkungen besser beurteilen kann und dann natürlich sagen kann was man hätte besser machen können. Maßgeblich ist allerdings, dass schon zu Beginn Entscheidungen getroffen werden mussten.

Dass neben den gesundheitlichen Folgen für unser Land nun auch wirtschaftliche Folgen zu erwarten sind, war von vornherein allen bewusst. Über das wahre Ausmaß ist man sich aber bis heute nicht im Klaren. Mitte März ging Wifo-Chef Christoph Badelt noch davon aus, dass Österreichs Wirtschaftsleistung im ersten und zweiten Quartal mit Sicherheit schrumpfen wird. Das wäre eine sogenannte technische Rezession (zwei Quartale mit Minus in Folge). Schon Ende April gab es ganz andere Prognosen. „Die Coronavirus-Pandemie bringt Österreich einen historischen Einbruch der Wirtschaft, ein ebenso historisch hohes Budgetdefizit und auch historisch hohe Arbeitslosenzahlen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) prognostiziert für heuer einen Einbruch der Wirtschaft von 5,25 bis 7,5 Prozent. Das Budgetdefizit wird sich demnach auf 7,5 bis zehn Prozent belaufen“, so Badelt in der „Kleinen Zeitung“ am 23. April 2020. Noch düsterere Prognosen kommen von der EZB, die für das schlimmste Szenario von einem Minus von zehn bis zwölf Prozent für das BIP ausgeht. Das soll keine Kritik an den Wirtschaftsforschern sein. So schwierig Prognosen für die Zukunft schon unter „normalen“ Bedingungen sind, so zeigt sich hier, wie schwierig die Erstellung von Prognosen unter den derzeitigen Umständen ist. Hier gilt dasselbe wie bei den gesundheitlichen Folgeabschätzungen – im Nachhinein weiß man es immer besser.

Die BIP-Prognosen hängen natürlich direkt mit den geschätzten Steuereinnahmen zusammen. Ging man zu Jahresbeginn noch von einer Weiterführung des Budgetpfades mit einem Überschuss und weiterem Schuldenabbau aus, ist dies längst kein Thema mehr. Vom Stabilitätspakt mussten wir uns genauso verabschieden wie von der Erfüllung der Maastricht-Kriterien. War vor einer Woche im Rahmen der beamteten ÖKK-Runde noch von einem Minus der Ertragsanteile von 4,2 Prozent die Rede, sind wir diese Woche schon bei einem Minus von 7,3 Prozent.

Zum Vergleich: Im Jahr 2019 gingen noch rund elf Milliarden Euro an die Gemeinden. Dazu kommt noch das Minus bei der Kommunalsteuer für jene Gemeinden die über ein Kommunalsteueraufkommen verfügt haben. Aufwendungen für Personal im Kindergarten und in der Schule standen keine Einnahmen gegenüber. Das Wegbrechen der Einnahmen im Dienstleistungs- und Wirtschaftsbereich der Gemeinden belastet die Gemeindebudgets genauso. Befürchtungen werden auch schon laut, dass die Umlagen (Krankenhaus, Sozialhilfe) steigen werden.

**Auch hier gilt: Dass sind alles nur Prognosen**, Exakt wissen werden wir es am Ende des Jahres. Sicher und schon spürbar sind hingegen die Einbrüche bei den Vorschüssen zu den Ertragsanteilen beginnend ab April und das Minus bei der Kommunalsteuer. Hier bedarf es entsprechender Unterstützung für die Gemeinden: ein kommunales Investitionspaket und Möglichkeiten, wie Liquiditätsprobleme beseitigt werden können. Das hat auch das Präsidium des Gemeindebundes in einer Resolution zum Ausdruck gebracht. Der Bund und die Länder sind gefordert, hier ihren Beitrag zu leisten, um die Unsicherheiten zumindest abzumildern. Entscheidungen sind auch hier trotz Unsicherheit gefragt. Die genauen Folgen werden wir sowohl bei der Pandemie als auch bei den Finanzen allerdings erst im Nachhinein feststellen können.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

## ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

### THEMA „KOMMT JETZT DIE GROSSE FLUCHT AUFS LAND?“

Viele haben das Homeoffice in der Corona-Krise dorthin verlegt, wo sie ihren Lebensmittelpunkt sowieso lieber hätten: aufs Land. Dort gibt es mehr Grün, frischere Luft, mehr Platz, weniger Menschen und damit weniger potenzielle Virusüberträger. Fallen Job oder Studium als Hauptgrund weg, in der Stadt zu leben, und ist man örtlich flexibel, dann kann man also statt in der engen Stadtwohnung wieder im alten Kinderzimmer bei den Eltern oder im Ferienhaus arbeiten – vorausgesetzt, die Internetverbindung ist gut genug.

„Es wird bestimmt ein paar **mehr Menschen geben, die nun aufs Land ziehen wollen.“**

**Roland Gruber,**
Architekturbüro
Nonconform

„Dazu kommt, dass die Isolation den Menschen erlaubt, **ihre Erwartungen und Bedürfnisse, auch in Hinblick auf das Wohnen,** wahrzunehmen.“

**Oona Horx-Strathern,**
Zukunftsinstitut

QUELLEN: Der Standard, Die Presse,

FOTOS // nonconform // Zukunftsinstitut

## INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

FOTOS // Igor/stock.adobe.com/Lemardeley

# **Deutschland:** Heftige Zäsur für Gemeindefinanzen erwartet

**Die Corona-Krise bildet für die Haushalte von Landkreisen, Städten und Gemeinden eine deutliche Zäsur. Dies ist das Ergebnis einer Blitzbefragung unter 200 Kommunen, die vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der KfW-Bankengruppe Ende April als Ergänzung zum KfW-Kommunalpanel durchgeführt wurde.**

Statt mit Haushaltsüberschüssen und sinkender Verschuldung rechnen die meisten Kommunen nun mit einem Einbruch ihrer Einnahmen, wachsenden Ausgaben und einer erneut ansteigenden Verschuldung. 90 Prozent der befragten Kämmereien blicken mit Sorgen auf das laufende Haushaltsjahr. Für 2021 erwarten sogar acht von zehn Kommunen eine Verschlechterung der finanziellen Situation.

Im Ergebnis geht jede dritte Kommune von sinkenden oder stark sinkenden Investitionsausgaben im laufenden Jahr sowie für die Folgejahre ab 2021 aus. Bereits in der Vergangenheit haben die Kommunen erhebliche Investitionsrückstände aufgebaut, wie sie jährlich vom Difu im Rahmen des KfW-Kommunalpanels ermittelt werden. Im Jahr 2018 betrugen diese rund 138 Milliarden Euro. Hoffnung macht, dass immerhin 26 Prozent der Kommunen steigende Investitionen in den nächsten Jahren für möglich halten, wenn die Politik Unterstützungsmaßnahmen für die kommunale Ebene auf den Weg bringen sollte – allen voran finanzielle Entlastungen, die von 49 Prozent der befragten Kämmereien als notwendige Voraussetzung zur Bewältigung der Krise angesehen wird:

**www.difu.de/15407**

### WIEN IST „GRÜNSTE STADT DER WELT“

Für das „Greenest Cities“-Ranking wurden mehr als 100 Städte weltweit nach Kriterien wie Anteil von Parks und öffentlichen Grünflächen in der Stadt, Nutzung erneuerbarer Energien, Luftgüte, Angebot des öffentlichen Verkehrs sowie Angebot an Märkten mit lokalen Produkten verglichen. Wien punktete im Städtevergleich als eine der wenigen Metropolen mit einem Nationalpark innerhalb der Stadtgrenzen.

Erstellt wurde das Ranking von der kanadisch-amerikanischen Consulting-Agentur Resonance anlässlich des 50. „Earth Day“. Die Agentur erstellt regelmäßig den „World’s Best Cities Report“, auf dem das Ranking basiert.

**www.bestcities.org/news/**

# **Europa:** Metropolen wechseln auf die Fahrrad-Spur

**Wien ist laut einem Bericht im „Standard" nicht allein mit der Idee, anlässlich der Corona-Krise sein Verkehrskonzept zu überdenken: Auch Paris, Rom und Brüssel wollen fahrradfreundlicher werden.**

Ein Beispiel: Anfang Mai staunten die Bewohner der französischen Hauptstadt Paris nicht schlecht: Auf Anordnung der Bürgermeisterin Anne Hidalgo (Bild) hatten städtische Arbeiter über Nacht die rechte Fahrspur zahlreicher Einfallstraßen mit Farbe und Plastikpollern in Radwege der Luxusklasse verwandelt. Ähnliches fand auch in Brüssel statt – Rom will nachziehen.

**www.derstandard.at**

**MAILANDS BÜRGERMEISTER KONTROLLIERTE STADT**

Nach einem Eklat um Menschenansammlungen im Mailänder Lokalviertel Navigli hat der Bürgermeister der lombardischen Metropole, Giuseppe Sala, laut einem Bericht der „Kleinen Zeitung" Gegenmaßnahmen ergriffen. Polizisten patrouillierten in den Gassen des Viertels, wo sich Menschen versammelten, um vorbestellte Speisen und Getränke abzuholen.
Sala selbst vergewisserte sich, dass die Vorschriften eingehalten werden. Er postete auf seiner Instagram-Seite Bilder von wenigen Menschen entlang der Kanäle aus dem Mittelalter, Restaurants am Wasser und Ateliers in versteckten Höfen, die seit jeher Mailänder in ihren Bann ziehen. Vor Beginn der Coronavirus-Krise war die Gegend ein bekanntes Ausgehviertel mit Bars und Musik.

**www.kleinezeitung.at**

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

FÜR IHRE GEMEINDE NUR DAS BESTE.
ICH BIN GERNE FÜR SIE DA.

- FINANZIEREN
- ALL-INCLUSIVE LEASING
- PORTFOLIOSTEUERUNG

christian.koch@hyponoe.at
www.hyponoe.at

HYPO NOE
Mit Sicherheit unsere Bank.

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 05/2020. Werbung

JETZT ANMELDEN!
KOMMUNAL FÜR ALLE GEMEINDERÄTE UND GEMEINDERÄTINNEN IM SAMMEL-ABO

KOMMUNAL: DAS ABO FÜR ALLE

# VOLLE INFORMATION UM **NUR 35 EURO IM JAHR**

KOMMUNAL hat ein Sonderangebot geschnürt, um allen in der Kommunalpolitik Aktiven ihr eigenes Exemplar von KOMMUNAL zu garantieren: Um nur 35 Euro (statt 59 Euro) erhalten Sie ein Jahr lang 11 Ausgaben an eine Adresse Ihrer Wahl. Greifen Sie zu!

Die richtigen Informationen sind immer noch die beste Basis für gute Entscheidungen. Genau aus diesem Wissen heraus ist KOMMUNAL gegründet worden und hat in den vergangenen 30 Jahren nach diesem Grundsatz berichtet. Unsere Erfahrung hat uns gelehrt, dass Gemeinden zahlreiche Problemstellungen teilen und der Hunger nach Informationen sehr groß ist. Es ist auch nicht notwendig, das Rad immer von Neuem zu erfinden, von guten Beispielen darf auch gelernt werden.

Das wussten auch unsere Gründerväter und schnürten ein Paket, durch das den Entscheidungsträgern in den Gemeinden ein mittlerweile europaweit anerkanntes „Fachmagazin für Kommunalpolitik“ zur Seite gestellt wurde – eben KOMMUNAL. Für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Amtsleiterinnen und Amtsleiter, geschäftsführende Gemeinderäte, verantwortliche Mitarbeiter in den Bauhöfen, den Wasserwerken und den Verwaltungen der heimischen Kommunen war dieses Angebot seit mehr als

FOTO//©ASDF – stock.adobe.com

EUROPA FÄNGT IN DER GEMEINDE AN
Machen Sie mit!

**Machen Sie mit!** Werden Sie Europa-Gemeinderätin bzw. Europa-Gemeinderat **und seien Sie Teil dieser Erfolgsgeschichte!**

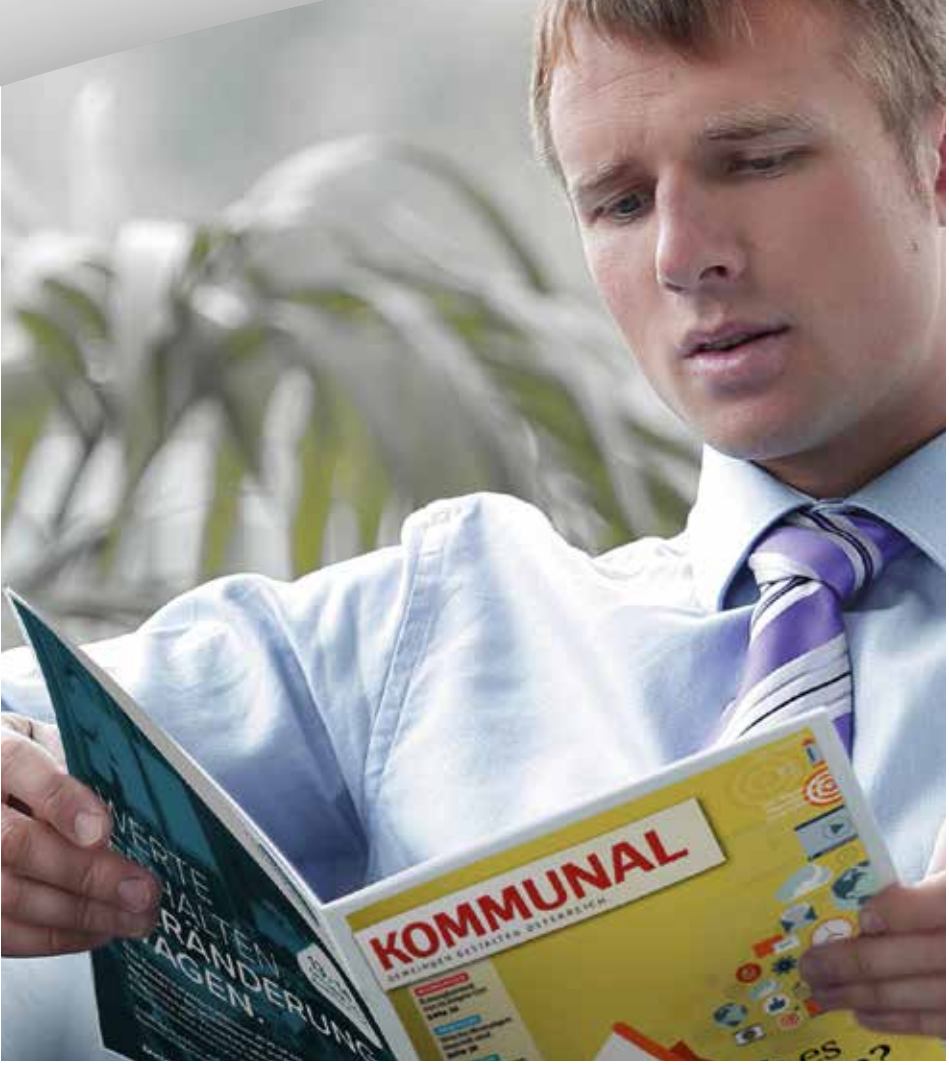
**10 Jahre „Europa fängt in der Gemeinde an“**
**Ein Vorzeigemodell konkreter BürgerInnenbeteiligung. Einzigartig in Europa.**

Mehr Informationen, Teilnahmevoraussetzungen und Anmeldeformular unter
**www.bmeia.gv.at/europagemeinderaete**

Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus stellt uns alle vor extreme Herausforderungen – und gerade jetzt ist die europäische Zusammenarbeit wichtiger denn je: Um diese globale Krise erfolgreich zu bewältigen, brauchen wir gemeinsame Lösungen. Bei der konkreten Umsetzung stehen oft die Gemeinden an vorderster Front. Europa fängt also in der Gemeinde an, und die über **1.100 Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte** spielen dabei eine zentrale Rolle. Gut vernetzt, mit europapolitischem Know-How ausgestattet und top informiert sind sie oft die ersten Ansprechpersonen in ihrer Gemeinde, wenn es um die EU geht.

**Machen Sie mit!** Unterstützt werden Sie von uns durch ein umfangreiches und vielfältiges Serviceangebot.

Bundesministerium Europäische und internationale Angelegenheiten
Europäische Kommission
Europäisches Parlament
Österreichischer Gemeindebund




drei Jahrzehnten KOMMUNAL kostenlos. Dies wird auch weiterhin so bleiben.

Aber neben diesen Gruppen gibt es auch die große Gruppe der vielen praktisch ehrenamtlich engagierten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die KOMMUNAL nicht gratis erhalten können, einfach weil die Kosten dann nicht mehr zu bewältigen wären. Im vierten Jahrzehnt unseres Bestehens haben wir deshalb ein Paket geschnürt, um alle Gemeinderäte auf ein und denselben lösungsorientierten Wissensstand zu bringen.

Bestellen Sie jetzt als Gemeinde für alle Gemeinderäte und Gemeinderätinnen oder für Ihre Fraktion im Gemeinderat ein Sammel-Abo von KOMMUNAL um nur 35 Euro pro Bezieher – so kann jede/r monatlich eine Ausgabe nach Hause bekommen.

**Weitere Infos unter abo@kommunal.at oder der Telefonnummer +43 1 532 23 88-543.**

bmlrt.gv.at

CORONAVIRUS

Coronavirus-Soforthilfe für den

Tourismus

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLRT

Bundesministerium
Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus

Der Tourismus ist **massiv** von den Folgen des Coronavirus betroffen. Um die Tourismuswirtschaft in dieser **schwierigen Situation** zu **unterstützen** und existenzbedrohende **Liquiditätsengpässe** zu **vermeiden**, hat die Bundesregierung ein **Coronavirus-Maßnahmenpaket** geschnürt. Alle Infos dazu finden Sie laufend aktualisiert auf der Website des BMLRT unter **www.bmlrt.gv.at/tourismus/corona-tourismus/corona-maßnahmenpaket** bzw. direkt bei der ÖHT unter **www.oeht.at**

KOMMENTAR

MAG. HELMUT REINDL ÜBER NOTWENDIGE SCHRITTE NACH DER CORONA-KRISE.

# Homeoffice braucht Breitband – **und zwar ein starkes!**

Vor nunmehr drei Jahren hat der viel gerühmte Masterplan für den ländlichen Raum den Breitbandausbau bis in die kleinen Gemeinden angekündigt. Und was ist geschehen?

Seit Ausbruch der Corona-Krise erlebt Homeoffice einen wahren Boom. Für Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeiter war das vielfach vorher noch nicht möglich, aber jetzt nutzen viele die Möglichkeit, sicher und bequem von zu Hause aus zu arbeiten. Allmählich kehrt zwar wieder Leben in die Gemeindeämter ein, und so manche Bedienstete sind auch froh, wieder ins Büro gehen zu können, aber viele haben auch die Vorteile der neuen Möglichkeiten schätzen gelernt.

Zahlreiche Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeiter konnten jedoch kein Homeoffice machen, weil es an ihrem Wohnort einfach keine leistungsfähige Internetverbindung gibt, die heute für Büroarbeiten unerlässlich ist. Denn Konferenzen auf Plattformen wie Skype und Zoom benötigen jede Menge Datenvolumen und sind nur mit einem Breitbandanschluss möglich.

> „Zahlreiche Gemeindemitarbeiter und -mitarbeiterinnen konnten kein Homeoffice machen, **weil es an ihrem Wohnort einfach keine leistungsfähige Internetverbindung gibt."**

**Dass es hier großen Nachholbedarf gibt, zeigt die Umfrage**, die KOMMUNAL während des Höhepunkts der Corona-Krise bei Gemeindeverantwortlichen gemacht hat: Weniger als die Hälfte der Befragten waren mit der Breitbandanbindung in ihrer Gemeinde zufrieden. Im Gegensatz dazu zeigten 28 Prozent nur mäßige Begeisterung über die Breitbandleistung, 25 Prozent waren sogar nur wenig bis gar nicht zufrieden.

Besonders unzufrieden sind die Bewohnerinnen und Bewohner kleinerer Gemeinden. Hier sind einerseits die Telekomunternehmen gefordert, den Breitbandausbau auch in peripheren Regionen zu forcieren, andererseits ist auch die Politik in der Pflicht, den mit viel Tamtam vorgestellten Masterplan für den ländlichen Raum von vor fast drei Jahren schnellstens umzusetzen, um die Chancengleichheit von Stadt und Land endlich zu ermöglichen.

**helmut.reindl@kommunal.at**
Mag. Helmut Reindl ist Redakteur bei KOMMUNAL

AUS DEM GEMEINDEBUND

KURZ BERICHTET

## WiFi4EU: Frist für Installation verlängert

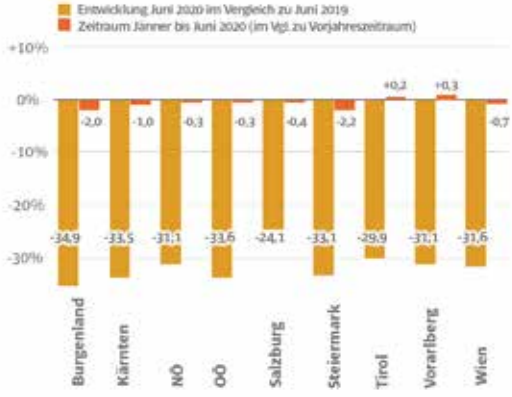
Die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig eine gute Internetverbindung ist. WiFi4EU hat sich zum Ziel gesetzt, schnelles und sicheres WLAN für alle zugänglich zu machen. Nun wurden die Installationsfristen für abgeschlossene Calls um acht Monate verlängert.
Das betrifft alle abgeschlossenen Calls. Normalerweise müssen Gemeinden, die einen WiFi4EU-Voucher bekommen haben, die Installation des WLAN-Netzwerks innerhalb von 18 Monaten fertigstellen.

## Klimafit: Gemeinde für die Zukunft wappnen

Der Klimawandel betrifft früher oder später auch die österreichischen Gemeinden – für sie gibt es jetzt einen Leitfaden rund um Klimawandelanpassung. In einem Webinar besteht außerdem die Möglichkeit, von innovativen Vorzeigeprojekten zu lernen und sich auszutauschen. Der Leitfaden wurde vom Ökosozialen Forum Österreich & Europa in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Umweltdachverband erstellt. Mehr auf **gemeindebund.gv.at**

## Juni-Vorschüsse brechen um über 30 Prozent ein

Weitaus deutlicher als noch für den Juni erwartet setzt sich der Einbruch der Vorschüsse auf die Gemeindeertragsanteile fort. Österreichweit gesehen beträgt das Minus der Juni-Vorschüsse gegenüber dem Juni des Vorjahres 31,5 Prozent.



GESCHICHTE

**KOMMUNAL** VOR 25 JAHREN – AUS UNSEREM ARCHIV

## Gebt den Gemeinden, was der Gemeinden ist …

Im Sommer 1995 berichtete das „Kommunal-Magazin“ in seiner Ausgabe 3 vom Juli, dass ein neuer Finanzausgleich ins Haus stehe. Der damalige Gemeindebund-Präsident Franz Romeder meinte in seinem Kommentar, dass so heikle Fragen wie die Getränkesteuer oder auch die Themen Wasserrecht und Spitalsfinanzierung aufs Tapet kommen würden. Daraus resultierten „einmal mehr bewegte Zeiten und wichtige Weichenstellungen für unsere Gemeinden“. Besonders wichtig war ihm, dass, „sollten sich Veränderungen in der Finanzmasse ergeben, unbedingt vorher mit den Finanzausgleichspartnern, also selbstverständlich auch mit den Gemeinden, gesprochen werden“ müsse.

**Franz Romeder, 1995**

Grund für diesen deutlichen Hinweis war eine mögliche Verlängerung des Finanzausgleichspaktums bis 1999 und eine damit einhergehende, drohende Veränderung der Finanzmasse – nämlich die Abschaffung der Getränkesteuer, einer damals für die Gemeinden lebenswichtigen Einnahmequelle.

Vor einer ähnlichen Situation stehen die Gemeinden heute auch wieder, wenngleich sich heuer die Finanzmasse im Gefolge der Covid-19-Pandemie verändern wird. Aber eines hat sich im Vergleich zu 1995 nicht verändert: Die Gemeinden sind außerstande, ständig steigende Kosten zu tragen. Ebenso wenig können sie massiv fallende Steuern kompensieren. Darum gilt wie 1995: Gebt den Gemeinden, was der Gemeinden ist! *Red.*

bmlrt.gv.at

CORONAVIRUS

Wichtige Informationen für die

Landwirtschaft

www.bmlrt.gv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLRT

Bundesministerium
Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus

Das Coronavirus hat Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Die Bundesregierung hat mit dem Härtefallfonds und dem Corona-Hilfsfonds ein Sicherheitsnetz für bäuerliche Familienbetriebe geschaffen. **Täglich aktualisierte Informationen** über die **notwendigen Maßnahmen, den Härtefallfonds und den Corona-Hilfsfonds** bietet das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) auf seiner Webseite.
**Näheres unter: www.bmlrt.gv.at**

**CORONA: GEMEINDE-INVESTITIONSPAKET**
Regierung unterstützt Gemeinden bei Neustart der Wirtschaft

# EINE MILLIARDE EURO ALS „ERSTE HILFE“ FÜR GEMEINDEN

Nach Unterstützungspaketen für die Wirtschaft, den Tourismus und die Kultur wurde Ende Mai das ersehnte und vom Österreichischen Gemeindebund lange geforderte Gemeindepaket präsentiert. Das Paket ist eine Milliarde Euro schwer. Es sieht eine 50-Prozent-Förderung bestehender wie künftiger Projekte vor und soll die Ausfälle bei den Ertragsanteilen und bei den Kommunalsteuereinnahmen abfedern.

FOTO // stock.adobe.com/Tajlay

**Verteilung nach dem Schlüssel des Gemeindepakets von 2017: Beispielsweise erhält die Gemeinde Sillian mit rund 2000 Einwohnern bis zu 200.000 Euro aus dem Paket, Hartberg mit rund 7000 Einwohnern bis zu 700.000 Euro, Steyr mit rund 40.000 Einwohnern viereinhalb Millionen Euro – und Wien mit rund zwei Millionen Einwohnern bis zu 238 Millionen Euro.**

Das frisch ausgehandelte „Gemeindeinvestitionspaket 2020“ sieht vor, dass der Bund 50 Prozent von Investitionsprojekten übernimmt, wenn eine Finanzierung aufgrund der krisenbedingten Mindereinnahmen nicht mehr möglich ist. Die Mittel sollen etwa zur Modernisierung von Kindergärten und Schulen verwendet werden. Damit würden auch die regionale Wirtschaft belebt und Arbeitsplätze gesichert, so Bundeskanzler Sebastian Kurz bei der Präsentation.

**Noch nie da gewesene Investition.** Kurz nannte das eine Milliarde Euro schwere Gemeindepaket „eine noch nie da gewesene Investition“, mit der man die Gemeinden finanziell unterstützen, die regionale Wirtschaft beleben und Arbeitsplätze sichern wolle. „Als Bundesregierung haben wir nach wie vor zwei Prioritäten, an denen wir auf Hochtouren arbeiten. Zum Ersten wollen wir die Ansteckungszahlen weiterhin niedrig halten und alles tun, um die weltweite Corona-Pandemie in Österreich bestmöglich unter Kontrolle zu halten und zu bewältigen. Zum Zweiten haben wir natürlich das Ziel, die Wirtschaft zu beleben und schnellstmöglich wieder hochzufahren, um möglichst viele Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern. Gerade bei der regionalen Wirtschaft sind die Städte und Gemeinden besonders entscheidend.“

Die Wirtschaft zu beleben würde vor allem durch regionale Investitionen in den Regionen angepeilt. Kurz: „Eine Milliarde Euro wird vom Bund zu den Gemeinden fließen, um Projekte wie den Bau oder die Sanierung von Kindergärten, Schulen, Senioreneinrichtungen, Sportstätten und den Breitbandausbau zu unterstützen.“

Mit dem Paket würden die Gemeinden nicht nur finanziell unterstützt, man vereine damit gleichzeitig zwei Ziele: „Zum einen fördern wir die Modernisierung von Kindergärten, Schulen und vielem mehr. Das ist besonders für die Bevölkerung vor Ort relevant. Zum anderen beleben die Investitionen die regionale Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze in einer Zeit der Krise“, so Kurz.

**Gemeindepaket enthält ökologische Schwerpunkte.** Auch Vizekanzler Werner Kogler bedankte sich bei allen Beteiligten für das „gut verhandelte Paket“, das „in seiner Dimension einmalig“ sei. Besonders erfreut zeigte sich der Grüne über die im Gemeindepaket enthaltenen ökologischen Schwerpunkte: „Mit der Ökologisierung des Gemeindepakets können wir auch dazu beitragen, die im Regierungsprogramm verankerten Klimaziele umso besser zu erreichen.“ Es sei in der jetzigen Situation besonders wichtig, die Investitionskraft der Gemeinden zu erhalten, denn die Kommunen seien wesentliche Auftraggeber für die regionale Wirtschaft. „Jeder hier investierte Euro ist deswegen gut angelegt“, so Kogler mit Verweis auf die „hohen Effekte“ für die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

Mindestens 20 Prozent der Mittel sollen für ökologische Maßnahmen verwendet werden. Als Beispiele nannte Kogler mögliche Investitionen in den öffentlichen Verkehr, die Infrastruktur für das Laden von E-Fahrzeugen und die Sanierung von Gebäuden, die sich im Besitz der Gemeinden befinden. Damit sei es möglich, zwei Krisen auf einmal zu bekämpfen. Neben den zuletzt beschlossenen Geldern für Mobilität und Schutz von Gewässern sei das Gemeindepaket das dritte Paket in diese Richtung.

**Unterstützung für bestehende und zukünftige Investitionen.** Finanzminister Gernot Blümel bezeichnete das Gemeindepaket als einen „weiteren wesentlichen Baustein für den Wiederaufschwung“, denn auch die Gemeinden und Städte hätten deutliche Einkommensverluste durch die Coronakrise zu verkraften. Um den Kommunen in dieser „schwierigen Zeit“ die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, sei dieses Investitionspaket geschnürt worden. „Wir unterstützen damit sowohl bestehende als auch zukünftige

**Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Finanzminister Gernot Blümel, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Werner Kogler, Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer als aktueller Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz und Städtebund-Präsident Michael Ludwig (v.r.n.l.) präsentierten Ende Mai das ersehnte Gemeindeinvestitionspakte 2020–2021 zur Minderung der Auswirkungen des Corona-Shutdowns.**

Investitionen mit bis zu 50 Prozent der Projektkosten“, erläuterte Blümel. Der förderbare Zeitraum reicht bis 31. Dezember 2021.

**Gemeinden sind das Rückgrat der Republik.** „In einer gemeinsamen Resolution mit den Präsidenten aller Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes haben wir das Paket vor etwa einem Monat als Investitionspaket gefordert, damit wir unsere Projekte umsetzen und die regionale Wirtschaft unterstützen können. Heute freuen wir uns über die Präsentation des Gemeindepakets in der Höhe von einer Milliarde Euro und sagen Danke an die Bundesregierung“, so Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

In den letzten Wochen habe sich eines wieder deutlich gezeigt: „Die Gemeinden sind das Rückgrat der Republik und unserer Gesellschaft“, so Alfred Riedl. Daher hätten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinden einen wesentlichen Anteil daran, dass die Krise so gut gemeistert und überstanden wurde, so Riedl. Allein im vergangenen Jahr haben die österreichischen Städte und Gemeinden nahezu drei Milliarden Euro in die lokale Wirtschaft investiert. „Damit wir uns auch jetzt nach der Krise wieder als größte öffentliche Investoren beweisen können, war das Unterstützungspaket für die Gemeinden dringend notwendig“, so Riedl.

**Was wird gefördert?** Mit diesem frischen Geld für die Städte und Gemeinden können rund zwei Milliarden Euro an dringend notwendigen Investitionen ausgelöst werden. Konkret sollen mit dem Investitionspaket Instandhaltungen, Sanierungen und Investitionen auf kommunaler Ebene im Zeitraum von 1. Juni 2020 bis 31. Dezember 2021 (Antragstellung) mit einem Zweckzuschuss von 50 Prozent gefördert werden. Die Fertigstellung der Projekte muss bis 31. Jänner 2024 erfolgen.

„In den Verhandlungen haben wir aber auch durchgesetzt, dass nicht abgeholte Mittel jedenfalls über den Strukturfonds oder Bedarfszuweisungsmittel an die Gemeinden gehen“, stellt Alfred Riedl klar.

Zusätzlich zum Gemeindepaket für die Kommunen laufen weitere Förderschienen des Bundes und der Länder, wie etwa der Breitbandausbau, die Siedlungswasserwirtschaft (200 Millionen Euro) oder der Ausbau des öffentlichen Verkehrs (300 Millionen Euro).

„Mit all diesen Maßnahmen wollen wir uns aus dieser Krise herausinvestieren und den Wiederaufschwung gemeinsam schaffen“, so Riedl.

**Kurzfristige Finanzhilfe fehlt.** Leise Kritik übte der Präsident des Städtebundes, Wiens Bürgermeister Michael Ludwig, am Gesamtpaket: „Wir begrüßen das vom Bund beschlossene Investitionspaket. Doch zuvor muss der Einnahmenausfall von Städten und Gemeinden kompensiert werden, sonst bleibt das Investitionsprogramm unwirksam. Wir brauchen dringend eine kurzfristige Finanzhilfe, insbesondere um den Entfall der Kommunalsteuer auszugleichen“, meinte Michael Ludwig.

**WAS MÖGLICH IST**

Zuschüsse sind für Neubauten, Sanierungen etc. in folgenden Bereichen möglich:

- Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Einrichtungen für die Betreuung von Senioren und behinderten Personen
- Barrierefreiheit
- Sportstätten und Freizeitanlagen
- Ortskern-Attraktivierung
- Öffentlicher Verkehr (ohne Fahrzeuginvestitionen)
- Schaffung von öffentlichem Wohnraum und Gemeinschaftsbüros
- Sanierung (z.B. thermisch) und Errichtung von Gebäuden im Eigentum der Gemeinde
- Energieeinsparungen und Straßenbeleuchtung
- Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Dächern
- Abfallentsorgungsanlagen und Abfallvermeidung
- Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungseinrichtungen
- Breitband-Ausbau
- Ladeinfrastruktur für E-Mobilität

Weitere Details folgen nach der Budgetsitzung Ende Mai, in der das Kommunalinvestitionsgesetz (KIG) 2020 durch den Nationalrat bestätigt werden soll.

FOTOS // BKA/Andy Wenzel

**Bundeskanzler Sebastian Kurz sprach bei dem eine Milliarde Euro schweren Gemeindepaket von „einer noch nie da gewesene Investition", mit der man die Gemeinden finanziell unterstützen, die regionale Wirtschaft beleben und Arbeitsplätze sichern wolle.**

## Erster Kassasturz im Herbst

Es handle sich um einen wesentlichen Baustein des „Comebackpakets", sagte Finanzminister Gernot Blümel. Er verwies auf WIFO-Zahlen, wonach die Länder bei den Beitragsanteilen laut Prognose ein Minus von 7,3 Prozent gegenüber der ursprünglichen Planung zu verzeichnen hätten, die Gemeinden ein Minus von 6,8 Prozent. Im Herbst solle es einen ersten Kassasturz geben.

Mit den Mitteln aus dem Paket könnten bestehende sowie neue Investitionen mit bis zu 50 Prozent gefördert werden; der Förderzeitraum endet mit 31. Dezember 2021. Bei der Verteilung folge man dem Schlüssel des Gemeindepakets von 2017. Blümel nannte mehrere Beispiele: Die Gemeinde Sillian mit rund 2000 Einwohnern könne bis zu 200.000 Euro aus dem Paket erhalten, Hartberg mit rund 7000 Einwohnern bis zu 700.000 Euro, Steyr mit rund 40.000 Einwohnern viereinhalb Millionen Euro und Wien mit rund zwei Millionen Einwohnern bis zu 238 Millionen Euro.

Blümel erklärte auch, dass eine hundertprozentige Kompensation der Auswirkungen der Krise wohl nicht möglich sein werde – die Milliarde würde aber zumindest einen Großteil der Probleme abdecken. Das merkte auch Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl an: „Eine Milliarde Euro sind nicht wenig, sondern viel." Das KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) hatte den Einbruch der Wirtschaftsleistung um 7,5 Prozent im Vorfeld mit einem möglichen Einnahmenentfall von „bis zu zwei Milliarden Euro" berechnet. „Wenn jetzt eine Milliarde Euro kommt von der Regierung, dann ist das nicht wenig, sondern viel. Die Summe ist beachtlich", so der Gemeindebund-Chef.

Gemeindebund und Städtebund hatten im Vorfeld einen Rettungsschirm für Kommunen gefordert, um akute Liquiditätsprobleme zu lösen. Prognosen der beiden kommunalen Spitzenvertreterverbände sprachen demzufolge von zu erwartenden Mindereinnahmen und Mehrkosten von bis zu zwei Milliarden.

**„Alle werden den Gürtel enger schnallen müssen."** Kanzler Kurz stellte in Folge dann klar, dass alle Gebietskörperschaften den Gürtel enger schnallen werden müssten. Nicht nur Bund und Länder, auch die Gemeinden würden demzufolge ihre geplanten Budgets nicht einhalten können. Aber Österreich als Ganzes sei so gut aufgestellt, dass eine günstige Kreditfinanzierung (über die OeBFA, die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur) in Sicht sei. Von den günstigen Konditionen des Bundes könnten auch alle anderen Ebenen des Staates profitieren. Nichtsdestotrotz, so der Kanzler, würden sich alle mehr verschulden müssen, um aus der Corona-Krise zu kommen.

Gerade was die Unterstützung von Abgangsgemeinden oder von Gemeinden mit Liquiditätsengpässen betreffe, seien auch die Bundesländer gefordert. Dabei geht es um neue Kassenkredit-Regelungen oder zusätzliche Förderungen für Gemeinden. Die meisten Bundesländer seien diesen Weg schon gegangen und hätten entsprechende Regelungen erlassen.

**Nicht abgeholte Mittel bleiben bei den Gemeinden.** In den Verhandlungen hat der Gemeindebund auch durchgesetzt, dass nicht abgeholte Mittel jedenfalls über den Strukturfonds oder Bedarfszuweisungsmittel an die Gemeinden gehen. Zusätzlich zum Gemeindepaket für die Kommunen laufen weitere Förderschienen des Bundes und der Länder, wie etwa der Breitbandausbau, die Siedlungswasserwirtschaft (200 Millionen Euro) oder der Ausbau des öffentlichen Verkehrs (300 Millionen Euro). „Mit all diesen Maßnahmen wollen wir uns aus dieser Krise herausinvestieren und den Wiederaufschwung gemeinsam schaffen", so Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

**Anträge der Gemeinden nimmt wie schon beim KIG 2017 die Buchhaltungsagentur des Bundes entgegen: www.buchhaltungsagentur.gv.at/**

**ERGEBNIS DER VIDEO-SCHALTUNG ZU DEN GEMEINDEN:**

# NOCH VIELE **FRAGEN OFFEN**

Im Rahmen der Entstehung des Gemeindeinvestitionspakets gab es eine weitere Premiere im Bundeskanzleramt: Gemeindebund-Chef Alfred Riedl moderierte eine Fragerunde mit den Bürgermeister/innen und deren Anliegen an die Regierung. Hier ein Auszug.

Rund zehn A4-Seiten umfassten die Fragen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, denen sich Bundeskanzler, Vizekanzler und Finanzminister stellten. Einige der Fragen waren auch Thema der darauffolgenden Ankündigung. Die anderen Fragen werden, so Kanzler Kurz, schriftlich beantwortet. Über die Antworten wird KOMMUNAL laufend auf der Website kommunal.at berichten.

- **Wie wird unsere ausständige Kommunalsteuer ausgeglichen? Wir haben aufgrund der Kurzarbeit einen hohen Ausfall an Kommunalsteuer (der Betrieb beschäftigt über 600 Mitarbeiter) zu erwarten.**
- **Reine Tourismusgemeinden sind finanziell besonders betroffen. Überbrückungskredite sind jedoch keine Lösung. Welche monetären Unterstützungen wird es konkret geben?**
- **Wie sollen wir die minus 13 Prozent Ertragsanteile, minus 12 Prozent Kommunalsteuern und die prognostizierten plus fünf Prozent der Krankenanstaltsumlagen und Sozialhilfe stemmen können?**
- **Ist geplant, alle Bürgermeister, Vizebürgermeister und Amtsleiter vorbeugend zu testen?**
- **Förderungen erfordern üblicherweise auch Eigenmittel, die in dieser Phase in der Regel jedoch nicht oder nur schwierig aufzubringen sind. Daher wäre es sinnvoll, ein Rettungspaket auf Basis der Voranschläge und MFPs einzurichten und die Einnahmenausfälle den Gemeinden sicherzustellen, um die laufenden Planungen sicherzustellen. Gibt es Überlegungen in diese Richtung?**
- **Wir müssen ganz konkret bereits mit Anfang Juni erste Entscheidungen zu Einsparungen treffen … Wir brauchen bitte wirklich ehestmöglich ein konkretes Zeitfenster, wann wir mit monetärer Unterstützung in welcher Höhe rechnen können.**
- **Wird die bevorzugte Vergabe an regionale Betriebe besonders unterstützt? Wird es eine Art „Regionalbonus" geben?**
- **Mit einer Milliarde ist eine Projektfinanzierung der Gemeinde wieder gesichert möglich. Ist vorgesehen, dass die Mittel mit anderen Förderungen kombiniert werden können?**
- **Eine große unbürokratische Hilfe wäre, wenn die Gemeinden bei Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die allen Bürgern des Staates zugute kommen, von der Mehrwertsteuer befreit werden.**
- **Ich ersuche um ehestmögliche klare Regelungen zu Veranstaltungen, die eine praktikable Abwicklung und somit wieder kulturelles und soziales Leben im Ort ermöglichen.**

FOTO // KOMMUNAL Screenshots

COVID-19 UND DER LÄNDLICHE RAUM

# STARKE SPEZIALISIERUNG IST EHER **EIN NACHTEIL**

Das Coronavirus SARS-CoV-2 hat die Welt in eine Schockstarre versetzt. In vielen Ländern stand das öffentliche Leben für einige Wochen weitgehend still. Vor allem in den Städten hatte der Shutdown Auswirkungen. Vor allem in Städten? Wie sieht es im ländlichen Raum aus?

**TEXT** // JAN KLUGE

Auch wenn es zynisch anmutet, Todeszahlen zwischen Ländern zu vergleichen und sich auf die Schulter zu klopfen, dass in anderen Ländern mehr Menschen gestorben sind, so ist doch zu konstatieren, dass Österreich bislang vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen ist. Angesichts der dramatischen Erlebnisse in Italien und infolge der anfänglich explosionsartigen Verbreitung des Virus in den Wintersportgebieten wurde hierzulande frühzeitig mit Veranstaltungsverboten, Geschäfts- und gar Grenzschließungen sowie Kontaktbeschränkungen reagiert.

**Regionale Betroffenheit durch das Virus.** Nicht epidemiologisch Gebildete (also auch ÖkonomInnen) kann die Verteilung der Infektionen über das österreichische Staatsgebiet durchaus überraschen. Ein Virus benötigt für seine Verbreitung von Wirt zu Wirt räumliche Nähe. Man könnte also meinen, dass es sich in weniger dicht besiedelten Regionen grundsätzlich langsamer verbreiten müsste, weil hier im Alltag weitaus weniger Menschen aufeinandertreffen als in Städten.

Die Daten des Gesundheitsministeriums sprechen jedoch eine andere Sprache: Die Inzidenz, also die Zahl der Infektionen je 100.000 EinwohnerInnen, ist im ländlichen Raum sogar deutlich höher als in den Städten. Definiert man den ländlichen Raum als Gebiete mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 150 EinwohnerInnen/km² (mit diesem Grenzwert arbeitet zum Beispiel die OECD), so zeigt sich, dass die am stärksten betroffenen Bezirke dem ländlichen Raum angehören; fast zwei Drittel der in Österreich jemals positiv Getesteten leben weit außerhalb der Ballungsräume. In Zahlen ausgedrückt: In den Bezirken mit über 150 EinwohnerInnen/km² betrug die Inzidenz Anfang Mai 142; in denen darunter lag sie bei 206. Wenn man die sehr stark betroffenen Bundesländer Tirol, Salzburg und Vorarlberg, wo Gemeinden zeitweise unter Quarantäne gestellt werden mussten, ausklammert, dann sinkt die Inzidenz auf dem Land ungefähr auf das Niveau der Städte; niedriger ist sie aber weiterhin nicht.

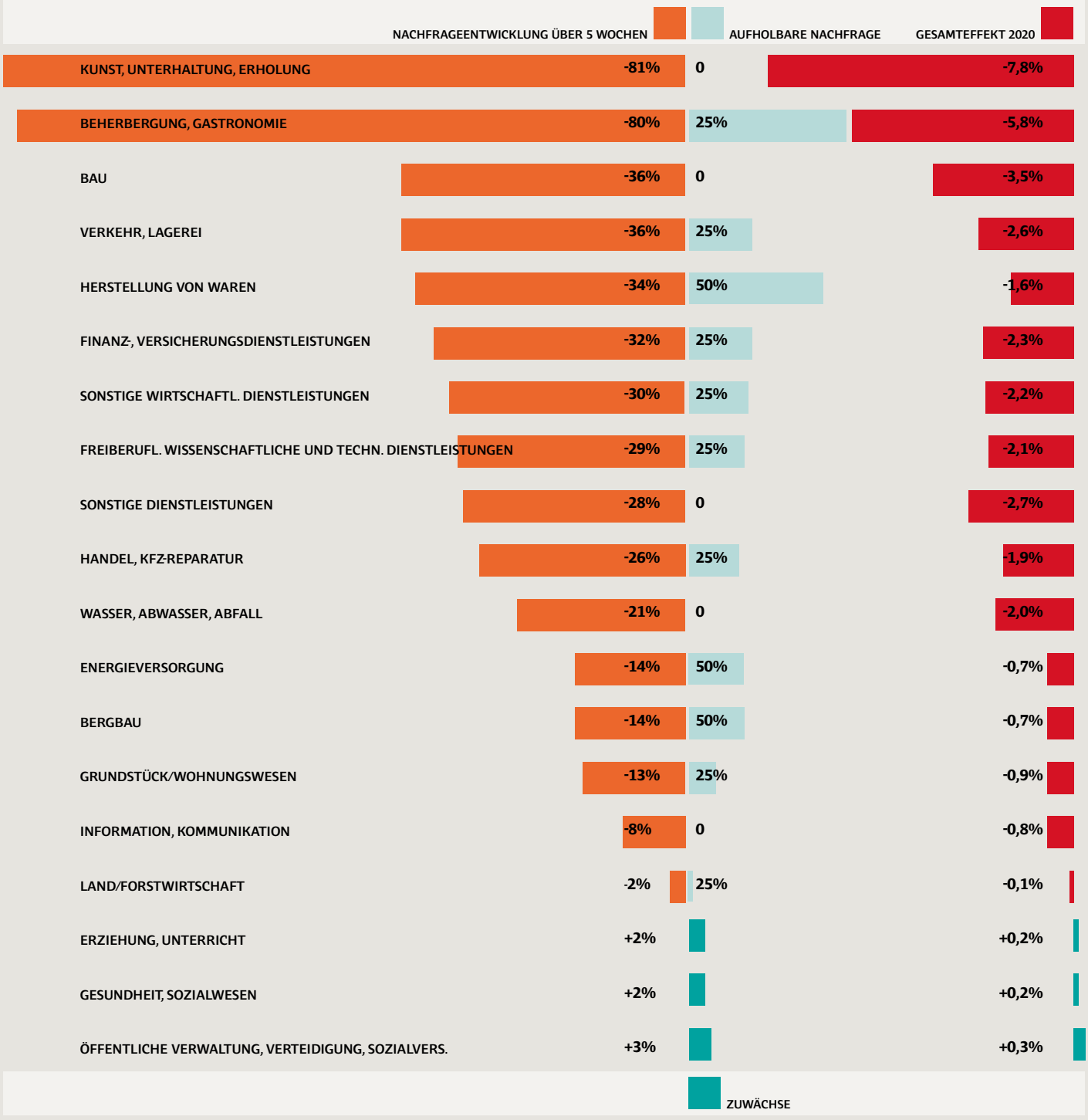
Eine niedrige Bevölkerungsdichte hat sich also nicht als wirksamer Schutz gegen das Virus erwiesen. Viele der ersten Infektionsherde in unseren Breiten wurden im Zuge von Veranstaltungen ausgelöst, die bis zum Lockdown überall und in unüberschaubarer Zahl stattgefunden haben – in Städten ebenso wie im ländlichen Raum. Wo dann letztlich eine Veranstaltung zum Infektionsgeschehen wurde, war weitestgehend Zufall. In den Wintersportregionen Österreichs, Südtirols und der Schweiz waren das Après-Ski-Events oder Ärztekongresse; in Deutschland waren es vor allem Karnevalsveranstaltungen. Es war also zu Beginn dem Zufall überlassen, welche Bezirke betroffen waren und welche verschont blieben. Dass Murau zum Beispiel bis Anfang Mai nur sieben Infizierte verzeichnete, lässt sich jedenfalls nicht allein auf die dünne Besiedlung zurückführen; der Bezirk Lienz in Tirol ist ähnlich dünn besiedelt, hat aber das 22-Fache an Infektionen zu beklagen.

**DR. JAN KLUGE** IST MITARBEITER AM INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN (IHS)

# SEKTORALE BETROFFENHEITEN

## IM RAHMEN DER COVID-19-KRISE

Die Grafik zeigt die Betroffenheiten und die Aufholmöglichkeiten der einzelnen Wirtschaftssektoren, wie sie von der OeNB angenommen wurden. Wenig überraschend sind dabei Gastronomie und Beherbergung sowie der Kultursektor am stärksten betroffen; Letzterer wird ausgefallene Kulturveranstaltungen auch nicht wieder aufholen können.




QUELLE: OeNB (https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/konjunktur-aktuell.html, Tabelle A_2) und eigene Berechnungen des IHS.
ANNAHME der OeNB: Maßnahmen sind für 5 Wochen vollständig in Kraft.
GRAFIK: Kommunal/Thomas Max

**Regionale wirtschaftliche Betroffenheit durch die Eindämmungsmaßnahmen.** In Österreich wurden frühzeitig und flächendeckend strikte Maßnahmen verordnet, um das Virus einzudämmen. Abgesehen von einigen Wintersportgegenden, in denen zeitweise strengere Ausgangsbeschränkungen verhängt wurden, galten die meisten Regeln überall gleichermaßen. Auch im Bezirk Murau mussten Hotels und Gastronomie schließen sowie Veranstaltungen abgesagt werden. Obwohl es also – zwar keine systematischen aber doch immerhin zufällige – Unterschiede in den regionalen Betroffenheiten durch das Virus an sich gab, werden die wirtschaftlichen Folgen flächendeckend zu spüren sein. Dabei gilt, dass die regionale Betroffenheit in erster Linie die sektorale Betroffenheit widerspiegeln wird; das heißt Regionen, in denen viele Menschen in stark betroffenen Sektoren arbeiten (wie beispielsweise im Tourismus), werden stärker in Mitleidenschaft gezogen sein als andere. Um die regionale Betroffenheit zu beurteilen, benötigt man also Wissen über die sektoralen Betroffenheiten.

Genau hier fangen nun aber die Probleme an: Wie stark die Sektoren betroffen sein werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt (Anfang Mai, Anm. d. Red.) nur kursorisch abschätzen. WirtschaftsforscherInnen stehen vor dem Dilemma, dass eine solche Abschätzung so gut wie gar nicht auf empirischen Daten oder Expertisen aus vergangenen, ähnlichen Krisen beruhen kann – schlicht, weil es eine vergleichbare Krise nicht gegeben hat. Und doch ist eine Abschätzung notwendig; schon allein, um die verschiedenen staatlichen Hilfspakete effektiv koordinieren zu können. Die Lösung besteht in der Regel in ExpertInneneinschätzungen, in denen möglichst viele ForscherInnen mithilfe aller ihnen zur Verfügung stehenden Datenquellen ein in sich stimmiges Gesamtbild entwerfen und dieses ständig um neu hinzukommende Informationen ergänzen, um Schritt für Schritt die Annahmen durch Beobachtungen zu ersetzen. Solche ExpertInneneinschätzungen wurden z. B. durch das Wifo oder die Österreichische Nationalbank (OeNB) abgegeben; auch das IHS legt solche Einschätzungen regelmäßig vor.

Dabei ist auch immer zu berücksichtigen, dass es unterschiedliche Gründe gibt, aus denen Sektoren von Covid-19 betroffen sind: Der Tourismus ist zum Beispiel dadurch betroffen, dass er aufgrund der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sein Angebot zeitweise komplett einstellen musste. Teile der Industrie leiden darunter, dass internationale Lieferketten nicht mehr funktionieren; ein anderer Teil leidet unter einer reduzierten Nachfrage aus dem In- und Ausland. Die Sektoren unterscheiden sich zudem auch in ihrer Fähigkeit, erlittene Nachfrageeinbußen im verbleibenden Jahr 2020 wieder aufzuholen.

> **„Arbeitsplatzverlust im ländlichen Raum** ist aufgrund geringerer Arbeitsplatzdichte viel schmerzlicher und führt zu einer längerer Arbeitslosigkeit oder zu Abwanderung“

Redaktionell gekürzt, den vollständigen Beitrag mit mehr Grafiken lesen Sie auf **kommunal.at/index.php/covid-19-und-der-laendliche-raum**

**Diese Daten lassen sich nun auf die sektorale Beschäftigungsstruktur der Gemeinden umlegen,** die sich aus der abgestimmten Erwerbsstatistik von Statistik Austria ablesen lässt. Eine Gemeinde wie das beispielhaft dargestellte Aderklaa in Niederösterreich) käme am besten durch die Krise. Die meisten der dort Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig. Da diese eher geringe Auswirkungen zu befürchten hat, kann man annehmen, dass auch die Gemeinde insgesamt verhältnismäßig wenig betroffen sein wird.

In einer anderen Gemeinde (Jungholz im gleichnamigen Tiroler Skigebiet) lebt dagegen praktisch jede/r vom Tourismus; entsprechend sind dort die Aussichten düsterer.

Beide Gemeinden sind natürlich sehr klein und stellen aufgrund der äußerst geringen sektoralen Diversifikation ihrer Beschäftigungsstruktur Extremfälle dar. Beide sind auch eindeutig als ländlich einzustufen, sodass sie auf die Frage der unterschiedlichen Betroffenheit in Stadt und Land noch keine Antwort liefern.

Diese versucht der etwas genauere, dreistufige Indikator für städtische und ländliche Räume der Europäischen Kommission (2020) zu geben. Boxplots (ein Boxplot, zu Deutsch Kastengrafik, ist ein Diagramm, das zur grafischen Darstellung der Verteilung eines mindestens ordinalskalierten Merkmals verwendet wird) stellen jeweils die Verteilung der Nachfragerückgänge in den Gemeinden dar. Die Hälfte der Gemeinden liegt jeweils innerhalb des Kastens; die horizontale Linie stellt jeweils die Mediangemeinde dar. Punkte außerhalb der oberen und unteren Begrenzung werden als Ausreißer bezeichnet.

Solche gibt es im großen Stil in der Gruppe der ländlichen Gemeinden. Es sind hier vor allem die Gemeinden in den Wintersportgebieten, die ihre Saison vorzeitig abbrechen mussten und die diese Umsatzeinbußen in diesem Jahr nicht mehr werden aufholen können. Davon abgesehen sind die Unterschiede zwischen den drei Gruppen aber marginal; im ländlichen Raum geht die Nachfrage im Schnitt

um gut 0,2 Prozentpunkte weniger zurück als in den Städten. Es gibt aber offensichtlich im ländlichen Raum Härtefälle, die bei einer solchen Durchschnittsbetrachtung unter den Tisch fallen würden. Solche Härtefälle, d. h. Ausreißer nach unten, gibt es im städtischen Bereich nicht. Das liegt vor allem auch daran, dass die Beschäftigungsstruktur in größeren Städten in der Regel stärker diversifiziert ist als in kleineren Gemeinden.

**Fazit:** Ob sich der Wunsch nach einem schnellen Ende von Covid-19 aus medizinischer Sicht erfüllen wird, werden die nächsten Monate zeigen. Fakt ist, dass uns die wirtschaftlichen Effekte noch eine lange Zeit beschäftigen werden. Die Regierung hat eine Reihe von Hilfsmaßnahmen aufgelegt, um die ökonomischen Auswirkungen abzumildern. Ein effektiver Zuschnitt der Hilfsprogramme auf die Bedürfnisse in den unterschiedlichen Sektoren erscheint sinnvoll: Einige benötigen nur schnelle Liquiditätshilfen, andere werden dagegen längerfristig und strukturell Unterstützung brauchen.

Man könnte meinen, dass all das auf die wirtschaftliche Lage des ländlichen Raums wenig Einfluss hat. Da er insgesamt nicht stärker oder schwächer betroffen ist als die Städte, wird er automatisch mitbehandelt, wenn alle Sektoren durch Hilfsmaßnahmen effektiv bedacht werden. Die obige Betrachtung hat aber gezeigt, dass viele ländliche Gemeinden stark spezialisiert sind, sodass die sektoralen Effekte überproportional stark auf ihre Beschäftigungslage durchschlagen könnten. Gerade aufgrund ihrer geringen Größe und der starken Spezialisierung sind ländliche Gemeinden deutlich weniger resilient als große, breit aufgestellte Städte. Sie haben kaum Möglichkeiten, sich nach einer so beispiellosen Krise neu zu organisieren.

Dazu kommt, dass ein Arbeitsplatzverlust im ländlichen Raum aufgrund der deutlich geringeren Arbeitsplatzdichte sehr viel schmerzlicher ist und entweder zu einer längeren Arbeitslosigkeitsperiode oder zu Abwanderung führt. Es wäre nicht die erste Wirtschaftskrise, die einen Urbanisierungsschub nach sich ziehen würde. Neben den makroökonomischen Effekten von Covid-19, die in den kommenden Monaten im Vordergrund stehen werden und die mit jeder neu eintreffenden Prognose dramatischer erscheinen, sollte das Stethoskop also auch immer wieder auf den ländlichen Raum aufgesetzt werden.

GEMEINDEN NACH CORONA

# Finanzsituation und **Förderungen**

Die Finanzexperten Peter Pilz und Andreas Schlögl von der Beratungsgesellschaft BDO analysierten in einem KOMMUNAL-Webinar, welche Auswirkungen die Corona-Krise auf die Finanzsituation der Gemeinden hat.

**TEXT** // HELMUT REINDL

Andreas Schlögl behandelte einleitend Fragen zur Umsatzsteuer. Dabei ging es zunächst um die Möglichkeit von Zahlungsverschiebungen und die Stundung von Zinsen. Weiters wurden Forderungsabschreibungen und Forderungsausfälle erläutert. Hier ging es auch um die Frage, in welchen Fällen eine Gemeinde die Umsatzsteuer korrigieren kann, wenn sie vermutet, dass ein Unternehmen eine Leistung wegen einer Krise nicht erbringen kann. Und schließlich behandelte er das Thema „Leistungsstörungen und Vertragsauflösung" – also wenn zwar ein Vertrag besteht, aber die Leistung, etwa wegen des Lockdowns, nicht erbracht werden kann. Ein Beispiel dafür wäre, wenn eine Gemeinde einen Auftrag an ein Bauunternehmen vergeben hat, aber dann das Vorhaben stornieren muss.

**Bundesförderungen für Gemeinden.** Beim Thema „Förderungen" stellten die Experten klar, dass es Förderungen derzeit nur für Tochtergesellschaften von Gemeinden gibt, aber nicht für Gemeinden selbst. Das gilt vor allem für das Thema Kurzarbeit. Diese kann von allen Unternehmen, die durch die Maßnahmen gegen das Coronavirus in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, beantragt werden. Also etwa wenn ein Kindergarten in eine GmbH ausgegliedert wurde. Wichtig ist dabei, dass die beantragenden Unternehmen nicht in einem Konkurs- oder Sanierungsverfahren sind.

**Förderungen des Bundes für ausgegliederte Betriebe.** Zur Sicherung der raschen Zahlungsfähigkeit können rückzahlbare Kredite in Höhe des Liquiditätsbedarfs (maximal drei Monatsumsätze) gewährt werden. Die Laufzeit beträgt sechs Jahre. Beantragt können die Kredite bei AWS, OeKB oder ÖHT werden. Weitere Fördermaßnahmen sind in Ausarbeitung.

**Auswirkungen der Krise auf die Gemeindefinanzen.** Auf Basis von ersten Analysen ist von einem Gesamtminus in Höhe von 2,4 Milliarden Euro auszugehen. Sowohl bei den Ertragsanteilen als auch bei der Kommunalsteuer ist ein Einbruch von bis zu 20 Prozent zu erwarten. Des Weiteren werden die sonstigen Einnahmenrückgänge und Mehrkosten auf rund 500 Millionen Euro geschätzt. Das „Corona-Minus" erreicht damit annähernd die Höhe der Investitionen im Jahr 2018. Die zu erwartenden Rückgänge führen natürlich zu einer Verschlechterung der Ergebnis- und Finanzierungsrechnung. Das wird zu Liquiditätsengpässen bei den Gemeinden führen.

**Was ist zu tun?** Wichtig für Gemeinden ist es zunächst, sich einmal einen Überblick über zu erwartenden Ausfälle zu verschaffen. Auf dieser Basis muss dann entschieden werden, inwieweit Investitionen zurückgefahren werden müssen. „Das soll aber intelligent erfolgen", so Pilz. Wichtig sei es auch, alle finanziellen Mittel zu nutzen und Förderungen in Anspruch zu nehmen. Als nächsten Schritt sollte man die Finanzierungssituation analysieren. Eventuell muss man mit der jeweiligen Hausbank klären, ob Kredite vielleicht gestundet werden können. Auf dieser Basis kann dann der Gemeindehaushalt konsolidiert und die langfristige Finanzierbarkeit des Budgets sichergestellt werden.

**Das Webinar ist unter kommunal.at/index.php/webinar-zu-eu-foerderungen-fuer-gemeinden nachzuschauen.**

DIE GASTRONOMIE IST WIEDER OFFEN

# „COMEBACK FÜR TOURISMUS UND WIRTSHAUSKULTUR“

Tourismusministerin Elisabeth Köstinger im Gastbeitrag über die Starthilfe für die von den Folgen des Coronavirus am stärksten betroffene Branche.

Einem gemütlichen Abendessen – unter Einhaltung der Regeln und Rahmenbedingungen – steht nichts mehr im Weg.

Die vergangenen Wochen waren für den heimischen Tourismus, die Gastronomie, aber auch die Freizeitbetriebe und die Reisebüros extrem herausfordernd und in vielen Fällen existenzbedrohend. Die gesamte Branche hat aufgrund des Coronavirus eine Vollbremsung hingelegt – fast alle Betriebe mussten im März schließen. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Bundesländern und der Branche Maßnahmenpakete erarbeitet, die laufend erweitert wurden und auch gut angenommen werden, um die schlimmsten Folgen der Krise abzufedern.

Dazu zählen die Haftungen für Kredite ebenso wie das Kurzarbeitsmodell, der Härtefallfonds, der Corona-Hilfsfonds, die Stundung von Krediten oder Gebühren und viele weitere Maßnahmen. Wir wissen, dass die Situation für viele Betriebe dennoch extrem schwierig ist. Die Geschwindigkeit und Konsequenz der Maßnahmen hat aber auch dazu geführt, dass Österreich nun zu den ersten Ländern zählt, die Gesellschaft und Wirtschaft schrittweise wieder hochfahren können, unter ständiger Beobachtung der Gesundheitsdaten und Infektionszahlen.

Die ersten Schritte dieses „Comebacks für Österreich“ sind durchaus erfolgreich verlaufen. Die meisten Geschäfte sind inzwischen wieder geöffnet, seit 15. Mai können Gastronomiebetriebe wieder öffnen, am 29. Mai folgten die Beherbergungsbetriebe. Dafür haben wir einfache, aber klare Regeln und Rahmenbedingungen ausgearbeitet, die dem Schutz und der Sicherheit der Gäste und des Personals dienen sollen.

**Starthilfe für die Gastronomie.** Das schrittweise Hochfahren bedeutet für viele Betriebe aber eine nie da gewesene Kraftanstrengung. Daher hat die Bundesregierung für die Gastronomie ein Entlastungspaket mit einem Volumen von 500 Millionen Euro umgesetzt, das eine Starthilfe für die Betriebe sein soll. Damit sollen möglichst viele Wirtshäuser, Cafés, Restaurants, Heurigenlokale und andere Gastro-Betriebe sicher durch die nächsten Monate kommen.

So wird zum Beispiel die Umsatzsteuer auf alkoholfreie Getränke gesenkt. Die Schaumweinsteuer wird ganz abgeschafft. Die Obergrenze für pauschalierte Betriebe von derzeit 255.000 Euro

„ZIEL ALL DIESER MASSNAHMEN IST ES, DEN STANDORT **ÖSTERREICH ZU ALTER STÄRKE ZURÜCKZUFÜHREN** UND SO VIELE MENSCHEN WIE NUR MÖGLICH WIEDER IN BESCHÄFTIGUNG ZU BRINGEN.“

**Elisabeth Köstinger: „Mein Appell an die Bevölkerung, aber auch an Sie als Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter ist: Besuchen Sie unsere Wirtshäuser, Cafés, Restaurants, Buschenschanken und genießen Sie die Kulinarik, die Qualität und die Gemütlichkeit.“**

wird auf 400.000 Euro angehoben – das wird die Gastronomie entlasten und bringt zudem eine spürbare Entbürokratisierung.

Dazu kommen weitere Erleichterungen bei den Teilpauschalen. Auch die Einstellung von Aushilfskräften für die Gastronomie wird spürbar erleichtert werden. Essensgutscheine für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden steuerlich weiter vergünstigt und Geschäftsessen in einem höheren Ausmaß steuerlich absetzbar sein.

Ziel all dieser Maßnahmen ist es, den Standort Österreich zu alter Stärke zurückzuführen und so viele Menschen wie nur möglich wieder in Beschäftigung zu bringen.

Mein Appell an die Bevölkerung, aber auch an Sie als Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter ist: Besuchen Sie unsere Wirtshäuser, Cafés, Restaurants, Buschenschanken und genießen Sie die Kulinarik, die Qualität und die Gemütlichkeit. Unterstützen wir gemeinsam „Urlaub in Österreich“ und unsere bekannte Gastfreundschaft und Wirtshauskultur!

**Zum Thema Telekommunikation/Breitband:**
Die Corona-Krise hat uns auch die Bedeutung einer resilienten, flächendeckenden und leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur stärker vor Augen geführt. Die Pandemie beschleunigt die Digitalisierung weiter. Die Anforderung an die Kommunikationsinfrastrukturen steigt laufend, neue Anwendungen erfordern höhere Bandbreiten, geringere Latenzen und sichere Übertragungswege. Deswegen hat sich die Bundesregierung im Bereich der Kommunikationsinfrastruktur – dem Fundament der Digitalisierung – die flächendeckende Versorgung mit festen und mobilen Gigabit-Anschlüssen bis in das Jahr 2030 zum Ziel gesetzt.

Für die Chancengleichheit von Stadt und Land ist zuverlässiges, schnelles Internet unerlässlich. Die Anbindung an das Glasfasernetz ist für die Gemeinden im ländlichen Raum oft nur mit umfangreichen tiefbaulichen Maßnahmen und somit erheblichen Grabungskosten verbunden. Deswegen unterstützt das BMLRT mit der Anbindungsförderung Connect die Errichtung von Leerrohren mit Kabel zum Anschluss einer Pflichtschule oder einer anderen öffentlichen Bildungseinrichtung oder eines KMU sowie einmalig anfallende Kosten der Erschließung des Standortes mittels Glasfaserinfrastruktur.

Das Breitbandbüro (**breitbandbuero@bmlrt.gv.at**) berät interessierte Gemeinden bei allen Fragen zu Förderungen und Breitbandausbau.

**ALLE INFOS**

für Betriebe und Gäste:
**www.sichere-gastfreundschaft.at**

oder
**www.bmlrt.gv.at/tourismus**

FOTOS // BMLRT/Paul Gruber // ©iana_kolesnikova - stock.adobe.com

**GASTBEITRAG**
Gemeinden leben vor, was Europa braucht
**Seite 32**

**INTERVIEW**
„Ohne Gemeinden ist in Europa kein Staat zu machen“
**Seite 34**

EISENBAHNKREUZUNGEN

# KOSTENTRAGUNG GEGEN PARTEISTELLUNG

Jahrelang hat der Verwaltungsgerichtshof den Gemeinden die Parteistellung im Sicherungsverfahren verwehrt. Nunmehr hat der Verfassungsgerichtshof ein Machtwort gesprochen und dem Verwaltungsgerichtshof widersprochen. Neben dieser erfreulichen Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs gibt es aber auch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs, die für Kopfschütteln sorgt.

FOTO//stock.adobe.com/Nicole

**TEXT** // BERNHARD HAUBENBERGER

Hüter der Verfassung und der verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundrechte ist der Verfassungsgerichtshof. Seit vielen Jahren sind Gemeinden überzeugt davon, dass ihnen im Verfahren über die Sicherung von Eisenbahnkreuzungen Parteistellung eingeräumt werden müsste – letztlich sieht das Eisenbahngesetz eine Pflicht der Gemeinden (Träger der Straßenbaulast) vor, anteilig Kosten der im Sicherungsverfahren angeordneten Maßnahmen zu tragen. Zahlreiche Gemeinden hatten in der Vergangenheit versucht, die Parteistellung durchzusetzen, sind aber beim Verwaltungsgerichtshof gescheitert, der eine Parteistellung verneinte und in dieser Sache auf seine „gefestigte Rechtsprechung“ verwies, so zuletzt in einer Entscheidung am 9. Jänner 2017 (Ra 2016/03/0119). Eine nachvollziehbare Begründung suchte man bisher vergeblich.

Im Juli 2019 hat schlussendlich ein Richter des Landesverwaltungsgerichtes NÖ die fehlende Parteistellung der Gemeinden im Sicherungsverfahren zum Anlass genommen, einen Antrag auf Aufhebung der Kostentragungsbestimmungen im Eisenbahngesetz einzubringen (u.a. LVwG-AV-174/001-2019).

Das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich erblickte – auch vor dem Hintergrund, dass die Gemeinden als Träger der Straßenbaulast in dem dem Kostentragungsverfahren vorangestellten Sicherungsverfahren keine Parteistellung haben – in den Kostentragungsbestimmungen sogleich einen Verstoß gegen das Recht auf ein faires Verfahren (Art 6 Abs 1 EMRK), einen Verstoß gegen das Recht auf Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und damit einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art 7 Abs 1 B-VG, Art 2 StGG) und darüber hinaus einen Verstoß gegen das Determinierungsgebot (Art 18 B-VG).

Mit einer kaum zu überbietenden Deutlichkeit hat nun der Verfassungsgerichtshof dem Poker um die Frage der Parteistellung ein Ende gesetzt (VfGH, 26. Februar 2020, G 179/2019-25). Er anerkannte ausdrücklich die Bedenken, die der Richter erhob, und pflichtete ihm darin bei, dass eine derartige Konstruktion, bei der

FOTO//stock.adobe.com/Andreas Kruhl

Gemeinden Kosten tragen müssen (Kostentragungsverfahren), jedoch keinen Einfluss auf die Kosten haben (Sicherungsverfahren) verfassungswidrig wäre.

Da aber der Gesetzgeber grundsätzlich eine gemeinsame Kostentragung von Eisenbahnunternehmen und Träger der Straßenbaulast (Gemeinde) vorgesehen hat und der Verfassungsgerichtshof rechtsetzend tätig wäre, würde er die Kostentragungsbestimmungen aufheben – dies hätte letztlich entgegen dem Ansinnen des Gesetzgebers zur Folge, dass die Eisenbahnunternehmen alles alleine zu tragen hätten –, musste der Verfassungsgerichtshof einen anderen Weg als den der Aufhebung gehen.

Der Verfassungsgerichtshof hielt fest, dass zwar eine Parteistellung des Trägers der Straßenbaulast (Gemeinde) dem Gesetz nicht unmittelbar zu entnehmen ist, man aber die Kostentragungsbestimmungen (das Gesetz) verfassungskonform in der Weise auslegen muss, dass den Gemeinden sehr wohl Parteistellung im Sicherungsverfahren zukommt!

Mit dieser Festlegung hat der Verfassungsgerichtshof den Verwaltungsgerichtshof – somit das eine Höchstgericht das andere Höchstgericht – in einer (fast) beispiellosen Art und Weise zurechtgewiesen:

**So formuliert der Verfassungsgerichtshof in seiner Entscheidung:** „Das in der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes angenommene Fehlen der Parteistellung des Trägers der Straßenbaulast im Verfahren über die im Einzelfall zur Anwendung kommende Sicherung erweist sich als mit dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbar."

Damit steht fest, dass Gemeinden, die Träger der Straßenbaulast der die Eisenbahn kreuzenden Straße, im Verfahren über die Anordnung der (Art der) Sicherung der Eisenbahnkreuzung (Sicherungsverfahren) Parteistellung haben. Die Gemeinden haben nunmehr als Partei im Sicherungsverfahren die Möglichkeit, Einwendungen zu erheben, Einfluss auf das Verfahren zu nehmen, auf den Verfahrensausgang, auf die Bescheidformulierung. Sie können Akteneinsicht nehmen und gegen Sicherungsbescheide Beschwerde erheben. Letztlich können die Gemeinden auch Einfluss auf die Kostentragung nehmen.

Für viele Gemeinden folgt jedoch diese Klar- bzw. Richtigstellung zu spät. Eine Unzahl an Sicherungsverfahren ist bereits abgeschlossen. In vielen Fällen ist auch das im Anschluss an Sicherungsverfahren häufig (mangels Einigung) stattfindende Kostentragungsverfahren abgeschlossen oder noch im Gange.

Zwar hätten Gemeinden in diesen Fällen die Möglichkeit, binnen zwei Wochen ab Kenntnis der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs (Parteistellung) unter anderem einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu stellen. Damit würde im Falle der Bewilligung der Wiedereinsetzung das womöglich schon seit Jahren abgeschlossene Sicherungsverfahren in jene Lage zurücktreten, in der es sich vor Eintritt der „Versäumnis", jedenfalls vor Ende der Beschwerdefrist gegen den Bescheid befunden hat. Abgesehen vom Zeitdruck (binnen zwei Wochen ab Kenntnis) und dem Aufwand, der damit einhergeht – letztlich müsste sogleich mit dem Wiedereinsetzungsantrag die „versäumte" Handlung nachgeholt werden (etwa eine begründete Beschwerde gegen den Bescheid) –, müssten im Einzelfall die Erfolgsaussicht und der Nutzen einer Wiedereinsetzung gründlich geprüft werden.

**Entscheidungen der Höchstgerichte sind zur Kenntnis zu nehmen** – und damit auch die jüngste Entscheidung des Verwaltungsgerichts-

**MAG. BERNHARD HAUBENBERGER** IST JURIST BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

„DASS DER VERWALTUNGSGERICHTSHOF ALS HÖCHSTGERICHT JAHRELANG UNRICHTIG ENTSCHIEDEN HAT, IST MEHR ALS BEDAUERLICH. **DEN GEMEINDEN WURDE DADURCH DIE MÖGLICHKEIT GENOMMEN, ALS PARTEI EINFLUSS AUF DAS VERFAHREN** UND DAMIT AUCH EINFLUSS AUF DIE KOSTENTRAGUNG ZU NEHMEN."

hofs, die für Gemeinden einen Schlag ins Gesicht bedeutet (VwGH, 2. 4. 2020, Ra 2019/03/0161). War mit der letzten Entscheidung aus dem Jahr 2019 (VwGH, 26. 6. 2019, Ra 2019/03/0012) an sich weitgehend Rechtssicherheit in der Frage gegeben, wann Gemeinden im Falle von Anordnungen an Eisenbahnkreuzungen Kosten zu tragen haben, so wurde mit dieser Entscheidung die nächste Runde in der Achterbahnfahrt eingeläutet.

An sich hat der Verwaltungsgerichtshof bereits im Jahr 2015 entschieden, dass die Kostentragungsregelungen nicht zum Tragen kommen, wenn die Behörde im Sicherungsverfahren entscheidet, dass die bisherige Sicherung von schienengleichen Eisenbahnübergängen beibehalten werden kann. Damals ging es unter anderem um eine Lichtzeichenanlage, die bereits infolge des Alters zu erneuern war. Zu einem damaligen vom Eisenbahnunternehmen vorgebrachten Erlass des Ministeriums, der die Anwendbarkeit der Kostentragungsregelungen im Falle von Erneuerungen explizit bestimmt hat, hielt der Verwaltungsgerichtshof fest, dass „ein derartiger Erlass keine verbindliche Rechtsquelle darstellt".

Nachdem die Gemeinde hinsichtlich der bestehenden Sicherungsanlage nie Kosten getragen hat (bzw. nie Kosten tragen musste, weil die Behörde trotz der damaligen Rechtslage vor 2001 neben der Sicherungsentscheidung eine gleichzeitige Entscheidung über die Kosten verabsäumt hat), wurde diese Kostentragungsregelung rechtskräftig und musste die Gemeinde daher auch nicht im Falle einer Erneuerung Kosten tragen. Nachdem diese Entscheidung auf der Rechtsgrundlage vor der Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 getroffen wurde, gab es jedoch noch offene Fragen.

**Im Mai 2019 stellte der Verwaltungsgerichtshof klar, dass es sich um eine Änderung der Art der Sicherung handelt, wenn anstelle einer bisherigen Lichtzeichenanlage eine Schrankenanlage angeordnet wird. Daher seien alle Kosten in die Kostenteilungsmasse einzubeziehen.**

Im Mai 2019 stellte der Verwaltungsgerichtshof klar, dass es sich um eine Änderung der Art der Sicherung handelt, wenn anstelle einer bisherigen Lichtzeichenanlage eine Schrankenanlage angeordnet wird. Daher seien alle Kosten in die Kostenteilungsmasse einzubeziehen. Tatsächlich sieht die Eisenbahnkreuzungsverordnung fünf verschiedene Arten von Sicherungen vor (wobei Lichtzeichenanlagen und „Lichtzeichenanlagen mit Schranken" zwei unterschiedliche Sicherungsarten sind).

Im Juni 2019 hat der Verwaltungsgerichtshof schließlich zum einen klargestellt, dass die Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 schlicht die fünf Sicherungsarten aus der alten Verordnung „mit begrifflichen Adaptierungen" übernommen und in dieser Hinsicht keinen Einfluss auf die Kostentragung hat. Zum anderen hat er entschieden, dass es auf die Änderung der Art der Sicherung ankommt, ob die Kostentragungsbestimmungen zum Tragen kommen oder nicht.

**Nunmehr hat der Verwaltungsgerichtshof aber eine Kehrtwende vollzogen**, einer außerordentlichen Revision des Eisenbahnunternehmens »

FOTO /stock.adobe.com/Wolfgang Spitzbart

„MIT DER ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE KOSTENTRAGUNG HAT DER VERWALTUNGSGERICHTSHOF DEN GEMEINDEN, ABER AUCH BEHÖRDEN UND VERWALTUNGSGERICHTEN EINEN BÄRENDIENST ERWIESEN. **KLARHEIT UND RECHTSSICHERHEIT SCHAUEN ANDERS AUS.“**

stattgegeben und eine Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes OÖ aufgehoben, der auf Grundlage der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs entschieden hat, dass eine Gemeinde im Falle einer Erneuerung einer die technische Nutzungsdauer überschrittenen Sicherung nichts zu zahlen hat, wenn sie bislang nichts gezahlt hat.

Jetzt vermeint der Verwaltungsgerichtshof, dass nicht die Sicherungsart ausschlaggebend ist, sondern die Frage, ob die Sicherungsanlage selbst beibehalten/weiterbelassen werden kann. Sollte die Anlage aufgrund des Anlagenalters zu erneuern sein, kommen die Kostentragungsregelungen sehr wohl zum Tragen, selbst wenn die Art der Sicherung vergleichbar (im konkreten Fall sogar gleich) ist.

Ein wichtiger Auszug aus der Entscheidung lautet: „Im vorliegenden Fall ordnete der Landeshauptmann von Oberösterreich mit Bescheid vom 16. Juli 2015 vielmehr gemäß § 49 Abs. 2 EisbG an, dass die gegenständliche Eisenbahnkreuzung, deren Sicherungsanlagen aufgrund des Ablaufes der technischen Nutzungsdauer jedenfalls zu erneuern waren, durch eine Lichtzeichenanlage mit Läutewerk gesichert werden müsse. Es lag somit kein Fall vor, in dem die bestehende Sicherung im Wesentlichen unverändert weiterbelassen werden konnte, wodurch die bisher vom Verwaltungsgerichtshof entschiedenen Fälle gekennzeichnet waren, sondern es wurde eine (neue) Entscheidung über die Ausgestaltung der Art und Weise der Sicherung und damit deren inhaltlich gestaltende Festlegung im Einzelfall getroffen. Dass dabei letztlich eine Sicherungsart festgelegt wurde, die mit der früher angeordneten vergleichbar war, spielt dabei keine Rolle.“

Für viele Gemeinden, insbesondere jene, die ausgerechnet wegen der jahrelangen falschen Spruchpraxis des Verwaltungsgerichtshofs mangels Parteistellung keinen Einfluss auf Sicherungsverfahren und vor allem auf den Verfahrensausgang nehmen konnten, bedeutet diese Entscheidung eine enorme Kostenbelastung.

**Inhaltlich nachvollziehbar ist die Entscheidung sowieso nicht:** Eine Gemeinde, die bislang für ein und dieselbe Sicherung(sart) nie Kosten getragen hat, soll nunmehr Kosten tragen, weil die bestehende Anlage aufgrund des Alters nicht beibehalten oder angepasst werden kann, oder anders ausgedrückt: weil es das Eisenbahnunternehmen in der Vergangenheit schlicht verabsäumt hat, rechtzeitig zu reinvestieren bzw. zu erneuern (in vielen Fällen sind technische Anlagen 30 oder 40 Jahre alt, die technische Nutzungsdauer längst abgelaufen). Die Gemeinde soll nunmehr Kosten tragen, obwohl sich an der für die Sicherungsentscheidung wesentlichen Sachlage bzw. den für die Sicherungsentscheidung relevanten örtlichen Verhältnissen (oder Verkehrserfordernissen) offenbar nichts geändert hat, widrigenfalls ja eine andere Art der Sicherung vorgeschrieben hätte werden müssen.

Kostentragungspflicht gegen Parteistellung? Der Verwaltungsgerichtshof hat den Preis für die Parteistellung jedenfalls hoch angesetzt.

KOMMUNALE FINANZSORGEN UND INSOLVENZRECHT

# KÖNNEN GEMEINDEN **IN KONKURS GEHEN?**

Die Frage, ob österreichische Gemeinden in Konkurs gehen können, ist gerade in Zeiten einer Krise heiß diskutiert. Eine Bestandsaufnahme.

**TEXT** // MARTIN HUBER

Die Mitteilungen des Finanzministeriums betreffend die Ertragsanteilvorschüsse für den Monat Juni 2020 haben verdeutlicht, wie ernst die Lage ist: Mehr als 30 Prozent minus gegenüber dem Vergleichszeitraum Juni 2019, und die wirtschaftliche Talfahrt nimmt weiter an Geschwindigkeit zu. Die Situation in den Gemeinden ist ein Spiegelbild der österreichischen Volkswirtschaft. Die eigentliche Insolvenzwelle, so sind sich die Experten aus der Branche einig, wird erst kommen und noch heftiger ausfallen als in der Zeit der letzten Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009. Gibt es für die Gemeinden ebenfalls die Insolvenz als Worst-Case-Szenario? Die Rechtslage ist international unterschiedlich. In Deutschland ist ein solcher Konkurs ausgeschlossen, zudem hat das deutsche Bundesverfassungsgericht Anfang der 1990er-Jahre eine Beistandspflicht des Bundes zugunsten der Kommunen ausgesprochen.

In den USA mussten bereits mehr als 500 Städte und Gemeinden auf der Basis des „US Bankruptcy Code" ein Insolvenzverfahren durchlaufen. Fälle, Literatur und Rechtsprechung gibt es dazu in Österreich wenig. Der Oberste Gerichtshof hat sich lediglich ein einziges Mal – konkret 1933 im Fall der steirischen Gemeinde Donawitz – mit dem Konkurs einer Gemeinde auseinandersetzen müssen. Regelungen zum Exekutionsverfahren gegen Gemeinden finden sich bspw. in § 15 der Exekutionsordnung (EO) und § 16 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 (F-VG).

§ 15 EO schützt die Gemeinden insofern, als ein Zugriff gegen Gemeindevermögen, das diese zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben benötigen, weitgehend unmöglich ist. Eine Verpfändungsbeschränkung hinsichtlich ihrer Abgabenrechte, Ertragsanteile und vermögensrechtlicher Ansprüche, die auf Grund des FAG gegenüber dem Bund oder anderen Gebietskörperschaften den Gemeinden zustehen, enthält § 16 Abs. 2 F-VG. Gegen diese Ansprüche und Rechte ist auch keine Zwangsvollstreckung möglich, allerdings kann das Finanzministerium auf Antrag der Landesregierung Ausnahmen von diesem Verbot bewilligen.

**Im Ergebnis zeigt sich, dass eine Exekution gegen Gemeindevermögen zwar möglich, aber begrenzt ist.** Darüber, wo diese Grenze verläuft, gibt es in der Rechtswissenschaft unterschiedliche Auffassungen – aktuelle Rechtsprechung dazu gibt es keine. Obwohl die österreichische Rechtsordnung den Gemeindekonkurs nicht ausdrücklich ausgeschlossen hat, ist er dennoch unwahrscheinlich: Sowohl die geltende Finanzverfassung als auch das Finanzausgleichgesetz enthalten Bestimmungen, mit denen die Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben sichergestellt werden soll. Für eine ausdrückliche verfassungsrechtliche Beistandspflicht, die im F-VG verankert werden könnte, spricht – trotz vieler kritischer Stimmen zur deutschen Rechtslage – sehr viel. Und das Schicksal der Gemeinde Donawitz? Sie wurde im Oktober 1939 in die Gemeinde Leoben eingemeindet.

**LINKS ZUM THEMA**

§ 15 EO

**www.jusline.at/gesetz/eo/paragraf/15**

§ 16 F-VG

**www.jusline.at/gesetz/f-vg/paragraf/16**

**DR. MARTIN HUBER** IST LANDESGESCHÄFTSFÜHRER DES SALZBURGER GEMEINDEVERBANDES

EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE

# GEMEINDEN LEBEN VOR, **WAS EUROPA BRAUCHT**

Die Zukunft Europas ist keine Frage der Kompetenz, sondern eine der Konsequenz. Und ein Europa, das in der Gemeinde anfängt, ist ein stabiles Europa – das den Herausforderungen der Zukunft standhalten kann.

Aus der schockierenden Erfahrung der Corona-Pandemie folgt doch, dass wir einander noch mehr unterstützen und helfen müssen, als wir das bisher getan haben. Wenn wir in dieser Krise die größten Errungenschaften Europas über Bord werfen, dann sind wir wie der Spaziergänger, der im Unwetter wütend seinen Regenschirm wegwirft, weil dieser ihn nicht vor nassen Füßen bewahren kann." Das sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen anlässlich des Festakts zum diesjährigen Europatag. 2020 ist in mehrfacher Hinsicht ein europäisches Jubiläumsjahr: Österreich feiert das 25. Jubiläum seiner EU-Mitgliedschaft. Und es ist genau 70 Jahre her, dass der französische Außenminister Robert Schuman mit seiner Erklärung den Grundstein für ein geeintes Europa legte. Er sagte damals: „Wir brauchen jetzt schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen." Auch heute muss Europa seine Kräfte bündeln, um Wohlstand, Frieden und demokratische Werte für die Zukunft zu sichern.

**Solidarität ist das Gebot der Stunde – und das auf mehreren Ebenen.** Erstens braucht es Solidarität innerhalb der EU, zwischen Nord und Süd und Ost und West. Nachdem in den ersten Tagen der Corona-Pandemie viele nationale Regierungen in verständlicher „Rette sich, wer kann"-Manier nationale Alleingänge unternommen haben, gab es in den vergangenen Wochen ein Comeback der europäischen Solidarität. EU-Staaten haben sich gegenseitig bei der Behandlung von Intensivpatienten unterstützt und einander Schutzmaterial geliefert. Auch im Hinblick auf den Wiederaufbau darf kein Land im Regen stehen gelassen werden. Das wäre auch ob der ökonomischen Realitäten schlicht kontraproduktiv – schließlich sind die EU-Staaten wirtschaftlich eng vernetzt: Österreich hat im Vorjahr beispielsweise Waren im Wert von 107 Milliarden Euro in andere EU-Länder exportiert – das entspricht rund einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts. Wir müssen jetzt gemeinsam daran arbeiten, unseren Binnenmarkt schrittweise und koordiniert wiederherzustellen, sodass er bald sein volles Potenzial zum Wohle der europäischen Bürger und Unternehmen entfalten kann. Kooperation tut auch im Gesundheitsbereich not: Wer einigermaßen gut durch die erste Phase der Krise gekommen ist, der sollte jetzt seine Erfahrungen und seine Stärke mit den Nachbarn teilen. Wir müssen uns gemeinsam für eine zweite Welle rüsten, die nach Ansicht zahlreicher Experten kaum zu vermeiden sein wird.

> „Auf Gemeindeebene wird uns auf vielfache Weise vorgelebt, was der Kern der Solidarität ist – nämlich Zusammenhalt, der sich über soziale und politische Unterschiede hinwegsetzt und das Gemeinwohl über alles stellt. **Diese Form von Solidarität brauchen wir für Europa – und die Welt."**

Zweitens braucht es globale Solidarität: Wir dürfen gerade jene Länder, die ohnehin mit großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen konfrontiert sind, mit der Bekämpfung des Virus nicht alleine lassen. Sie brauchen gerade jetzt unsere Unterstützung. Zudem bedarf es einer globalen Anstrengung, um das Coronavirus zu besiegen, denn es kennt keine Grenzen und keine Nationalitäten. Die Europäische Kommission und Partnerorganisationen haben vor diesem Hintergrund einen Spendenmarathon gestartet, der in einem ersten Schritt 7,4 Milliarden Euro eingebracht hat. Ziel ist es, einen leistbaren Impfstoff gegen das Coronavirus sowie Therapien bereitzustellen.

**Solidarität zeigt sich auf internationalen Geberkonferenzen, aber sie beginnt nicht dort.** Sie beginnt vielmehr im Kleinen, in unserem Alltag. Und gerade da sind Gemeinden beispielhaft: Auf Gemeindeebene wird uns auf vielfache Weise vorgelebt, was der Kern der Solidarität ist – nämlich Zusammenhalt, der sich über soziale und

FOTO // Europäische Kommission

politische Unterschiede hinwegsetzt und das Gemeinwohl über alles stellt. Diese Form von Solidarität brauchen wir für Europa – und die Welt.

Am 9. Mai, dem Europatag, wollten die EU-Institutionen eigentlich eine Konferenz über die Zukunft Europas starten. Aufgrund der Corona-Pandemie ist eine solche Konferenz in physischer Form derzeit natürlich nicht durchführbar. Doch die Pandemie führt uns gleichzeitig vor Augen, wie wichtig es ist, dass wir Herausforderungen in Europa gemeinsam meistern. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um über die Zukunft unseres Kontinents kritisch nachzudenken. Klar ist: Wir müssen die Funktionsweise unserer Union, vor allem aber den Umgang mit ihr deutlich verbessern. Der frühere Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat 2018 ein Weißbuch mit fünf Szenarien für die Zukunft Europas vorgelegt, das zu lesen sich heute wieder lohnt. Im vierten Szenario plädierte Juncker dafür, dass die Europäische Union weniger breit formulierte Aufgaben erhalten sollte. Zugleich sollten die Mitgliedstaaten die Union aber bei den konkreten Aufgaben, die sie ihr übertragen, auch mit wirksamen Instrumenten ausstatten. Juncker wollte mit diesem Szenario, das direkt dem Subsidiaritätsprinzip entstammt, zeigen, wie gefährlich es für Europa sein kann, wenn es etwa für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich sein soll, zugleich aber der Arbeitsmarkt in ausschließlich nationaler Zuständigkeit bleibt. Bei einer solchen „Unterföderalisierung“ sind Enttäuschungen über unzureichende europäische Ergebnisse programmiert.

Auf heute übertragen: Wenn die Mitgliedstaaten ein europäisches Pendant zu den amerikanischen Centres for Disease Control and Prevention (CDC) mit der Agentur ECDC in Stockholm einrichten, ihr aber nur 280 statt wie in den USA 10.000 Mitarbeiter und keinerlei operative Befugnisse geben, dann kann das nicht zu den bestmöglichen Ergebnissen für den Schutz der menschlichen Gesundheit in Europa führen.

Wenn die Mitgliedstaaten gemeinsam eine Europäische Zentralbank gründen, dann muss diese Zentralbank in Krisenzeiten genauso wie die US-Zentralbank in der Lage sein, im Interesse der Stabilität unserer Währung massiv an den Anleihemärkten zu intervenieren – sonst müssen wir uns nicht wundern, wenn in Europa Kapital teurer ist und die Rezession länger dauert als auf anderen Kontinenten.

Wenn wir jetzt einen Wiederaufbauplan für Europa erstellen, dann wird dieser auch eine ehrgeizige finanzielle Ausstattung durch alle Mitgliedstaaten brauchen – sonst kann Europa nicht gestärkt aus der Krise hervorgehen.

**Initiative der Europa-Gemeinderäte soll ausgebaut werden.** Das heißt nicht, dass wir in Europa eine breit angelegte Diskussion über die Kompetenzverteilung oder unbedingt einen neuen EU-Vertrag brauchen. Was wir brauchen, ist mehr Konsequenz: Wenn nationale Regierungen Forderungen an die EU stellen, müssen sie diese Forderungen auch mit politischem Willen und Tatkraft untermauern. Sonst kann es keine handfesten Ergebnisse im Sinne der EU-Bürger geben, und die EU wird einmal mehr der Handlungsunfähigkeit bezichtigt. Die EU sind aber nicht die Institutionen in Brüssel oder Straßburg – die EU, das sind wir alle gemeinsam. Und es liegt an uns, sie zu gestalten. Die Gemeinden können dabei eine zentrale Rolle spielen. Die Europäische Kommission hat es sich zum Ziel gesetzt, die lokale und regionale Ebene in den kommenden Jahren verstärkt für Ideen und Vorschläge zur Zukunft Europas zu mobilisieren. In Österreich können wir dabei auf die vorbildliche Einrichtung der Europa-Gemeinderäte bauen: Sie sind auf lokaler Ebene direkt mit europäischen Fragen betraut, erste Ansprechpartner für die Bevölkerung und haben einen direkten Draht zur Kommissionsvertretung in Österreich. Unser Ziel ist es, dass die Initiative, die derzeit 1100 Gemeinden umfasst, flächendeckend Fuß fasst.

**ZUR PERSON**

Martin Selmayr (*5. Dezember 1970 in Bonn) ist ein deutscher Jurist und EU-Beamter. Von November 2014 bis Ende Februar 2018 war er Kabinettchef des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Vom 1. März 2018 bis Juli 2019 war er Generalsekretär der Europäischen Kommission, seit November 2019 ist er Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich.

Zudem ist Martin Selmayr Honorarprofessor für Europäisches Wirtschafts- und Finanzrecht an der Universität des Saarlandes, Lehrbeauftragter für das Recht der Wirtschafts- und Währungsunion an der Donau-Universität Krems und ehrenamtlicher Direktor des an der Universität Passau ansässigen Centrums für Europarecht.

GERD LANDSBERG IM INTERVIEW

# „OHNE DIE KOMMUNEN IST IN EUROPA **KEIN STAAT ZU MACHEN**“

Ebenso wie in Österreich waren deutsche Kommunen und deren Bürgermeister und Bürgermeisterinnen an vorderster Front im Kampf gegen Covid-19 engagiert. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, spricht im Interview mit Philipp Lerch über die Zeit nach der Krise und was sich für Gemeinden möglicherweise ändert.

**Im Februar 2020 haben Sie Deutschland als „sehr gut vorbereitet“ auf die Corona-Krise beschrieben – eine Annahme, die sich in den darauffolgenden Wochen bestätigen sollte. Die Städte, Gemeinden und Kreise scheinen den Herausforderungen besonders tatkräftig, engagiert, verantwortungsbewusst und mit Maß und Mitte begegnet zu sein.**

**GERD LANDSBERG:** Die Städte und Gemeinden in Deutschland haben in der Tat die Herausforderung tatkräftig und engagiert angenommen. Dabei hat der gut aufgestellte Katastrophen- und Seuchenschutz in Deutschland eine große Rolle gespielt. Er ist seit der Zeit Bismarcks ein fester Bestandteil der Aufgabenpalette der Kommunen. Im Zusammenspiel mit der Länder- und Bundesebene haben wir ein stabiles Netz über Deutschland spannen können. Natürlich muss auch eines gesagt werden: Ohne die Mithilfe unzähliger Freiwilliger und die Selbstdisziplin der Bürger und Bürgerinnen ständen wir heute nicht so gut da. Bisher hat die Gesellschaft die Herausforderung bis auf wenige Ausnahmen glänzend gelöst.

**Liegt hier grundsätzlich eine besondere Stärke unserer Kommunen? Wo stehen sie bei der Krisenbewältigung im europaweiten Vergleich?**

Ja, so ist es. Die Stärke der Kommunen ist eine grundsätzliche und zudem historisch bedingte. Sie ist politisch gewollt. Was die europäische Sicht betrifft, so glaube ich mit aller Vorsicht sagen zu können, dass Deutschland zusammen mit Österreich und der Schweiz, aber auch Dänemark einen besonders guten Weg gefunden haben, ihre Probleme anzugehen. Wir stehen im europäischen Vergleich gut da. Das zeigt die Leistungskraft unseres Gesundheitssektors und der Gesundheitsämter, auch der politisch Verantwortlichen und nicht zuletzt der Menschen in unserem Land selbst.

> „Ohne die Mithilfe **unzähliger Freiwilliger und die Selbstdisziplin der Bürger und Bürgerinnen** ständen wir heute nicht so gut da.“

**Sie meinen, dass der sogenannte „Corona- Föderalismus“ eine Chance sei. Werden das Subsidiaritätsprinzip und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt aus dieser Zeit hervorgehen?**

Ja, das werden sie. Ich denke, aus dieser Krise wird sich eine Renaissance der Kommunen und der kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge entwickeln. Wir sehen, dass wir eine starke öffentliche Hand brauchen. Das Regionale wird trotz aller Globalisierung eine stärkere Bedeutung erlangen und teilweise auch zurückerlangen.

**Wird den Menschen in diesen Monaten noch einmal besonders deutlich, welche zentralen Leistungen ihre Kreise, Städte und Gemeinden erbringen? Oder ist der Blick zu stark auf die Entscheiderinnen und Entscheider in Berlin und in den Landeshauptstädten gerichtet?**

Bei aller medialen Präsenz der Bundesregierung und der Ministerpräsidenten hat sich in das Bewusstsein der Bürger und Bürgerinnen erneut eingeprägt, dass kommunale Infrastrukturen und deren Dienste für ein menschengerechtes

FOTO/Stiftung Lesen

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Leben vor Ort einfach notwendig sind. Ein funktionierendes kommunales System ist im Krisenfall nicht alles. Aber ohne dieses ist alles nichts. Diese Erkenntnis tritt sicher manchmal in den Hintergrund, aber sie ist im Grunde immer vorhanden. Der Bürger und die Bürgerin wissen letztendlich, was sie an den Kommunen haben.

**Könnte aus dieser Aufmerksamkeit sogar eine Renaissance des politischen Engagements auf kommunaler Ebene erwachsen?**
Das ist genau der Punkt. Ich bin sicher, dass aufgrund der aktuellen Situation eine Renaissance der Kommunen bevorsteht. Ihre Aufgaben werden wachsen und der politische Fokus wird sich dadurch mehr denn je auf die kommunalen Strukturen legen. Die Krise hat eins gezeigt: Der kurze Weg vor Ort, der direkte Kontakt, die Möglichkeit mitzuentscheiden, und daraus resultierend die Zuverlässigkeit der Dienstleistung gerade in Krisenzeiten sprechen für die Kommunen.
Dies alles betrifft natürlich zunächst die sogenannten Dienstleistungen des allgemeinen (wirtschaftlichen) Interesses wie Kindergärten, ÖPNV, Altenheime, Schwimmbäder oder die Energieversorgung. Aber es gibt u. U. auch relevante indirekte Auswirkungen für die Kommunen. Inwieweit die skizzierte Rückbesinnung auf die Nähe, das Erreichbare und das Sichere auch für die sogenannte Realwirtschaft gilt, wird sich noch zeigen. Der Höhenflug der Globalisierung ist jedenfalls vorbei.

**ZUR PERSON**
**Gerd Heinz Richard Landsberg** (* 28. Oktober 1952 in Wiesenbronn, Landkreis Kitzingen, Unterfranken) ist ein deutscher Verwaltungsjurist und seit Jänner 1998 Hauptgeschäftsführer sowie geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

**Welchen Beitrag sollte an dieser Stelle politische Bildung, etwa die der Konrad-Adenauer-Stiftung, leisten?**
Die politische Bildung der KAS sollte, ausgehend von dem im Grundgesetz festgelegten dezentralen Aufbau der Bundesrepublik, den Menschen verdeutlichen, dass die Kommune nicht nur eine politisch gewollte Ebene des staatlichen Handelns ist, sondern dass sie auch eine moderne Antwort auf die Herausforderungen der Zeit bedeutet. Positive Beispiele gibt es hierfür viele, wobei Kritik dabei immer erwünscht ist. ...

**Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat die Bundeshilfen zur wirtschaftlichen Bewältigung der Corona-Epidemie vor dem Hintergrund der Bedürfnisse der Kommunen untersucht. Wenn Sie heute einen Zwischenstand beschreiben müssen: Kommen die Hilfen vor Ort bei den Menschen – und damit in den Städten und Gemeinden an, wo sie gebraucht werden?**
Bisher hat der Bund leider keine direkten oder indirekten Zahlungen an die Kommunen avisiert. Darum haben wir uns kürzlich in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Scholz gewandt und um einen kommunalen Rettungsschirm gebeten. Auf die Kommunen kommen jetzt ungeheure Belastungen zu, ausgelöst durch die Corona-Krise. Es brechen Gewerbesteuereinnahmen weg und der Anteil an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer wird sinken. Wir haben also drastisch sinkende Einnahmen, die Aufgaben und Ausgaben aber bleiben bestehen oder werden sogar noch steigen. Wir brauchen deshalb die Hilfe des Bundes und der Länder – und letztlich auch für die Kommunen und kommunalen Unternehmen einen Rettungsschirm in der Corona-Krise.

**Welchen Digitalisierungsschub erwarten Sie in den kommenden Monaten und Jahren?**
Es wird einen Digitalisierungsschub geben. Auch bei den kommunalen Gebietskörperschaften. Die Corona-Krise ist dabei ein wichtiger Katalysator, aber eben nur einer. Im Grunde bereiten wir uns schon länger auf die neue Situation vor. Es kommt hier darauf an, die Kommunen mit dem Bürger und der Wirtschaft direkter zu verknüpfen und die Abläufe zu beschleunigen. Auch muss die Abstimmung zwischen den Kommunen sowie mit den anderen staatlichen Ebenen durch die Digitalisierung verbessert werden.

»

**Erwarten Sie eine Sternstunde der viel diskutierten EU-weit vereinheitlichten Datenschutzgrundverordnung? Also ein „Europa – mit Sicherheit!", oder wird sich angesichts der Begleitumstände der Corona-Pandemie und des Zeitdrucks doch eher „Digitalisierung first – Bedenken second" durchsetzen?**
Ich sehe den Konflikt zwischen Sicherheit und technischer Möglichkeit. Als Anhänger einer möglichst liberalen Demokratie möchte ich auch nicht, dass der technische Fortschritt mit Einbußen an der Freiheit der Person einhergeht. Etwas anderes ist es aber, wenn Daten, die sich auf Aktivitäten der Menschen stützen, anonym erfasst werden. Es kann durchaus für die Kommunen und die Wirtschaft wichtig und interessant sein zu wissen, wie oft und lange Menschen zu welchen Zeiten den ÖPNV nutzen oder welche Verkehrsströme bei großen Veranstaltungen zu erwarten sind.

**Wir erleben zurzeit sehr viel entschlossenes nationalstaatliches Handeln. Leider gesellen sich mitunter auch Abschottungstendenzen und Nationalismen hinzu. Bereitet Ihnen das Sorgen?**
Falls Sie auf die Zurückhaltung des Exportes von medizinischem Gerät und die Sperrung der Grenzen zwecks Seuchenschutz anspielen, so waren dies sicherlich reflexartige Rückgriffe auf alte schlechte Zeiten. Auch hat es verbal einige weitere unschöne Szenen an den Grenzen gegeben. Aber das alles war nicht nur national bedingt. Es gab auch regionalintern Abschottungstendenzen. Um klar zu sein: Das Geschehene ist nicht hinnehmbar und viele Kommunalpolitiker sind auch schon dagegen angegangen. Wir müssen geistig offen bleiben. Ich halte es hier mit Otto von Bismarck, der zu seinem Kaiser sagte: „Mein Patriotismus hört bei französischem Champagner auf." Und um trotz aller Probleme eines deutlich zu sagen: Wir brauchen Europa, mehr denn je! Die EU muss an dieser Krise wachsen. Das ist eine Aufgabe und Pflicht der politischen Führung.

**In Ihrem kommunalen Appell zur Amtsaufnahme der neuen EU-Kommission Ende 2019 haben Sie nicht weniger als einen „Neustart für Europa" und ein starkes „europäisches Bewusstsein" gefordert. Wie entdecken wir das in diesen Tagen wieder – und welchen Beitrag können gerade die Kommunen leisten?**
Der DStGB war immer einer der Ersten, wenn es darum ging, Europa ins Rampenlicht zu rücken.

> AUS DIESER KRISE WIRD SICH **EINE RENAISSANCE DER KOMMUNEN UND DER KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNG** UND DASEINSVORSORGE ENTWICKELN."

Das Interview fand Ende April 2020 statt und wurde von Philipp Lerch, Landesbeauftragter und Leiter des politischen Bildungsforums Rheinland-Pfalz, geführt (Bild). Zuerst erschienen ist das Interview in der „Europawoche 2020" der Konrad-Adenauer-Stiftung (www.kas.de). Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Konrad-Adenauer-Stiftung Deutschland.

Redaktionell gekürzt. Volltext auf **https://kommunal.at/ohne-die-kommunen-ist-europa-kein-staat-zu-machen**

Aus dieser proeuropäischen Haltung leiten wir „Anspruch und Kritik" ab. Und ja, wir verkörpern ein „europäisches Bewusstsein" und können deshalb auch einen „Neustart von Europa" fordern, denn dieser großartige Gedanke ist in Gefahr.
Der Neustart muss meines Erachtens drei Dinge beinhalten. Er muss endlich die Stabilisierung der staatlichen nationalen und europäischen Finanzen in Angriff nehmen. Er muss ferner eine europäisch funktionierende Lösung des Migrationsproblems installieren und er muss praktische, volkswirtschaftlich lösbare Antworten auf die Klimafrage geben.
Und nicht zuletzt zeigt die Pandemie, wie wichtig gemeinsame Politiken und Strategien sind! Dabei müssen die europäischen Lösungen oft im Auge haben, dass sie dann am besten sind, wenn sie das Subsidiaritätsprinzip beachten.
Mit den Kommunen fangen viele Lösungen an. Erst wenn sie nicht mehr weiter können, folgt die nächsthöhere Ebene. Rein praktisch heißt das für die EU: Nehmt die Kommunen stärker in die Beratungsebene mit auf. Sie werden euch sagen, wann die nächste Ebene eingreifen muss ...

**Sie treten für ein Modell des partnerschaftlichen Zusammenwirkens aller demokratisch legitimierten Ebenen in Europa ein. Wie realistisch ist diese Idealvorstellung zurzeit – und wo sehen Sie hier den „nächsten Schritt"?**
Grundsätzlich arbeiten die europäischen Kommunen schon im Rahmen des europäischen Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zusammen. Der RGRE vertritt diese Interessen gegenüber den Organen der EU – und zwar schon sehr lange. Zudem existiert der Ausschuss der Regionen, der als Institution der EU kommunale Vertreter, auch deutsche, in seinen Reihen hat und die EU-Kommission und das Europäische Parlament offiziell berät. Insofern arbeiten die europäischen Kommunen schon lange zusammen und vertreten ihre Interessen in Europa. Ohne die Kommunen ist in Europa kein Staat zu machen.

bmf.gv.at/corona

# Mehr Geld für unsere Betriebe

## Fixkostenzuschuss

Entgeltliche Einschaltung
Foto: BMF/Adobe Stock

Bundesministerium
Finanzen

Mit dem Zuschuss zur Deckung von Fixkosten helfen wir Ihrem Unternehmen:

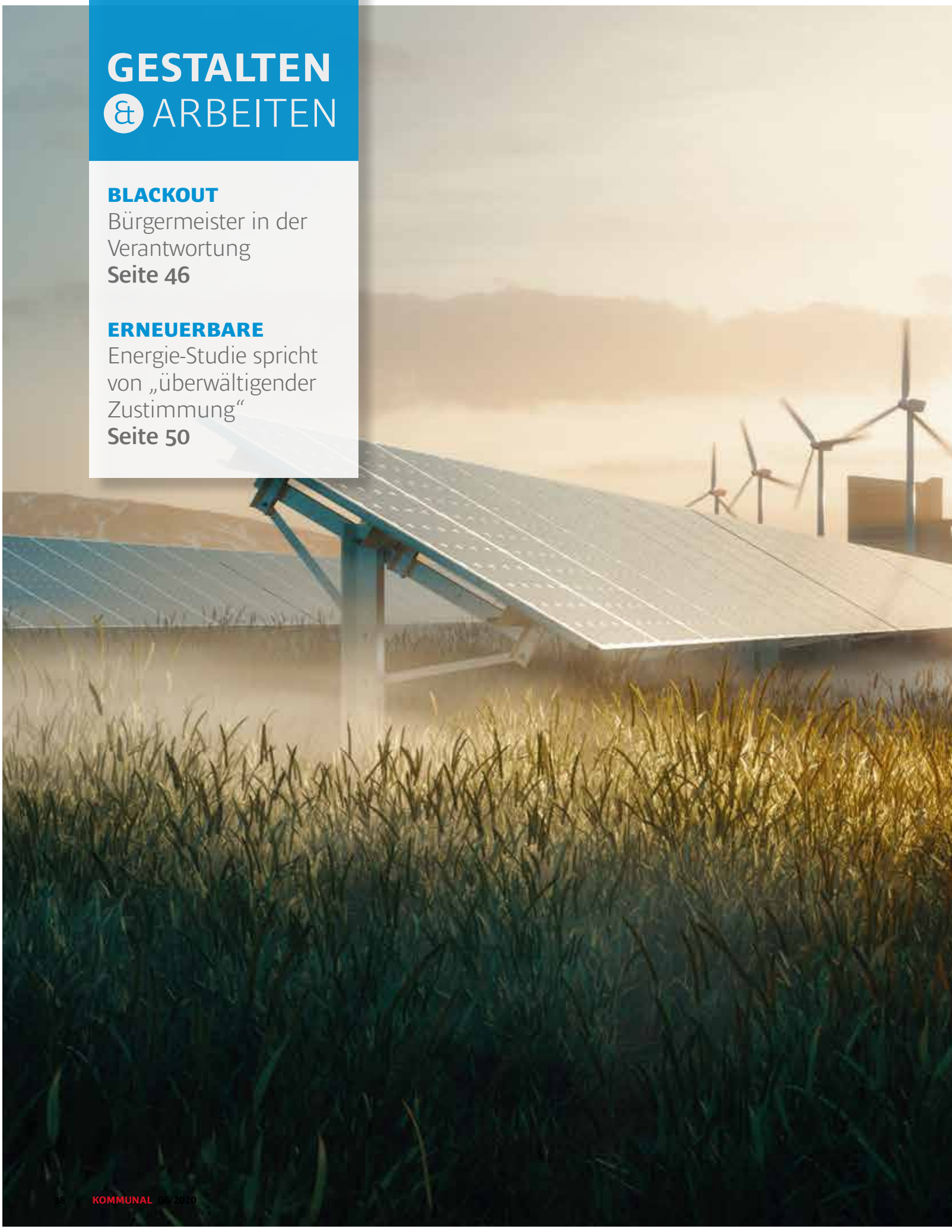
- beträgt bis zu 75 % der Fixkosten, abhängig vom Umsatzausfall
- wird noch heuer ausbezahlt und muss nicht zurückbezahlt werden
- kann für bis zu 3 zusammenhängende Monate geltend gemacht werden
- kann ab sofort über FinanzOnline beantragt werden

Alle Informationen auf **bmf.gv.at/corona** oder unter **050 233 770**
von Mo. bis Do. von 7.30 bis 15.30 und am Fr. von 7.30 bis 12 Uhr

# GESTALTEN & ARBEITEN

**BLACKOUT**
Bürgermeister in der Verantwortung
**Seite 46**

**ERNEUERBARE**
Energie-Studie spricht von „überwältigender Zustimmung“
**Seite 50**



ENERGIEGEMEINSCHAFTEN UND DIE ENERGIEWENDE AUF KOMMUNALER EBENE

# TOTGEBURT ODER **WERTVOLLER BEITRAG**

EU-Richtlinien sehen die Möglichkeit zur Gründung von Energiegemeinschaften vor. Sofern die noch ausstehende innerstaatliche Umsetzung gelingt, stellt dies für Gemeinden eine sehr gute Gelegenheit dar, sich im Bereich der Energiewirtschaft zu engagieren.

FOTO/©malp - stock.adobe.com

**TEXT** // HARALD PICHLER

Das Clean-Energy-Package („Saubere Energie für alle Europäer") ist das EU-Legislativpaket zur Energie- und Klimapolitik, mit dem auf europäischer Ebene versucht wird, einen Transformationsprozess in diesem Bereich einzuleiten. Die darin beschlossenen europäischen Gesetze beinhalten unter anderem auch zwei Richtlinien, die noch innerstaatlich umgesetzt werden müssen: die Erneuerbare Energierichtlinie – EE-RL (RL (EU) 2018/2001) – und die Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie – EB-RL (RL (EU) 2019/944). Für die innerstaatliche Umsetzung sollten sich auch Gemeinden interessieren. Mögliche (und sinnvolle) Förderungen für diesen Bereich sollten nicht verpasst werden.

**Varianten der Energiegemeinschaften.** In den angeführten Richtlinien finden sich die europarechtlichen Vorgaben für die Bildung von Energiegemeinschaften. In der EE-RL ist die Möglichkeit vorgesehen „Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften" zu gründen. In der EB-RL gibt es eine ähnliche Regelung für die Etablierung von sogenannten „Bürgerenergiegemeinschaften".

Grundsätzlich sollte damit ein Rahmen geschaffen werden, innerhalb dessen sich natürliche Personen, (Klein-)Unternehmen sowie Gebietskörperschaften, einschließlich Gemeinden, zusammenschließen können, um gemeinschaftlich (erneuerbare) Energie zu produzieren, zu verbrauchen, zu speichern und zu verkaufen oder sonstige Energiedienstleistungen bereitzustellen. Im Fall der Bürgerenergiegemeinschaft ist auch noch die Möglichkeit vorgesehen, in ihrem Tätigkeitsgebiet Verteilernetze zu betreiben. Der bereits jetzt in Österreich zugelassene Betrieb einer „gemeinschaftlichen Erzeugungsanlage" durch „teilnehmende Berechtigte", die es Hausgemeinschaften in Mehrfamilienhäusern ermöglicht Strom, z. B. aus einer gemeinsamen Photovoltaikanlage am Dach zu beziehen, wird damit ausgeweitet.

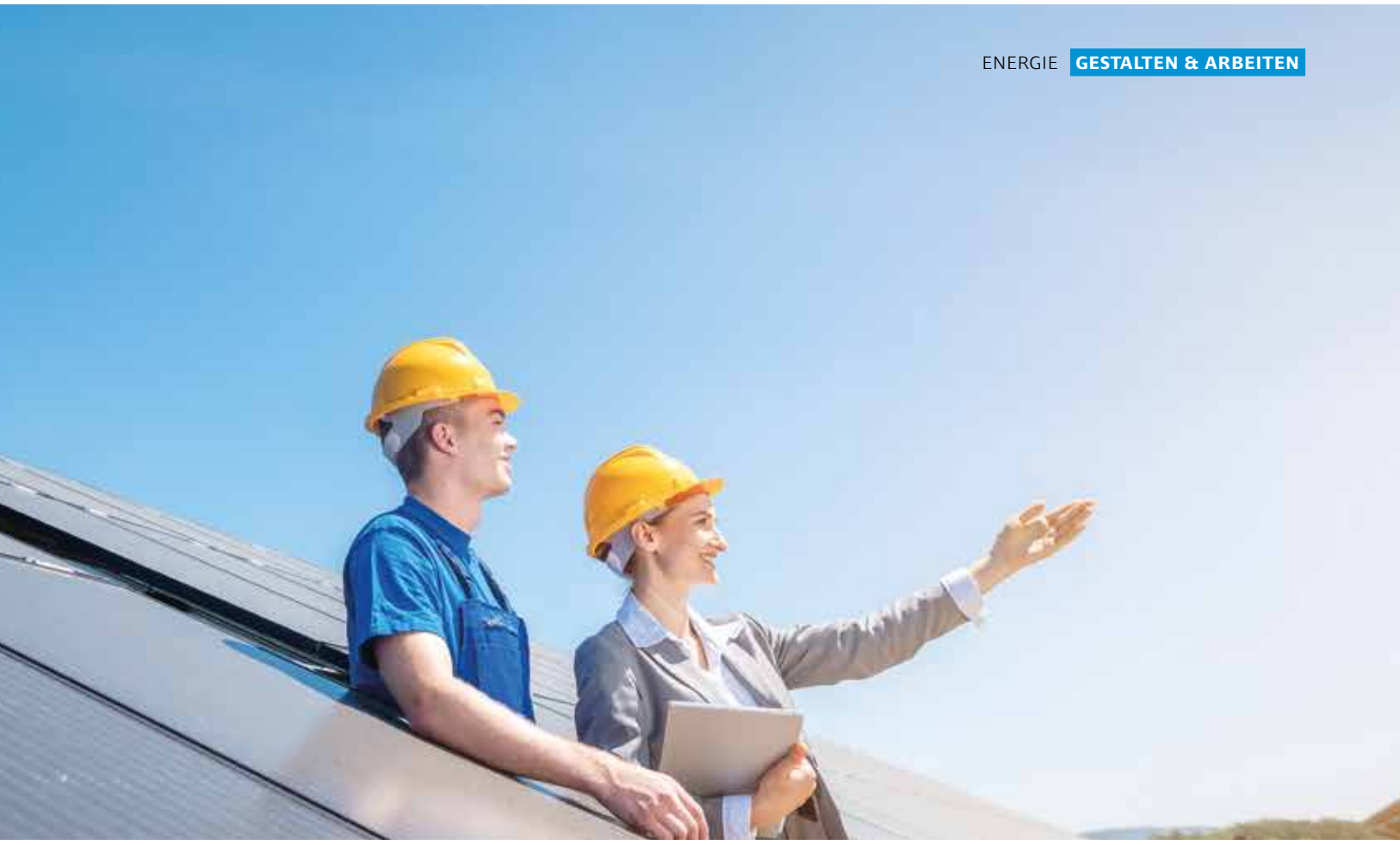
„Wesentlich ist, dass **Energiegemeinschaften jedenfalls als Rechtspersonen einzurichten** sind. Damit scheiden Konstellationen wie Gesellschaften nach bürgerlichem Recht wohl aus."

**Zweck und Organisationsprinzipien der Energiegemeinschaften.** Zweck dieser Energiegemeinschaften ist es, ihren Mitgliedern (oder den lokalen Gebieten, in denen sie tätig sind) ökologische, wirtschaftliche oder sozialgemeinschaftliche Vorteile zu verschaffen. Der Hauptzweck der Gemeinschaften darf jedoch nicht in der Erwirtschaftung finanzieller Gewinne bestehen. Es soll damit ein Anreiz geschaffen werden, dass lokale Projekte eine höhere Akzeptanz finden. Die Investitionsbereitschaft in dezentrale Erzeugungsanlagen soll ebenfalls erleichtert werden.

Die beiden Modelle sind einander ähnlich und verfolgen auch gleichartige Zwecke. Von wesentlicher Bedeutung ist jedoch der Unterschied, dass bei Bürgerenergiegemeinschaften eine Nahebeziehung zum jeweiligen von der Gemeinschaft betriebenen Projekt nicht erforderlich ist.

Will man eine Systematisierung versuchen, so lässt sich sagen, dass Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften als Untergruppe einer Bürgerenergiegemeinschaft anzusehen sind. Allerdings haben sie einen weiteren Anwendungsbereich, da sie neben Elektrizität auch andere Bereiche wie Wärme und Kälte mitumfassen.

Wesentlich ist, dass diese Energiegemeinschaften jedenfalls als Rechtspersonen (d. h. juristische Personen) einzurichten sind. Damit scheiden Konstellationen wie Gesellschaften nach bürgerlichem Recht wohl aus. Zu denken



FOTO/©Kzenon - stock.adobe.com

ist dabei an Vereine, Genossenschaften oder aber auch an eine (gemeinnützige) GmbH.

Unabhängig von der gewählten Organisationsform sind als Mitglieder nur Einzelpersonen, örtliche Behörden (einschließlich kommunaler Verwaltungen) und KMU zulässig. Mit dem Ausschluss größerer Unternehmen soll sichergestellt werden, dass diesen keine ungerechtfertigten Sonderrechte zukommen können.

Die wirksame Kontrolle der Energiegemeinschaften durch die Mitglieder, die in der „Nähe" der Projekte angesiedelt sind, deren Betreiber die Gemeinschaft ist, stellt eine weitere wesentliche Organisationsvorgabe dar.

Eine Teilnahme an einer Energiegemeinschaft muss allen potenziellen Mitglieder auf Basis nicht diskriminierender Kriterien offenstehen. Diese müssen die Gemeinschaft auch wieder verlassen können. Damit soll sichergestellt werden, dass interessierte Personen nicht daran gehindert werden, der Gemeinschaft beizutreten, diese aber auch jederzeit verlassen und ihre freie Wahl am Energiemarkt treffen können.

**Umsetzung in Österreich.** Die Mitgliedstaaten haben für die Schaffung einer rechtlichen Grundlage, um den in den Richtlinien vorgesehenen Rahmen innerstaatlich umzusetzen, eine Frist bis zum 31. Dezember 2020 (EB-RL mit den Bürgerenergiegemeinschaften) bzw. bis zum 30. Juni 2021 (EE-RL für die Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft). Die Richtlinien lassen den Mitgliedstaaten einen recht weiten Spielraum bei der Umsetzung. Es liegt daher am nationalen Gesetzgeber, den Energiegemeinschaften ein regulatorisches Umfeld zu bieten, das eine Gründung und Beteiligung daran attraktiv macht. Nur so wird es auch möglich sein, die damit verbundenen Ziele – Erhöhung des Eigenversorgungsanteils und Stärkung des dezentralen Erzeugungsanteils – zu erreichen.

**Es liegt am nationalen Gesetzgeber, den Energiegemeinschaften ein regulatorisches Umfeld zu bieten, das eine Gründung und Beteiligung daran attraktiv macht.**

Die Ereignisse der letzten zwölf Monate (Stichworte „Ibiza" und „Covid-19") haben wohl bewirkt, dass es bis dato keine konkreten legistischen Vorschläge oder Entwürfe für die Etablierung von Energiegemeinschaften in Österreich gibt. Vom Gesetzgeber bzw. von der die Gesetzesvorschläge vorbereitenden Ministerialbürokratie sind bisher nur wenig konkrete Pläne bekannt geworden. Dies ist bedauerlich, da die Zeit drängt, und es im konkreten Fall vor allem auf die Details ankommen wird.

Im (mittlerweile wohl obsoleten) Vortrag an den Ministerrat vom 5.12.2018 (GZ: BMNT-555.300/0079-VI/3/2018), der das „Erneuerbaren Ausbau Gesetz 2020" zum Inhalt hat, findet sich zumindest der Hinweis, dass man den Eigenversorgungsgrad durch die Schaffung von Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften erhöhen will. Es sollte diesen Gemeinschaften der Aufbau von bilateralen Lieferverträgen ebenso

weiter auf Seite 44 »

ELEKTRON AUSTRIA

# LICHT GENAU DA, WO SIE ES BRAUCHEN

Seit Jahrzehnten sorgt die ELEKTRON AG in der Schweiz für eine effiziente und bedarfsgerechte Beleuchtung von Straßen, Unterführungen, Flächen und Arealen. Als langjährige Vertriebspartnerin von Signify (vormals Philips Lighting) im Bereich kommunale Außenbeleuchtung betreut ELEKTRON seit April 2020 nun auch Kunden in Österreich.

ELEKTRON Austria begleitet Kommunen und Städte Schritt für Schritt von der Lichtplanung über die Wahl der passenden Leuchten bis hin zur Lichtsteuerung, Vernetzung und Digitalisierung der Beleuchtungsinfrastruktur.

Die Ausgangslage ist in jeder Gemeinde und jeder Stadt unterschiedlich: Sanierung auf LED, Ablösung der Rundsteuerung, Optimierung der Dokumentation und Datenpflege, Digitalisierung der kompletten Betriebsführung. Für die individuellen Anforderungen in der jeweiligen Etappe entwickelt ELEKTRON bedarfsgerechte und flexibel erweiterbare Lösungen, um Kommunen und Städten die notwendige Flexibilität und Zukunftssicherheit zu bieten. So kann die Beleuchtungsinfrastruktur schrittweise saniert und bei Bedarf jederzeit um zusätzliche Funktionalitäten wie beispielsweise um eine zeit- oder bewegungsabhängige Lichtsteuerung erweitert werden.

**Zukunftssichere Leuchten mit standardisierten Schnittstellen.** Die Voraussetzung für Flexibilität und Investitionsschutz sind standardisierte, herstellerunabhängige Schnittstellen an den LED-Leuchten. Dafür wurde das branchenweite Zertifizierungsprogramm Zhaga-D4i ins Leben gerufen. System Ready-Leuchten entsprechen diesen Vorgaben und sind im Portfolio von ELEKTRON zum Standard geworden. Das Sortiment umfasst neben technischen Straßenleuchten auch dekorative Leuchten und LED-Strahler für größere Flächen und Areale. System Ready-Leuchten ermöglichen eine einfache Montage von Lichtcontroller oder Sensoren ohne Öffnen der Leuchte – das ist Plug-and-Play.

**LINKS ZUM THEMA**

Erfahren Sie mehr über die bewegungsabhängige Lichtsteuerung im Erklärvideo.

**elektron-austria.at**

**Individueller Einstieg ins Lichtmanagement – selber machen oder machen lassen.** Die Digitalisierung eröffnet viele neue Möglichkeiten, insbesondere im Bereich der Lichtsteuerung. Städte und Gemeinden haben dabei die Wahl: Sie steuern und verwalten die gesamte Beleuchtung selbst – oder sie nutzen alle Vorteile eines Lichtmanagementsystems, ohne zusätzlichen Personalaufwand oder Aufbau von eigenem Know-how. Hier kommen die Managed Services zum Zug. Die Beleuchtungsinfrastruktur wird dabei per Fernzugriff gesteuert und überwacht. Zusätzlich kann durch die automatischen Störungsmeldungen der vernetzten Leuchten die Sicherheit im öffentlichen Raum gesteigert werden, insbesondere an neuralgischen Standorten wie Fußgängerstreifen oder Kreuzungen.

**Licht nur bei Bedarf – bewegungsabhängige Lichtsteuerung.** Für wenig befahrene Straßen und Radwege bietet ELEKTRON verschiedene Möglichkeiten einer bewegungsabhängigen Lichtsteuerung: die ideale Lösung, um mit geringem Aufwand den Energieverbrauch nachhaltig zu reduzieren und gleichzeitig die Lichtverschmutzung zu minimieren.

Bei einer bewegungsabhängigen Lichtsteuerung wird das Licht bei Bewegungsdetektion auf der Fahrbahn vorauseilend hochgedimmt. Für die unterschiedlichen Einsatzgebiete und Leuchtentypen gibt es verschiedene Sensortechnologien. Die Sensoren werden entweder direkt an der

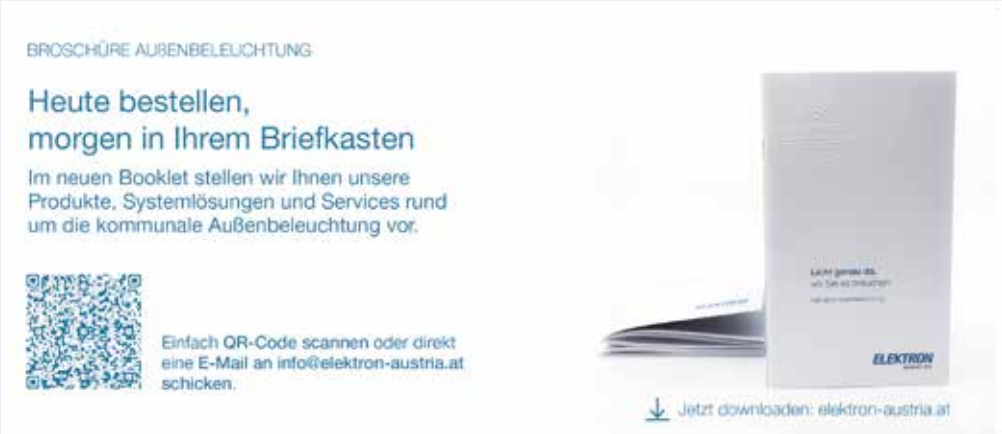
System Ready-Schnittstelle der Leuchte oder bei konventionellen Lichtpunkten am Mast montiert. Die Dimmlevel und Nachlaufzeiten sind flexibel einstellbar. So ist die Sicherheit jederzeit gewährleistet, auch ohne die Beleuchtung dauerhaft eingeschaltet zu haben.

# „Know-how aus 100 Jahren Lichterfahrung“

**Herr Kolowrat, ELEKTRON Austria ist im April gestartet. Was zeichnet Ihr Portfolio im Bereich Außenbeleuchtung aus?**
NORBERT KOLOWRAT: Wir kombinieren das Beste aus zwei Welten und verbinden technologische Zukunftssicherheit, Beständigkeit, Zuverlässigkeit und Handschlagqualität mit großem Know-how und einem Team mit zusammen über 100 Jahren „Lichterfahrung“. Wir setzen immer unsere Kunden in den Fokus. Deshalb bieten wir nicht nur Hardware, sondern unterstützen unsere Kunden mit Lösungen und Services. Beispielsweise im Bereich Lichtsteuerung, wo der Kunde je nach Bedürfnis entscheiden kann, wie viel er selbst machen möchte und wo er auf einen unserer Services setzt.

**Worin sehen Sie für die Zukunft besonderes Potenzial im Bereich der öffentlichen Außenbeleuchtung?**
Die öffentliche Beleuchtung hat ein sehr großes Einsparpotenzial, gerade im Hinblick auf die $CO_2$-Reduktion. Der Einsatz von vernetzten LED-Leuchten, die bedarfsgerecht gesteuert werden können, ist wegweisend. Doch Vernetzung allein reicht nicht – denn „schlechtes Licht“ digitalisiert ist immer noch „schlechtes Licht“ . Eine hervorragende Lichtqualität hat auch heute einen hohen Stellenwert. Dafür braucht es eine professionelle Lichtplanung und gemeinsame Herangehensweise mit dem Kunden.

**Was sollten die Leuchten alles können, um noch mehr zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen zu können?**
Um möglichst viel Energie zu sparen, wird heute flächendeckend auf LED saniert. Optimalerweise sind die Leuchten mit Schnittstellen ausgestattet und vernetzt, damit man sie bedarfsgerecht steuern kann. Dadurch wird noch mehr Energie gespart und gleichzeitig die Umwelt vor unnötigen Lichtemissionen geschützt. Um die Lichtverschmutzung noch weiter zu minimieren, können Leuchten heute mit warmen Lichtfarben und blendarmen Optiken ausgestattet werden. Das Ziel ist es, Licht nur dort zu haben, wo es auch wirklich gebraucht wird.




ELEKTRON
power on

**MEHR INFOS**

Kontaktieren Sie uns unverbindlich!

**ELEKTRON Austria GmbH**
Am Euro Platz 2
1120 Wien
+43 1 391 00 30
**info@elektron-austria.at**
**elektron-austria.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

**Für Energiegemeinschaften wird es nur dann eine Entwicklungschance geben, wenn man ihre Etablierung nicht mit bürokratischen Hindernissen überfrachtet und (finanzielle) Anreize schafft. Diese können beispielsweise auch im Verzicht auf die Einhebung von energiebezogenen Abgaben bestehen.**

ermöglicht werden wie die Bildung von genossenschaftsähnlichen Strukturen zur Erzeugung, Speicherung und Lieferung von erneuerbarem Strom, auch über Liegenschaftsgrenzen hinweg. Dazu können lokale Netzstrukturen („microgrids“) in einer kosteneffizienten Art und Weise etabliert und bewirtschaftet werden. Um keine Fehlanreize im Sinne des Aufbaus von nicht notwendigen Netzstrukturen parallel zu bereits aufgebauten und finanzierten Netzen zu setzen, sind in Weiterentwicklung der bestehenden Tarifsystematiken für Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften und der dahinterstehenden Finanzierungsmechanismen entsprechende Optionen zur Verfügung zu stellen. Dies ist etwa durch einen Ortstarif bzw. entsprechende rollierende Kostenmodelle in der Systementgeltstruktur sicherzustellen. Durch eine solche Regionalisierung und Dezentralisierung der erneuerbaren Stromversorgung unter Ausnutzung einer voranschreitenden Digitalisierung im Sinne der Etablierung sogenannter „Smart Grids“ sollen auch die Versorgungssicherheit und die Robustheit des Gesamtsystems gestärkt werden.

Ähnliche Schlagworte finden sich auch im Regierungsprogramm für 2020–2024. Es wird das Ziel wiederholt, das „Erneuerbaren Ausbau Gesetz“ so rasch wie möglich zu erlassen. Als Eckpunkte werden die aus dem erwähnten Vortrag an den Ministerrat bekannten Zielsetzungen wiederholt.

Bei all diesen im Moment noch sehr wenig konkreten Plänen lässt sich nicht wirklich abschätzen, wie die innerstaatlichen Vorgaben für die Energiegemeinschaften aussehen werden und ob es tatsächlich gelingen wird, für diese einen praktikablen rechtlichen Rahmen zu schaffen. Die technischen Möglichkeiten dafür (Stichwort: Smart Meter, Blockchain) sind jedenfalls gegeben. Man muss sie nur nutzen (wollen).

Entscheidend für die Umsetzung wird wohl auch sein, ob der Gesetzgeber auch dazu bereit ist, in bestehende Strukturen einzugreifen. Für Energiegemeinschaften wird es meines Erachtens nur dann eine Entwicklungschance geben, wenn man ihre Etablierung nicht mit bürokratischen Hindernissen überfrachtet und (finanzielle) Anreize schafft. Diese können beispielsweise auch im Verzicht auf die Einhebung von energiebezogenen Abgaben bestehen.

Zieht man dazu die Erfahrungen mit den rechtlichen Vorgaben für die gemeinschaftlichen Erzeugungsanlagen heran, so sind jedoch berechtigte Zweifel angebracht, ob es tatsächlich gelingen wird, einen ausreichenden Anreiz für die Gründung und den Betrieb von Energiegemeinschaften zu schaffen.

**DR. HARALD PICHLER** IST RECHTSANWALT IN KÄRNTEN
**pichler@rechtsmanufaktur.at**

> Aus gutem Grund werden in den Richtlinien **Gemeinden ausdrücklich als Teilnehmer an Energie-Gemeinschaften** und Bürgerenergiegemeinschaften angeführt.“

**Ausblick.** Die auf europäischer Ebene vorgesehene Möglichkeit zur Schaffung von Energiegemeinschaften könnte auch für Gemeinden die Chance bieten, einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende zu liefern. Aus gutem Grund werden die Gemeinden in den Richtlinien ausdrücklich als Teilnehmer an Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften und Bürgerenergiegemeinschaften angeführt. Schließlich sind – wie sich auch aus den Erwägungsgründen der EE-RL ergibt – mit dem Übergang zur dezentralisierten Energieproduktion viele Vorteile verbunden. Zu nennen sind dabei insbesondere die Nutzung vor Ort verfügbarer Energiequellen, eine bessere lokale Energieversorgungssicherheit, kürzere Transportwege und geringere übertragungsbedingte Energieverluste. Auswirkungen, an deren Eintritt jede Gemeinde Interesse haben muss. Zudem wirkt sich diese Dezentralisierung auch positiv auf die Entwicklung und den Zusammenhalt der kommunalen Gemeinschaft aus, weil vor Ort Erwerbsquellen und Arbeitsplätze entstehen.

Die innerstaatliche Umsetzung sollte jedenfalls auch von Seiten der Gemeinden mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet werden. Sollte es gelingen, die im österreichischen Energierecht herrschende Tendenz zur föderalistischen Folklore zu überwinden und tatsächlich ein pragmatischer und praktikabler Rechtsrahmen für Energiegemeinschaften geschaffen werden, so wäre es für Gemeinden in der Tat eine vertane Chance, sich nicht in diesem Bereich zu engagieren.

FOTO/©m.mphoto - stock.adobe.com

**PITTERS KOMMUNALTREND**

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.

## Kommunale Energie – Ende nie

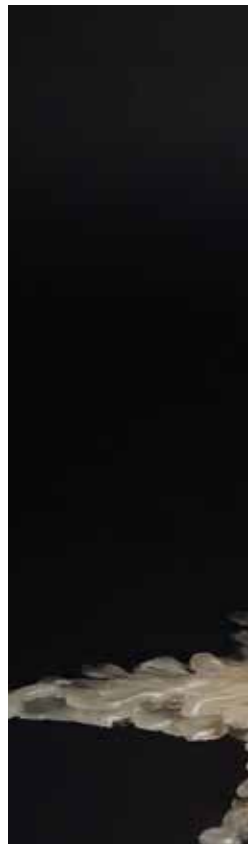
In der aktuellen KOMMUNAL-Ausgabe dreht sich alles um das Basisthema „Energie“. Wie wir alle wissen, betrifft uns dieses Thema nicht nur auf internationaler oder nationaler, sondern vor allem auch auf regionaler Ebene. Spätestens mit dem Beschluss der Agenda 2030 und ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung wurden auch die österreichischen Kommunen in diesen Veränderungsprozess miteinbezogen. Sie müssen der Motor und Antrieb für eine nachhaltige Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Basis sein. Dabei geht es um kommunale Aufgaben in Themenbereichen wie Energie, Gesundheit, Wohnen, Umwelt, Finanzen und weitere Herausforderungen, die energietechnisch optimal gestaltet werden müssen.

> Energie ist die **Triebfeder unseres Lebens.“**

Laut dem aktuellen Pitters KOMMUNALTrend setzen immer mehr Gemeinden auf einen umfassenden Dialog mit anderen Energie-Stakeholdern, um gezielt mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr zu investieren. Als Vorzeigeprojekte in den Gemeinden gelten beispielsweise jene Energieprojekte, die mit großen Synergien umgesetzt werden. Dabei wird stets auf Zukunftsfähigkeit geachtet und diese in sämtliche Projektphasen miteinbezogen. Schon bei der Ausschreibung der Projekte werden Effizienzanforderungen als zentrale Punkte gesehen und auch im weiteren Projektverlauf besonders beachtet.

Auch beim Thema Wohnen, hier insbesondere bei der Schaffung von leistbarem Wohnraum für die Gesamtbevölkerung und bei der Bekämpfung von Leerstand, steht die Energiefrage an zentraler Stelle. Wie man sehen kann, werden von den Kommunen laufend wichtige Schritte umgesetzt. Dennoch stehen in Zukunft weitere große Herausforderungen in Bezug auf Energie an. Aber unsere Gemeinden werden wie immer alles daransetzen, um so zu agieren, dass auch zukünftige Generationen energiebezogen alles Lebensnotwendige vorfinden.

office@pitters.at
www.pitters.at



BLACKOUT-VORSORGE

# BÜRGERMEISTER **IN DER VERANTWORTUNG**

Mit einem Blackout, also einem großflächigen Ausfall der Stromversorgung, muss laut Experten binnen der nächsten fünf Jahre gerechnet werden – und zwar europaweit. Das birgt zahlreiche Herausforderungen, für die man sich mit entsprechender Krisenvorsorge gut wappnen kann.

Wenn kein Licht, kein Handy, kein Internet, keine (Gas-, Fernwärme-, Öl-, Zentral-)Heizung, kein Bankomat, keine Tankstelle, keine Ampeln, keine Kassa und auch keine Straßenbahnen mehr funktioniert: Im Jänner 2020 stellte das Österreichische Bundesheer im Rahmen seiner sicherheitspolitischen Jahresvorschau fest, dass binnen der nächsten fünf Jahre mit einem europaweiten Strom- und Infrastrukturausfall („Blackout") zu rechnen ist. Damit gibt es erstmalig eine klare Aussage eines Ministeriums, die auch weitreichende Auswirkungen auf die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hat. Denn diese sind gemäß jeweiligem Landeskatastrophenschutzgesetz für die kommunale Krisenvorsorge und -bewältigung verantwortlich.

**Kommunen und Private müssen Verantwortung übernehmen.** Einerseits wurde eine rechtliche Situation klargestellt: Ein Blackout ist ein Risiko. Daher sind die staatlichen Organe rechtlich zu einer Krisenvorsorge und Risikominimierung verpflichtet. Viel schwerwiegender ist jedoch die persönliche Verantwortung, die damit einhergeht. Die Bürgerinnen und Bürger werden sehr viele kritische Fragen an die Bürgermeister stellen, wenn es wie erwartet zu einem derart weitreichenden Ereignis kommen sollte und die Gemeinde nicht ausreichend auf die Bewältigung vorbereitet war. Zwar liegt die Hauptlast der Bewältigung bei der Bevölkerung selbst, da niemand derart vielen betroffenen Menschen helfen kann. Jedoch fehlt es bislang an einer breiten und offenen Risikokommunikation und klaren Aufforderung zur Eigenvorsorge.

Die Eigenversorgung ist aber wesentliche Voraussetzung, damit überhaupt eine organisatorische Krisenbewältigung greifen kann. Denn auch das Personal der Einsatzorganisationen, Unternehmen oder Kommunen selbst ist oft nicht wesentlich besser aufgestellt als der Rest der Gesellschaft. Wenn sich die Menschen aber zu Hause in der Krise befinden, weil sie nicht mehr ausreichend zu essen haben oder die Wasserversorgung ausfällt, werden sie nicht in ihre Organisation kommen, um dort wichtige Aufgaben zu erfüllen. Ein Teufelskreis beginnt sich zu drehen.

Gerade Gemeinden können durch eine positive Vorbildwirkung ihre Bürger am ehesten zum Mitmachen und zur Eigenvorsorge bewegen. Denn wenn die Gemeinde zeigt, dass sie dieses Thema ernst nimmt und auch eine entsprechende Kommunikation durchführt, werden sich auch immer mehr Menschen darüber Gedanken machen. Es spricht sich herum. Ein besonders positives Beispiel ist die südoststeirische Stadtgemeinde Feldbach, wo in den vergangenen Jahren sehr viele Maßnahmen gesetzt und auch die Bevölkerung eingebunden wurde.

Es gibt immer mehr Gemeinden, die sich dieses Themas annehmen, jedoch ist der Spiel-

> **„Gerade Gemeinden können durch eine positive Vorbildwirkung** ihre Bürger am ehesten zum Mitmachen und zur Eigenvorsorge bewegen."

Beitrag redaktionell gekürzt. Die Vollversion ist auf **gemeindebund.at/blackout-vorsorge-buergermeister-in-der-verantwortung/** nachzulesen.

**HERBERT SAURUGG** IST BLACKOUT-EXPERTE UND PRÄSIDENT DER ÖSTERREICHISCHEN GESELLSCHAFT FÜR KRISENVORSORGE

FOTO/©fandrew - stock.adobe.com

raum nach oben noch sehr groß. Dabei reichen einzelne organisatorische Maßnahmen bei Weitem nicht aus, vor allem, wenn die örtliche Bevölkerung nicht eingebunden wird. Zudem erfolgt in vielen Organisationen nur eine Auseinandersetzung mit der ersten Phase eines Blackouts, also der Zeit des Stromausfalls, was deutlich zu kurz greift. Denn es geht nicht um einen Sprint, sondern um einen Marathon.

**Sicherheitsrisikos beachten.** Wie sich immer wieder zeigt, gibt es durchaus viele Ressourcen auf lokaler Ebene, die einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung leisten können. Jedoch sind diese in der Krise nur dann abrufbar, wenn das organisatorisch und personell bereits jetzt vorbereitet wird. Vergammelte Lebensmittel etwa sind unwiederbringlich verloren und schaffen zudem ein zusätzliches Sicherheitsrisiko. Oft sind nur wenige, aber trotzdem unverzichtbare Vorbereitungen notwendig. Und diese beginnen immer mit einem Gespräch oder Workshop mit den verschiedenen Akteuren.
Ein Blackout ist nicht wie viele andere bisherige Ereignisse aus der Bewegung zu bewältigen. Dazu sind die erwartbaren Auswirkungen und Einschränkungen zu massiv. Es gibt weder eine Hilfe von außen noch kann ohne die übliche Telekommunikationsversorgung (Handy, Festnetz, Internet) ausreichend kommuniziert werden, um etwas zu organisieren. Alles, was nicht bereits jetzt vorbereitet und vorgehalten wird, wird in der Krise nicht zur Verfügung stehen. K

INNOVATIVES OLLERSDORF

# Gemeinde rüstet sich für den Blackout

In Sachen Energie und Notversorgung für den Katastrophenfall ist Ollersdorf im Burgenland den meisten Gemeinden weit voraus.

Ökologie-Experte Andreas Schneemann erläutert die Speicherung der Energie.

Die burgenländische Gemeinde Ollersdorf und ihr Bürgermeister Bernd Strobl rüsten sich mit einer innovativen und umweltbewussten Idee für eine mögliche Blackout-Situation: Mittels eines eineinhalb Tonnen schweren Salzwasserspeichers wird es möglich, Energie – die zuvor über Photovoltaikanlagen gesammelt wurde – zu speichern und im Falle eines kompletten Blackouts die wichtigsten Einrichtungen der Gemeinde mit alternativem Strom zu versorgen.

Bereits jetzt werden das Gemeindeamt, das Feuerwehrhaus und die Arztordination – die alle in einem Gebäude angesiedelt sind – ganzjährig mit Sonnenstrom versorgt. Ab sofort wird der gewonnene Sonnenstrom mittels Salzwasserspeicher gesammelt und gespeichert. Das Ergebnis: Mit Hilfe dieses modernen Speichers kann mindestens vier Stunden, bei entsprechender Sparsamkeit sogar bis zu 16 Stunden, Energie entnommen werden.

Die Notstromversorgung von Ollersdorf kann **über mehrere Stunden** aufrechterhalten werden.

**Bernd Strobl,** Bürgermeister

**www.kommunalnet.at/news/einzelansicht/innovatives-ollersdorf-gemeinde-ruestet-sich-fuer-den-blackout**

COVID-19, TROCKENHEIT UND DIE WASSERVERSORGUNG

# DIE MASSNAHMEN HABEN SICH BEWÄHRT

ÖVGW-Präsident Franz Dinhobl sieht gut geschultes Personal und technische Ausstattung als wesentliche Faktoren, um Krisensituationen auch künftig erfolgreich meistern zu können.

Franz Dinhobl

**Wie haben die Wasserversorger die Covid-19-Krise bisher bewältigt?**
**FRANZ DINHOBL:** Die ÖVGW als Interessenvertretung der Wasserversorger hat unmittelbar nach Beginn der Einschränkungen Kontakt mit den Unternehmen aufgenommen. Aus den Rückmeldungen kann man schließen, dass sehr professionell mit der Situation umgegangen wurde. Die Trinkwasserversorgung konnte überall störungsfrei durchgeführt werden.

**Mit welchen Maßnahmen wurde das erreicht?**
Es galt den direkten Kontakt der MitarbeiterInnen untereinander, aber auch mit KundInnen möglichst zu beschränken. Dafür wurde für die Betreuung der Anlagen zumeist ein getrennter Schichtbetrieb eingerichtet und die KollegInnen aus der Verwaltung wechselten in das Homeoffice. Aus den Erfahrungen bei der EVN Wasser weiß ich, dass dieses System sehr gut funktioniert, und ich sehe kein Problem, es auch in den nächsten Monaten – wenn nötig – weiter zu praktizieren.

**Gut geschultes Personal ist ein Schlüssel für die erfolgreiche Bewältigung von Krisensituationen. Ist diese Erkenntnis bei den Verantwortlichen für die Wasserversorgung vorhanden?**
Die Krise hat gezeigt, dass die MitarbeiterInnen gut ausgebildet sind. Das ist sicher auch ein Verdienst des Fortbildungsprogramms der ÖVGW, vor allem des Zertifizierungsprogramms für Wassermeister. In drei Viertel der 260 Mitgliedsunternehmen der ÖVGW gibt es mehr als einen zertifizierten Wassermeister – das heißt, das ausgebildete Personal ist redundant. Die regelmäßigen Schulungen und das Weiterbildungsprogramm der ÖVGW machen sich aktuell bezahlt.

**Verfügen die Unternehmen über ausreichend moderne Kommunikationsmittel?**
Es hat sich nun gezeigt, wie wichtig die Ausstattung mit Fernwirkanlagen und elektronischen Kommunikationsmitteln in einer Krisensituation ist. Jeder Wasserversorger muss prüfen, ob genügend Ausrüstung vorhanden war und ob der Stand der Technik ausreichend ist. Es ist zurzeit ein großer Vorteil, wenn man die Anlagen über Laptops von zu Hause steuern kann.

**Der Trinkwassertag kann nicht in gewohnter Form stattfinden. Was sollten Versorger stattdessen tun?**
Wegen der Beschränkungen können die Wasserversorger die Menschen nicht zu sich einladen. Wir bei der EVN Wasser werden den eigens für den „Trink'Wasser-Tag" von der ÖVGW gestalteten Folder „Krisensichere Trinkwasserversorgung" zur Verteilung bringen.

**Kann die aktuelle Trockenheit zu Problemen bei den Trinkwasserversorgern führen?**
Vor allem im Osten haben wir fehlende Niederschlagsmengen. In den nächsten Wochen wären Niederschläge im Ausmaß von 150 bis 200 Millimeter pro m² für die Grundwasserneubildung nötig. Das ist zwar keine neue Situation, sie wird aber möglicherweise in Zukunft häufiger auftreten. Wir haben in Niederösterreich daher unsere großen Trinkwasser-Leitungen mit den Wassermangelgebieten verbunden und können so einen Ausgleich schaffen. Andere Versorger sind ähnliche Kooperationen eingegangen. Die große Frage ist, wie sich der Sommer darstellen wird. Hier muss je nach Situation bewertet werden. Es könnte Beschränkungen für die Befüllung von Pools oder die Bewässerung von Gartenanlagen und Sportanlagen geben.

Klar ist aber: Die Versorgung mit Wasser für Trinken, Kochen und Körperpflege ist auch in so einer Situation sichergestellt.

## Zur Person

DI Franz Dinhobl übt in der Funktionsperiode 2019/2020 das Amt des ÖVGW-Präsidenten aus. Dinhobl ist auch Geschäftsführer der EVN Wasser GmbH, des zweitgrößten Wasserversorgers Österreichs.

**www.oevgw.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

WIEN ENERGIE
SO BUNT WIE MEIN LEBEN.

# KLIMASCHUTZ FÜR ZUHAUSE.
## Mit unseren Öko-Tarifen.

Damit Wien eine so lebenswerte Stadt bleibt, schreitet der Ausbau erneuerbarer Energien immer weiter voran. Und auch Sie können in den eigenen vier Wänden Ihren Beitrag zum Umweltschutz leisten. Mit unseren Öko-Tarifen. Mehr Infos zur Tarifauswahl und weiteren nachhaltigen Energielösungen finden Sie auf **klimaschützen.at**

www.wienenergie.at

Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

ÜBERWÄLTIGENDE ZUSTIMMUNG IN DER BEVÖLKERUNG

# RÜCKENWIND FÜR **ERNEUERBARE ENERGIE**

Die Zustimmung der Bevölkerung für erneuerbare Energien ist hoch, wie eine aktuelle Studie aufzeigt. Politische Maßnahmen wie der Klimabonus, das „1-2-3-Klimaticket“ oder eine ökologische Steuerreform werden von einer deutlichen Mehrheit unterstützt, das Interesse an Elektroautos war vor dem Shutdown ebenfalls hoch.

Wie stehen die Österreicher zu erneuerbaren Energien? Das untersucht die jährlich durchgeführte repräsentative Studie „Erneuerbare Energien in Österreich“. Die kurz vor dem Beginn der Corona-Krise durchgeführte Befragung von über 1000 Konsumenten zeigt zwei Tendenzen: eine hohe Akzeptanz für erneuerbare Energien und eine breite Befürwortung von klimapolitischen Maßnahmen.

**Große Unterstützung für aktive Klimapolitik.** Für die geplanten Vorhaben der Politik in puncto Klimaschutz herrscht laut Studie großer Zuspruch. Zwei Drittel der Befragten unterstützen den Klimabonus für Pendler, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Ein günstiges 1-2-3-Klimaticket für öffentliche Verkehrsmittel wünscht sich eine Mehrheit von 64 Prozent, $CO_2$-Zölle für nicht klimaneutrale Importe in die EU halten 55 Prozent für sinnvoll. Für die Bundesregierung besonders interessant: Eine ökologische Steuerreform mit weniger Steuern auf Arbeit und gerechteren Steuern auf klimabelastende Tätigkeiten ist für den Großteil der Befragten vorstellbar.

Gerhard Marterbauer, Partner bei Deloitte Österreich, sieht daher ein Zeitfenster für die Politik: „Auch wenn die Corona-Krise derzeit alle Themen in den Schatten stellt: Der Klimawandel wird schon bald wieder auf der Tagesordnung stehen und der Druck der Bevölkerung zunehmen. Das kurze Zeitfenster nach Corona muss genutzt werden: Es braucht jetzt nachhaltige und ökologisch sinnvolle Investitionen zur Ankurbelung unserer Wirtschaft.“

**Positive Einstellung zu erneuerbaren Energien nutzen.** Generell ist die Bevölkerung erneuerbaren Energien gegenüber positiv eingestellt: 77 Prozent der Befragten sprechen sich klar dafür aus, unter den Jugendlichen sind es sogar 82 Prozent. „Die hohe Zustimmung der Österreicher hinsichtlich erneuerbarer Energien ist vor dem Hintergrund der angestrebten Klimaneutralität bis 2040 sehr wichtig. Denn Akzeptanz ist eine wesentliche Basis für die Energiewende“, so Nina Hampl, Studienautorin der Universität Klagenfurt und WU Wien. Photovoltaik erhält mit 88 Prozent die breiteste Zustimmung, gefolgt von der Kleinwasserkraft mit 74 Prozent und der Windkraft mit 67 Prozent.

„Das Ziel der Bundesregierung von 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien erfordert umfangreiche Investitionen in sämtliche erneuerbare Energieträger. Solche Investitionen können ein Motor für die Konjunktur und Wiederbelebung der Wirtschaft sein. Die Politik muss allerdings auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten die richtigen Rahmenbedingungen schaffen“, betont Nina Hampl weiter.

**EXPERTEN EMPFEHLEN**
RASCHES HANDELN NACH DER CORONA-KRISE

1 **Mehr als drei Viertel** der österreichischen Bevölkerung sprachen sich zuletzt für erneuerbare Energien aus

2 **Zwei Drittel** der Befragten unterstützen Klimabonus und 1-2-3-Klimaticket

3 **Akzeptanz der Bevölkerung ist Basis für die Energiewende** – entsprechende Investitionen sind jetzt Motor für Wiederbelebung der Wirtschaft.

4 **Energiegemeinschaftsanlagen für zwei Drittel der Österreicher attraktiv** – Pandemie wird Trend zu lokalem Energiemanagement weiter verstärken.

5 **E-Autos sind weiterhin gefragt** – Covid-19 wird langfristig keine negativen Folgen für Akzeptanz haben.

QUELLE/
https://www.aau.at/blog/studie-zu-erneuerbaren-energien-viel-rueckenwind-fuer-klimapolitik-aus-oesterreichs-bevoelkerung/

„100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien erfordert umfangreiche Investitionen, die ein **Motor für die Konjunktur und Wiederbelebung der Wirtschaft** sein können."

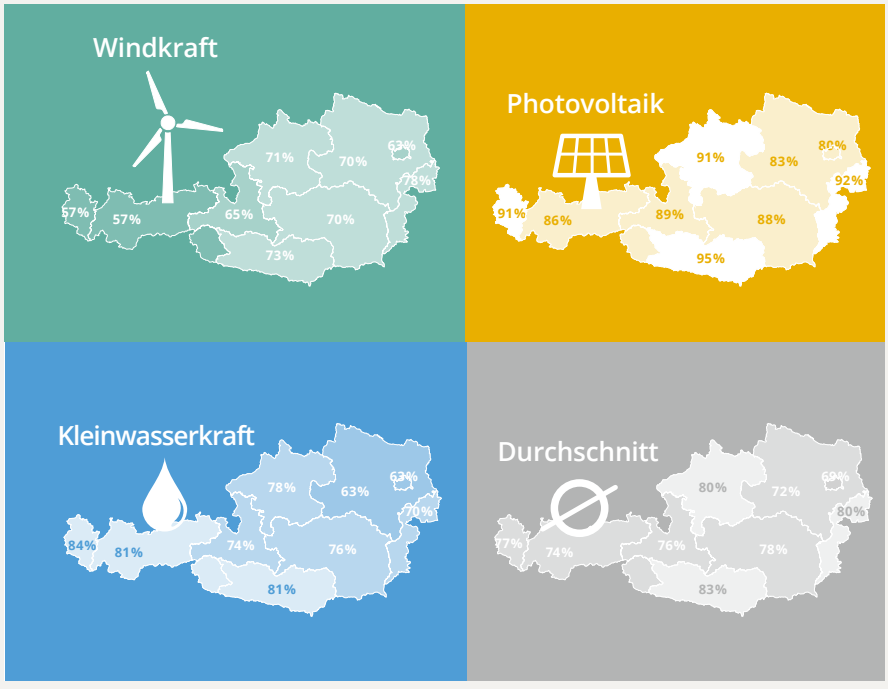
**Nina Hampl,**
Studienautorin der Universität Klagenfurt und WU Wien

# **HOHES INTERESSE** AN BÜRGERBETEILIGUNG

Die Studie zeigt auf, dass die Bereitschaft, in erneuerbare Energien zu investieren, hoch ist. Auch das Interesse an Energiegemeinschaften ist hoch und die Zustimmung zu Beteiligungsmodellen steigt.

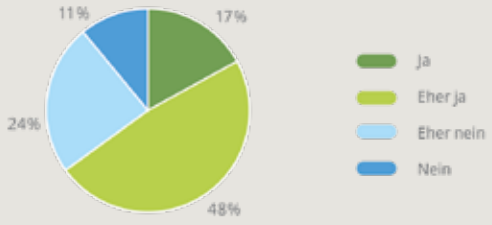
## ERNEUERBARE ENERGIEN UND ZUSTIMMUNGSRATEN

IM BUNDESLÄNDER-VERGLEICH

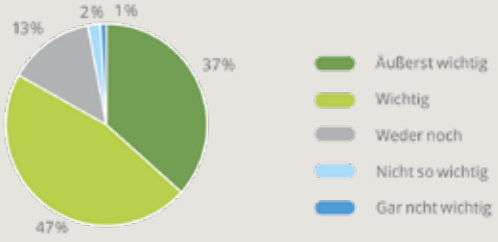


## BETEILIGUNG AN ENERGIEGEMEINSCHAFTEN

**Könnten Sie sich vorstellen, sich an einer Energiegemeinschaft zu beteiligen?**
(1.014 Befragte)




**Wie wichtig wäre es Ihnen, dass sich ein solches Projekt einer Energiegemeinschaft auf erneuerbare Energietechnologien bezieht?**
(661 Befragte, die sich eine Beteiligung an einer Energiegemeinschaft (eher) vorstellen könnten)




**Angenommen Sie hätten die folgenden Projekte zur Auswahl. An welchem dieser Projekte könnten Sie sich vorstellen, sich zu beteiligen?**
(661 Befragte, die sich eine Beteiligung an einer Energiegemeinschaft (eher) vorstellen könnten)

**26 %**
Energiegemeinschaft im Stadtviertel, um gemeinsam lokal Energie zu erzeugen, zu speichern, zu verbrauchen und untereinander bzw. am Strommarkt zu handeln

**11 %**
Energiegemeinschaft, die über eine virtuelle Plattform, gegebenenfalls über Ländergrenzen hinweg, verbunden ist und gemeinsam Energie erzeugt, handelt und speichert

**27 %**
Beteiligung an der Errichtung einer Photovoltaikanlage, die nicht am eigenen Wohnhaus platziert ist, um den erzeugten grünen Strom aber selbst direkt zu nutzen

**36 %**
Beteiligung an der Errichtung einer Photovoltaikanlage am eigenen Wohnhaus, um den erzeugten grünen Strom selbst direkt zu nutzen

Heuer ist das **Schlüsseljahr für den Durchbruch** der Elektromobilität."

**Gerhard Marterbauer,** Partner bei Deloitte Österreich

### LINK ZUR STUDIE

**https://kommunal.at/viel-rueckenwind-fuer-die-klimapolitik-aus-der-bevoelkerung**

Die Studie basiert auf Daten von fünf repräsentativen Befragungen der österreichischen Bevölkerung im Zeitraum von 2015 bis 2019 sowie zwei Befragungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 25 Jahren.
Die kurz vor der Corona-Krise erhobene Studie 2020 wurde von der Uni Klagenfurt, WU Wien, Deloitte Österreich und Wien Energie durchgeführt. Der Download der Studie ist auch auf diesen Seiten möglich.

GRAFIKEN/Deloitte/Hussowitz

**Energiegemeinschaften im Kommen.** Ein deutliches Ergebnis zeigte sich in der Umfrage bei Energiegemeinschaftsanlagen: Bereits rund zwei Drittel der österreichischen Befragten ziehen eine aktive Beteiligung bei solchen Anlagen in Betracht. Mit diesen können Privatpersonen gemeinsam Strom oder Wärme erzeugen, verbrauchen, speichern und verkaufen. Besonderen Wert legen die österreichischen Konsumenten darauf, dass Energie lokal und auf Basis erneuerbarer Energiequellen erzeugt wird.

„Der Trend zu einer lokalen Produktion und weniger Abhängigkeit von außen muss genutzt werden. Energiegemeinschaften sind ein ausgezeichneter Ansatz, um eine Bedürfnislage, die durch die Corona-Krise noch stärker geworden ist, zu unterstützen", meint Michael Strebl, Geschäftsführer von Wien Energie.

**Hohes Interesse an Elektroautos.** Auch die Gruppe der potenziellen Elektroautokäufer liegt mit 44 Prozent laut Studie weiterhin auf gutem Niveau. Bei Jugendlichen ist das Kaufinteresse mit 59 Prozent sogar deutlich höher. Fast die Hälfte der erwachsenen Kaufinteressierten kann sich die Anschaffung eines Elektroautos außerdem innerhalb von fünf Jahren vorstellen. Gegen ein E-Auto sprechen laut Umfrage aber noch immer die hohen Anschaffungskosten und fehlende Lademöglichkeiten. Ganz wichtig ist den Befragten, dass Ladestationen mit Ökostrom versorgt werden.

Gerhard Marterbauer von Deloitte meint dazu: „Der Automarkt liegt im Moment zwar am Boden, umso größer sind aber jetzt die Chancen für die Elektromobilität. Heuer ist das Schlüsseljahr für den Durchbruch. Die Palette an Fahrzeugen, die demnächst auf den Markt kommen werden, ist breit und auch die Reichweiten werden steigen. Damit sind wichtige Hindernisse für einen Kauf aus dem Weg geräumt. Eine höhere Förderung für E-Autos wäre gerade jetzt sinnvoll, um auch die Autobranche wieder anzukurbeln."

Auch Michael Strebl von Wien Energie glaubt nicht, dass durch Corona und den kurzfristig gefallenen Ölpreis die Akzeptanz für Elektromobilität langfristig sinkt: „E-Autos gehören in die Stadt der Zukunft. Im öffentlichen Raum gibt es gerade in Städten bereits zahlreiche Ladestationen. In einem nächsten Schritt müssen im privaten Bereich die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Eine Modernisierung des Wohnrechts könnte etwa die Installation von Ladestationen in Mehrparteienhäusern und Eigentümergemeinschaften massiv erleichtern."

DIGITALE VERNETZUNG IN GEMEINDEARBEIT UND FLOTTENMANAGEMENT

# AKKU POWER VON STIHL MACHT'S MÖGLICH

Vernetzte Produkte und Services schaffen einen echten Mehrwert und bieten neue Möglichkeiten die Geräte wie Motorsäge, Laubbläser und Co. effizient zu verwalten. Mit der cloudbasierten Systemlösung STIHL connect pro können diese miteinander vernetzt werden. Auf den Geräten wird der STIHL Smart Connector angebracht, dieser erfasst, speichert und liefert Daten via Bluetooth an die STIHL Cloud. Diese stehen den Nutzern in Echtzeit komfortabel und übersichtlich zur Auswertung und Verarbeitung zur Verfügung.

So können die Daten der Geräte eingesehen und dadurch die täglichen Arbeitsprozesse verbessert werden. STIHL Akku-Geräte eignen sich perfekt für die Optimierung, denn weder Lärm, Umweltbelastungen noch hohe Kraftstoffkosten spielen eine Rolle.

Gefertigt wird ausschließlich in Österreich. Gezieltes Flottenmanagement, die Abstimmung der Geräte aufeinander, ermöglicht kosteneffiziente Planung und vereinfacht die Arbeit der Anwender.

STIHL

**IHRE VORTEILE AUF EINEN BLICK:**

- Effiziente Nutzung von mehreren Geräten
- Überblick der Betriebszeiten
- Umweltschonend mit den Akku-Geräten des STIHL AP-Systems

**KONTAKT**

Entdecken Sie die volle Ladung Akku-Power bei Ihrem STIHL Fachhändler und unter **www.stihl.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GASINFRASTRUKTUR

# DAS RÜCKGRAT DER ENERGIEZUKUNFT

Zur Umsetzung des Green Deal der EU-Kommission sind Gas und Gasnetze wesentlich. Sie können unter Nutzung der bestehenden Gasinfrastruktur dekarbonisiert werden und einen sowohl zeit- als auch kostensparenden Beitrag zur Energiewende leisten.

Die Förderung erneuerbarer Energien im EU-Dekarbonisierungs-Fahrplan bis 2050 braucht einen Partner: das bestehende, robuste Gasnetz. Europaweit liefert es Energie effizient an die Verbraucher, auch erneuerbare Gase wie Biomethan oder Wasserstoff aus grünem Strom können in den Leitungen fließen. Der Wechsel von anderen Brennstoffen wie etwa Kohle zu Erdgas eröffnet zudem erhebliches Potenzial zur raschen Reduktion des $CO_2$-Ausstoßes.

**Die gut ausgebaute Gasinfrastruktur ist ein wichtiger Partner für die Energieversorgung der Zukunft.**

FOTO/Astrid Bartl ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Weiterer Eckpfeiler der Energiezukunft: hybride Energiesysteme und -netze. Sie bauen auf Infrastruktursynergien und Effizienzsteigerungen zwischen dem Strom- und Gassektor auf. Dazu gehören der Transport, die kurz- und langfristige Speicherung von Energie und die hohe Flexibilität durch gleich zwei Hauptenergieträger: Gas und Strom.

Die Gasnetze müssen für die Reduktion von Kohlenstoff in der EU bereit sein. Europäische Fernleitungsnetzbetreiber wie Gas Connect Austria bringen sich mit Expertise in den Prozess zur Erreichung der EU-Nachhaltigkeitsziele ein. Damit die Gasinfrastruktur ihr volles grünes Potenzial entfalten kann, sind Entscheidungen der Politik gefordert. Fakt ist: Nur mit der Gasinfrastruktur kann die $CO_2$-Senkung volkswirtschaftlich sinnvoll umgesetzt werden und die Versorgungssicherheit bleibt gewährleistet.

Das österreichische Fernleitungsnetz ist ein wichtiger Bestandteil der heimischen und europäischen Energieversorgung. Auch in Zukunft, denn Gas entwickelt sich weiter: Grünes Gas wie Biogas, Wasserstoff oder synthetisches Gas, erzeugt aus erneuerbarem Strom, machen den Energieträger fit für die Zukunft. Mit seinem bestens ausgebauten Netz ist Gas Connect Austria ein unverzichtbarer Partner für die Erreichung der Klimaziele.

GAS CONNECT AUSTRIA

KOMMUNALE ENERGIEBERATUNG IN DEUTSCHLAND

# „THEMA NOCH ZU WENIG VERANKERT“

Die rund 12.000 Gemeinden und Landkreise in Deutschland stehen für zwei Drittel des Endenergieverbrauchs im gesamten öffentlichen Sektor und bieten hohe Einsparpotenziale. Ziel eines Förderprogramms ist es, kommunalen Gebietskörperschaften geförderte Energieberatung zugänglich zu machen und wirtschaftlich sinnvolle Investitionen in die Energieeffizienz aufzuzeigen.

**Herr Weber, bei kommunaler Energieberatung denkt man oft zuerst an die Erneuerung von Straßenlaternen oder kommunale Klimaschutzmanager. Ist es das, was Sie unter dieser Dienstleitung verstehen?**

**FRANK WEBER:** Nein, das nicht, obgleich dies auch wichtige Themen sind, um unsere Klimaschutzziele zu erfüllen. Die geförderte Energieberatung für Nichtwohngebäude von Kommunen und gemeinnützigen Organisationen richtet sich an konkrete kommunale Liegenschaften und kann somit ein wichtiger Teil eines Klimaschutzkonzeptes mit zusätzlichen Fördermöglichkeiten sein. Hier geht es z. B. um Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen, Rathäuser oder andere Liegenschaften von Städten, Landkreisen oder Gemeinden oder gemeinnützigen Organisationen. Bei kommunaler Energieberatung werden diese Gebäude von dafür ausgebildeten Energieberatern untersucht und analysiert. Das Resultat zeigt in einer ausführlichen Analyse die energetischen Schwachstellen und die Möglichkeiten und Effekte von potenziellen Energieeinsparmaßnahmen.

**Warum sollte sich eine Kommune mit Energieberatung beschäftigen?**

Neben den Klimaschutzzielen wollen Betreiber von Immobilien vor dem Hintergrund steigender Energie- und Rohstoffpreise Strategien entwickeln, um effizienter zu wirtschaften. Insbesondere Kommunen schreibt der Gesetzgeber hierbei auch eine Vorbildfunktion zu. Sie müssen daher hinsichtlich des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Vergleich zu anderen Gebäudebesitzern nicht nur beim Neubau, sondern auch bei grundlegender Sanierung die Regelungen des EEWärmeG berücksichtigen. Durch die messbaren Ergebnisse zeigen Kommunen, dass energetische Gebäudesanierung attraktiv ist und neben der Energieeinsparung viele zusätzliche Vorteile wie sommerlichen Wärmeschutz oder die Wertsteigerung von Gebäuden mit sich bringt.

Das Bremer Energie Institut hat den energetischen Sanierungsbedarf und den Neubaubedarf von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur untersucht. Es zeigt sich, dass Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, Jugendzentren und Kindertagesstätten ein großes Potenzial (insgesamt: 38,8 Prozent) zur energetischen Optimierung stellen. Das liegt unter anderem daran, dass 70 bis 80 Prozent dieser Gebäude vor 1977 errichtet wurden.

Eine weitere umfangreiche Gruppe stellen die Gebäude für Bereitschafts- und Rettungsdienste (13,1 Prozent) und Verwaltungsgebäude wie Landratsämter und Rathäuser (9,3 Prozent) dar. Verwaltungsgebäude weisen einen noch höheren Altersschnitt auf. Hier sind 41 Prozent vor 1945 und weitere 41 Prozent vor 1975 erbaut worden. Auch bei den Bereitschafts- und Rettungsdienstgebäuden sind 65 Prozent vor 1975 entstanden. Zum Glück sind heute Energieeffizienzmaßnahmen auch bei denkmalgeschützten Gebäuden möglich.

Kommunen können durch eine Senkung der Energiekosten nicht nur die Betriebskosten reduzieren, sondern auch in vielen Fällen, ähnlich wie bei der Straßenbeleuchtung, aus den eingesparten Kosten die Sanierungsmaßnahme finanzieren. Darüber hinaus können sie die Maßnahmen natürlich auch als positives Beispiel

**INFO**

Der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) vom 3. Dezember 2014 sieht ein wesentliches Handlungsfeld in der Steigerung der Energieeffizienz im öffentlichen Bereich vor. Die Analyse zur Feststellung des Ist-Zustandes wird für Kommunen mit 80 bis 95 Prozent gefördert. Trotzdem halten sich viele Kommunen hier zurück.

Die Plattform „Energieberater-Weiterbildung“ hat sich zur Aufgabe gemacht, Wissen in der Energie- und Ressourceneffizienz bei Privat-, Gewerbe- und Industriebauten sowie bei Gebäuden der öffentlichen Hand zu vermitteln. Dazu stehen verschiedene erfahrene Spezialisten für Seminare, Beratungen und Vorträge zur Verfügung.

„In öffentlichen Gebäuden schlummern **ungeahnte Einsparungspotenziale.**“

**Frank Weber,**
Präsident der Internationalen Schornsteinfegergewerkschaft (ICU) und Energieberater

FOTOS/Volker Hilescher

für die eigenen Mitarbeiter und Bürgerinnen und Bürger präsentieren. Letztendlich erhöht sich durch die Durchführung der Sanierungsmaßnahmen durch regionale Unternehmen auch das Steueraufkommen und es wird ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherheit geleistet.

**Was ist der politische Hintergrund der kommunalen Energieberatung?**
Die kommunale Energieberatung richtet sich konkret an die öffentliche Hand. Kommunen können hier energetische Sanierung koordinieren und Verbesserungspotenziale ihrer Gebäude erkennen. Hinzu kommt die Verantwortung, die Maßnahmen und deren Planung den Entscheidungsträgern und Bürgern durch öffentliche Diskussionen und Dialogveranstaltungen näherzubringen.

**Was sind die großen Vorteile dieses Förderprogramms für die öffentliche Hand?**
In öffentlichen Gebäuden schlummern ungeahnte Einsparungspotenziale. Dies entlastet den Haushalt und spart der Kommune und somit am Ende dem Steuerzahler bares Geld. Außerdem unterstützt es die Vorbildwirkung der Kommune. Auf der Homepage https://www.energieberatung-kommunal.de kann man anhand von einigen Beispielen die Potenziale schnell erkennen.
Beispielsweise ist hier beschrieben, wie aus einem DDR-Betonplattenbau nach einer energetischen Sanierung ein KfW70-Effizienzgebäude entstand. Dazu wurde die Gebäudehülle gedämmt, die Heizungstechnik mit einer Wärmepumpe erneuert und eine Luft-Wasser-Wärmepumpe mit eine Photovoltaikanlage installiert. Die energetischen Modernisierungskosten beliefen sich in diesem Projekt auf zwei Millionen Euro. Davon wurde eine Million mit einem Tilgungszuschuss von 172.725 Euro mit Mitteln der KfW gefördert. Als schöner Nebeneffekt wurde der sommerliche Wärmeschutz optimiert, was das Gebäude für die Nutzer auch im Sommer wieder attraktiv macht.

**Wie wird eine kommunale Energieberatung in der Praxis durchgeführt?**
Zuerst werden gemeinsam mit einem Energieberater und den kommunalen Verantwortungsträgern geeignete Objekte zur Optimierung ausgewählt. Danach erfolgt die Beantragung der entsprechenden Fördermittel durch den Ener- »

**ZUR PERSON**

Frank Weber ist Schornsteinfegermeister mit Schwerpunkt kommunale Energieexpertise. Bis 2001 war er Abgeordneter im Thüringer Landtag. Außerdem ist er Delegierter der Europäischen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (EGÖD)
Mit ihm sprach Helmut König (koenigskonzept.de) für die Plattform www.energieberater-weiterbildung.info

gieberater. Wenn die Freigabe für das Projekt durch die Bafa erfolgt ist, werden die Gebäude energetisch erfasst und für die Optimierungsvorschläge visualisiert. Danach erfolgt eine Präsentation des Ist-Zustandes und, falls gewünscht, im Rahmen der Verwaltung, des kommunalen Parlaments oder einer öffentlichen Veranstaltung die Vorstellung der Zielrichtung der möglichen Maßnahmen. Im Anschluss werden die einzelnen Verbesserungsvorschläge vorgestellt. Auch bei der Begleitung der Umsetzung der Maßnahme können öffentliche Veranstaltungen durchgeführt werden. Als Zielgruppen bieten sich Schulen, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Fachpublikum, wie z. B. das regionale Handwerk, an.

**Wie kann kommunale Energieberatung finanziert werden?**
Die Beratungsleistungen werden mit bis zu 95 Prozent durch öffentliche Mittel gefördert.

**Kommunen können durch eine Senkung der Energiekosten nicht nur die Betriebskosten reduzieren, sondern auch in vielen Fällen, ähnlich wie bei der Straßenbeleuchtung, aus den eingesparten Kosten die Sanierungsmaßnahme finanzieren.**

Die Mindestförderung beträgt 80 Prozent. Die Fördersumme für die Beratung liegt in der Regel bei maximal T€15 und richtet sich nach dem Beratungsobjekt. Somit wird die maximale Fördersumme nur bei extrem komplexen Gebäuden erreicht. Bei einem Beraterhonorar von beispielsweise 5000 Euro liegt dann der Eigenanteil zwischen 250 und 1000 Euro. Die Umsetzung der Maßnahmen und deren Finanzierung ergibt sich aus dem Beratungsbericht, der Investitionen, Einsparmöglichkeiten und weitere Fördermittel auflistet.

**Was raten Sie einer Kommune, um kommunale Energieberatung zu nutzen?**
Der Einsatz eines Energieberaters führt dazu, dass in der Regel alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer Effektivität beurteilt werden. Das liegt daran, dass er nicht oder in nur sehr geringem Maße in die Umsetzung der Maßnahmen eingebunden wird. Somit kommen die tatsächlich effizientesten Maßnahmen zum Zuge. Das können in vielen Fällen auch nicht- oder geringinvestive Maßnahmen sein, die sich zum Beispiel mit der intelligenten Nutzung und Bewirtschaftung der gebäudetechnischen Anlagen beschäftigen. Außerdem verbessert sich das Image der Kommune durch die Möglichkeit der öffentlichen Darstellung der konkreten Maßnahmen. Durch die Integration der Bürger und vor allem der jungen Bevölkerung in diese Prozesse wird eine verstärkte emotionale Bindung zur Kommune erreicht.
Auch für die „Fridays For Future“ Bewegung sind somit befriedigende Antworten möglich.

FOTO / embeki/stock.adobe.com

CITY*big* A19, die attraktive Behältergarage für 240 l Hausmülltonnen

Wahlweise mit verschiedenen Dachlösungen und Aschereinsätzen lieferbar.

Stets verfügbar dank moderner Lagerlogistik

Stausberg Stadtmöbel GmbH 4531 Kematen a. d. Krems Telefon +43 (0)7258 / 5711 stausberg.at

STAUSBERG STADTMÖBEL

NEUBAU MEHRZWECKHALLE UND RENOVIERUNG MITTELSCHULE: MIT MUREXIN

# PIMP MY SCHOOL – IN FELS AM WAGRAM

Die niederösterreichische Gemeinde Fels am Wagram errichtete 2019 eine neue Mehrzweckhalle und investierte gleichzeitig in die Renovierung des Schulgebäudes ihrer Mittelschule. In der schwierigen Zeit des Shutdown hat diese bestimmt sehnlich darauf gewartet, bald wieder die fleißigen Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte begrüßen zu können. Die Produkte zur Fliesenverlegung kamen von Murexin GmbH und wurden von Steinmetz und Fliesenleger Zuzzi GmbH aus Els verarbeitet.

Das umfangreiche Projekt aus der Feder von Architekt Christian Galli Ziviltechnikergesellschaft m.b.H. umfasste

neben dem Bau der Mehrzweckhalle mit Sanitärräumen und Zentralgarderobe auch eine Reihe an Sanierungen bestehender Gebäudeteile und Neugestaltungen im Außenbereich.

Auf insgesamt rund 430 Quadratmeter Boden und etwa 320 Quadratmeter Wandfläche führten die Profis von Zuzzi GmbH die Fliesenverlegearbeiten aus. Abgedichtet wurde mit Flüssigfolie 2 KS und Dichtband DB 70. Die Verklebung erfolgte mit Flex Klebemörtel Maximo M 41. Mit Flexfuge Profi FX 65 bzw. Fugenmörtel Epoxy FMY 90 wurde verfugt. Als Dichtstoff kamen Sanitärsilikon Profi SIL 65 und Spezialdichtstoff X-Bond MS-D81 zum Einsatz.

MUREXIN

**INFOS**
Verwendete Murexin Produkte:
FLÜSSIGFOLIE **2 KS**
DICHTBAND **DB 70**
FLEX KLEBEMÖRTEL **MAXIMO M 41**
FLEXFUGE PROFI **FX 65**
FUGENMÖRTEL EPOXY **FMY 90**
SANITÄR SILIKON PROFI **SIL 65**
SPEZIALDICHTSTOFF **X-BOND MS-D 81**

**www.murexin.com**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DAS BBG-ONLINE-EINKAUFSSERVICE FÜR BILDUNGSEINRICHTUNGEN

# ELEKTRONISCH EINKAUFEN MIT DER BBG

Lassen Sie sich vom neuen Schulkatalog der BBG inspirieren. Entdecken Sie das Portfolio und erfahren Sie, wie öffentliche Bildungseinrichtungen vom Angebot der BBG profitieren. Der Schulkatalog verschafft Ihnen rasch einen Überblick über das für den Schulbetrieb und die Schulausstattung verfügbare Portfolio der BBG. Von A wie Außenanlagen über digitale Angebote wie Notebooks und Software bis zu Z wie zertifizierter Umweltzeichen-Strom – im e-Shop finden Sie den

Katalog auch in digitaler Form unter „Einkauf nach Thema“.

Einmal das richtige Produkt gefunden oder die passende Dienstleistung ausgewählt, kann die Bestellung mit ein paar „Klicks” erledigt werden. In den vier Teilen „Was die Verwaltung braucht“, „Alles für den Schulwart“, „Alles für Klassenzimmer & Turnsaal“ und „Alles für Werkstatt & Labor“ sehen Sie auf einen Blick, welche Vielfalt für jeden Bereich vorhanden ist.

„Als Schulerhalter profitiert die Gemeinde selbstverständlich vom Service der BBG, besonders dahingehend, dass es sich bei den über die BBG beschafften Betriebsausstattungen bereits um ausgeschriebene und verhandelte Positionen handelt, was neben dem besten Preis auch Rechtssicherheit im Vergabeverfahren gibt. Ebenso ist die Bedachtnahme auf die Umweltgerechtheit einer Lieferung bzw. Leistung gegeben.“ Vizebürgermeisterin Silvia Wohlfahrt, Gemeinde Laxenburg.

BBG
BUNDESBESCHAFFUNG

**TIPP**
Alles rund um das Thema „Schule“ finden Sie unter **www.bbg.gv.at/schule**.
In unserem Extrablatt „Digitale Schule“ haben wir Ihnen unser umfassendes Angebot zusammengestellt und stellen Ihnen unser aktuelles Portfolio zum Krisen- und Vorsorgemanagement vor.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FOTO // ©Andrey Kiselev

FOTO // Andreas Scheiblecker

KLIMA- UND ENERGIEFONDS

# KONJUNKTURMOTOR FÜR DIE GEMEINDE

Die lokale Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen ist das Gebot der Stunde. Doch wie kurbelt man die regionale Wertschöpfung am besten an? Die Energie- und Mobilitätswende erweist sich als effektiver Multiplikator und wird dementsprechend forciert.

Die finanziellen Schwierigkeiten sind derzeit vielerorts groß, und die Gemeindeverantwortlichen landauf, landab arbeiten mit vollen Einsatz daran, Wege zu finden, die vorhandenen Mittel bestmöglich einzusetzen.

**Für manche vielleicht überraschend,** erweist sich die Wende hin zu erneuerbaren Energien als eine der effektivsten Maßnahmen, um die regionale Wertschöpfung zu stärken und die Konjunktur anzukurbeln. Warum? Zum einen stoppt man durch die regionale Energieproduktion den permanenten Geldabfluss, den fossile Energieträger verursachen, macht sich unabhängig von verknappten oder verteuerten Produkten und steigert zudem die lokale Versorgungssicherheit. Green Jobs werden geschaffen und der Standort gegenüber internationalen Krisen gestärkt. Zum anderen ist der Umstieg erwiesenermaßen höchst konjunkturwirksam: Ein Euro Förderung löst vier Euro an Investitionen aus! Dabei handelt es sich übrigens nicht um einen theoretischen Wert, sondern um den tatsächlichen Faktor, der durch bereits umgesetzte Projekte in österreichischen Gemeinden ermittelt wurde.

**Mit Unterstützung des Klima- und Energiefonds** haben bereits in der Vergangenheit einige Gemeinden die Energiewende vor Ort eingeleitet, und auch jetzt – ganz besonders jetzt – hilft der Klima- und Energiefonds den Kommunen nicht nur mit seiner Expertise, sondern auch ganz handfest mit Fördergeldern. Bereits in den vergangenen zwölf Jahren hat der Fonds mit einem Förderbudget von 1,4 Mrd. EUR 30 Programme entwickelt und mehr als 144.000 Projekte gefördert. Dabei ist die Bandbreite an förderbaren Ideen groß.

**Angesichts der explodierenden Arbeitslosenzahlen** und schwer betroffener Unternehmen sollen die Projekte nicht nur der Klimakrise entgegenwirken, sondern auch das lokale Gewerbe unterstützen – wie zum Beispiel thermische Sanierungen oder die Heizungserneuerung. So löste etwa die Klima- und Energie-Modellregion Carnica Rosental mit Infoabenden und Vor-Ort-Beratungen bislang mehr als 70 einschlägige Projekte aus.

**Noch vor Ausbruch der Pandemie organisierte KEM-Manager** Armin Bostjančič-Feinig gemeinsam mit dem Energieberater Hans Jürgen Freithofnig Informationsabende unter dem Titel „Nachhaltig sanieren – Förderung kassieren". Im Vorfeld hatten die Gemeinden ihre Unternehmen aus sanierungsrelevanten Branchen informiert und zur Teilnahme am Projekt eingeladen. Die Veranstaltungen waren gut besucht und 125 TeilnehmerInnen meldeten sich zur kostenlosen Vor-Ort-Beratung an. Obwohl aufgrund der Covid-Einschränkungen 40 der Beratungen noch nicht durchgeführt werden konnten,

„Mit unseren Programmen kurbeln wir seit 2007 die Konjunktur an. **Die über 144.000 realisierten Förderprojekte haben im Schnitt rund das Vierfache an Investitionen ausgelöst.**"

**Ingmar Höbarth,** Geschäftsführer Klima- und Energiefonds

FOTOS // Klima- und Energiefonds/Hans Ringhofer

**Die Klima- und Energie-Modellregion Carnica Rosental hat zum Ziel, die optimale Nutzung der natürlichen Ressourcen zu forcieren und Energieeinsparungspotenziale verstärkt auszuschöpfen. Auf dem Dach der Volksschule (links) wurde eine Photovoltaikanlage installiert, und auch die Fernwärme (oben) gewinnen die Kärntner aus erneuerbaren Energiequellen. Wertschöpfung und Arbeitsplätze werden dadurch verstärkt in der Region gehalten.**

liegen bereits Beschlüsse zu 72 privaten Sanierungsprojekten vor. Oder anders formuliert: Fast jede der Beratungen mündete in kleinere und größere Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes und der Konjunkturankurbelung.

„**So lassen sich die Arbeitslosigkeit und die Klimakrise** gleichzeitig wirkungsvoll bekämpfen – durch die Steigerung der Energieeffizienz, den Einsatz erneuerbarer Energie, die Stärkung der regionalen Wirtschaft und Wertschöpfung“, erklärt Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds, und gibt weitere Beispiele dafür, wie man auf Gemeindeebene gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlägt. Etwa die thermische Großsolaranlage zur Einspeisung in das Fernwärmenetz Mürzzuschlag. Die geplante Anlage wird im Schnitt ca. 60 Prozent des Sommerbedarfs abdecken, der bislang hauptsächlich durch Erdgas gedeckt wurde. An schönen Sommertagen im Juli kann sogar eine solare Deckung bis 90 Prozent erzielt werden.

**Aber auch die zahlreichen kleinen und mittleren Photovoltaik-Anlagen** bringen in Summe bemerkenswerte Effekte. Laut einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft und unter Berufung auf den Bundesverband Photovoltaic Austria würden bis zu 200.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn das im Regierungsprogramm verankerte Ausbauziel von 11 Terrawattstunden Photovoltaikstroms, erreicht wird. Insbesondere kleine und mittlere PV-Anlagen können schnell realisiert werden und so kurzfristig den Arbeitsmarkt beleben, und langfristig die Dekarbonisierung vorantreiben.

**Der Klima- und Energiefonds hilft aber auch bei Sanierungen**, so geschehen beim denkmalgeschützten Gemeindezentrum Neumarkt. Die Raumheizung und Warmwasserbereitung erfolgte im Altbestand elektrisch, heute hingegen über Fernwärme aus erneuerbaren Energieträgern. Durch die Mustersanierung wurde zudem der thermische Standard der Gebäudehülle deutlich erhöht. Die umfassende Sanierung reduzierte den mittleren Wärmedurchgangskoeffizienten (U-Wert) des Gebäudes auf rund ein Viertel des ursprünglichen Wertes.

**Ob Photovoltaik, Solarthermie, Holzheizungen, E-Ladeinfrastruktur** oder andere Projekte zum Umstieg auf erneuerbare Energien – der Klima- und Energiefonds hilft den Gemeinden die Wertschöpfung in der Region zu halten, die Konjunktur zu beleben und unser Klima nachhaltig zu schützen. Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten dazu finden sich unter den Links in untenstehendem Infokasten.

**INFOS**
Detaillierte Informationen für die Energiewende auch in Ihrer Gemeinde finden Sie auf:

**www.klimafonds.gv.at**
**www.mustersanierung.at**
**www.klimaundenergie modellregionen.at**
**www.solare-grossanlagen.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GLASRECYCLING IN ÖSTERREICH

# ERFOLGREICH, NACHHALTIG, INNOVATIV

FOTO // Austria Glas Recycling

Österreich zählt europaweit zu den erfolgreichsten Glasrecycling-Nationen. Über 40 Jahre Erfahrung und hohe Anforderungen und Ziele, die sich die Austria Glas Recycling GmbH, ein Unternehmen der ARA, bewusst selbst setzt, liefern die Grundlage dafür. Dieses erfolgreiche System führt zu jährlich steigenden Sammelmengen und positiven Effekten in vielerlei Hinsicht:

- Lizenzpartner können sich eines stabilen, wettbewerbsfähigen Lizenztarifs sicher sein und auf das Know-How eines erfahrenen Partners bauen.
- Österreich kann sich auf ein langfristig funktionierendes, wohldurchdachtes Glasrecyclingsystem verlassen.
- Durch den Einsatz von Altglas werden Ressourcen geschont und Treibhausgasemissionen reduziert.

In Zeiten wie diesen, wo Klimawandel und Rohstoffknappheit unser aller Leben prägen, ist es unumgänglich, ressourcenverschwendendes Wirtschaften dort, wo es nicht schon passiert ist, durch nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu ersetzen. Wenn eine intakte Umwelt, wirtschaftlicher Erfolg und nicht zuletzt Wohlstand erhalten bleiben sollen, müssen Rohstoffe so lange und oft wie möglich wiederverwertet werden.

**KONTAKT**
Austria Glas Recycling GmbH
**www.agr.at**
**www.facebook.com/austriaglasrecycling**

Ein Unternehmen der ARA Servicegruppe

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG


Kostenlos mit Live-Beratung

NATUR im GARTEN

jeden letzten Freitag im Monat um 9:00 Uhr

Gemeinde-Webinar

**„Natur im Garten“ lädt ab sofort jeden letzten Freitag im Monat um 9:00 zum Gemeinde-Webinar – einem digitalen Treffen von Expertinnen und Experten mit Interessierten im Bereich der ökologischen Gestaltung und Pflege öffentlicher Grünräume.**

Ob Bürgermeisterin/Bürgermeister, Gemeinderätin/Gemeinderat, BauhofmitarbeiterIn oder GrünraumpflegerIn - seien Sie live dabei – von Ihrem Arbeitsplatz oder von zu Hause aus, bequem via PC, Laptop, Tablet oder Smartphone! Monatlich wird ein anderes aktuelles Thema aufgegriffen und je nach Thema ca. 1h lang im LIVE Gespräch diskutiert. Stellen Sie via Chat Ihre Fragen – gerne direkt aus der Praxis in den Gemeinden – oder tauschen Sie sich mit den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus. Dabei zu sein ist ganz einfach, kostenlos, unverbindlich und flexibel. Sie können regelmäßig monatlich mit dabei sein, oder aber auch nur bei ausgewählten Themen die für Sie interessant sind.

**Informationen, Termine & Themen**

Weitere Infos und Anmeldung auf unserer Website unter
**www.naturimgarten.at/unser-angebot/gemeinden/webinare**

VERKEHRSTECHNIK VON EBINGER

# DAS BESTE KNOW-HOW VOM FÜHRENDEN SPEZIALISTEN FÜR VERKEHRSZEICHEN

Ebinger hat sich die Sicherheit auf Österreichs Straßen zur Aufgabe gemacht. Das Know-how für rückstrahlende Verkehrszeichen hat Österreich dem Hause Ebinger zu verdanken. Durch unsere innovativen Ideen und Umsetzungen sorgen wir für die ultimative Sicherheit auf Österreichs Straßen.

Bei Ebingers Verkehrszeichen wird unterschieden zwischen:

- Verkehrszeichen flach
- Verkehrszeichen Formline
- Verkehrszeichen mit Umrandungsprofil I (URPI)

**Was Ebinger unterscheidet?** Der führende Hersteller bietet nicht nur die Verkehrszeichen an, sondern auch, je nach Ausführung des Verkehrszeichens (flach, Formline oder URPI), die entsprechende Befestigungstechnik für die jeweiligen Verkehrsschilder. Eine große Auswahl an Straßenausrüstung und Zubehörteilen vervollständigt Ebingers Angebot im Bereich der Verkehrstechnik. Dazu zählen u.a. der effektive Verkehrsspiegel, Leitkegel, Leitpflöcke, Klapp-Baken, Baustellenleuchten, Absperrband, Schilderabdeckband, Faltdreiecke und Sandsäcke und vieles mehr.

**Schilder und Tafeln aus dem Hause Ebinger machen unsere Straßen sicherer!**

**Nicht „nur" Verkehrszeichen.** Im Hause Ebinger wird neben den Verkehrsschildern, welche effizient verarbeitet werden, auch sogenannte „GET- UP BOY-KIDS" angeboten. Bei diesen handelt es sich um biegsame Straßenpflöcke, die flexibel produziert sind und dafür sorgen, dass Beschädigungen, die mittels Anfahrens mit einem Fahrzeug verursacht werden, verhindert werden. Denn durch die äußerst genaue Entwicklung und Verarbeitung der Pflöcke, wird die Lebensdauer solcher Verkehrszeichen natürlich enorm verbessert. Der Name „GET UP BOY-KIDS" ist auf das außergewöhnliche Design zurückzuführen, das einerseits mit einem Schulmädchen und andererseits mit einem Schuljungen in Comic-Optik dargestellt wird. Das Design soll auch Fahrer aufmerksamer machen, was vor allem im Bereich von Schulen, Kindergärten oder öffentlichen Spielplätzen effizient ist.

**KONTAKT**
Georg Ebinger Ges.m.b.H
Eitnergasse 4, 1230 Wien
Tel: (+43) 01/865 79 81-17
Fax: (+43) 01/865 79 81-44
E-Mail: **office@ebinger.co.at**
Web: **www.ebinger.co.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

NESPRESSO UND DIE KAPSEL-RECYCLING-INITIATIVE

# ALU-RECYCLING IN GEMEINDEN

**TEXT** // HANS BRAUN

Nespresso investiert seit zehn Jahren intensiv in die Aufklärung und den Ausbau der Infrastruktur für Aluminium-Recycling in Österreich. Der für die Kaffeekapseln verwendete Rohstoff Aluminium kann beinahe unendlich oft wiederverwertet werden – und dies auch mit vergleichsweise geringem Energieaufwand: Beim Recycling von Aluminium werden nur fünf Prozent der Energie gebraucht, die für die Gewinnung von neuem Aluminium erforderlich wäre. Das Recycling von Kapseln ist nur einer der wichtigen Eckpfeiler der Bemühungen, die Nespresso setzt, um nachhaltiges Engagement in jedem Schritt der Kaffeewertschöpfungskette zu garantieren. Im Recyclingland Österreich wird darauf jedoch besonderer Wert gelegt und mit einem eigenen Programm laufend am Ausbau der Recyclingmöglichkeiten gearbeitet.

Am 17. Mai war der „Tag des Recyclings“, aber die Initiative von Nespresso zum Kapsel-Recycling würde auch sehr gut zu den „Aktionstagen für Nachhaltigkeit 2020“ passen, die weltweit von 30. Mai bis 5. Juni über die Bühne gegangen sind. Bei der Recycling-Initiative können sich auch Gemeinden beteiligen. Viele tun das schon.

KOMMUNAL hat sich angesehen, wie die Recycling-Initiative läuft und welche Rolle die kommunalen Sammelsysteme dabei spielen. Dazu hat KOMMUNAL mit Alessandro Piccinini, dem Geschäftsführer von Nespresso Österreich, seinem Nachhaltigkeits-Manager Richard Paulus und dem Geschäftsführer des Verbandes für Umweltschutz der 37 Gemeinden des Bezirks St. Pölten, Johann Freiler, gesprochen. Natürlich via Onlineplattform, wie es in Zeiten der Corona-Pandemie fast schon üblich geworden ist.

Was versteht Nespresso also unter Nachhaltigkeit, Herr Piccinini? „Nespresso hat sich von Anfang an der Nachhaltigkeit verschrieben und ein eigenes Nachhaltigkeitsprogramm für seinen Kaffee etabliert. Im Rahmen dieses Programms arbeiten wir aktuell mit mehr als 110.000 Farmern in 14 Ländern direkt zusammen, mit

Der Text musste redaktionell gekürzt werden, die Vollversion lesen Sie unter **http://kommunal.at/nespresso-recycelt-aluminiumkapseln**

FOTOS // Adrian Michael // Screenshot via Microsoft Teams

„Gerade in Österreich mit seiner großen Recycling-Tradition unternimmt Nespresso alles, **um die Alu-Kapseln in den Kreislauf zurückzuführen.“**

**Alessandro Piccinini**
Geschäftsführer von Nespresso Österreich

**Virtueller Round Table (im Uhrzeigersinn von oben links): Alessandro Piccinini, der Autor, Richard Paulus und Johann Freiler.**

**INFO**

Wenn Sie Ihrer Gemeinde das Kaffeekapsel-Recycling ermöglichen möchten, wenden Sie sich gerne direkt an:

Alessandro Piccinini
Geschäftsführer
Nespresso Österreich
**Alessandro.Piccinini1@nespresso.com**

Ing. Mag. Richard Paulus
Sustainability Manager
T +43 1 5126380-351
**richard.paulus@nespresso.com**

dem Ziel die Ernte und Qualität stets zu verbessern. Aber wir haben auch eine starke soziale Komponente im Programm – hier geht es um Sonderpensionen, Versicherungen gegen Preisschwankungen und Prämien, damit die Farmer klimabeständig und nachhaltig agieren können.“

Aber, so Piccinini weiter, „um den Geschmack und die Qualität unseres Kaffees zu sichern, setzen wir als Verpackungsmaterial auf den Aromatresor Aluminium. Gerade in Österreich mit seiner großen Recycling-Tradition unternimmt Nespresso alles, um die Alu-Kapsel, die ja auch ein wertvoller Rohstoff und vor allem nahezu unendlich wiederverwertbar ist, in den Kreislauf zurückzuführen. Und zusätzlich arbeiten wir an der Thematik, das bei der Produktion frei werdende $CO_2$ zu minimieren. Eine Studie des Umweltbundesamtes zeigt, dass wir diesbezüglich auf dem richtigen Weg sind.“

Zur Erhöhung der Recyclingquote arbeitet Nespresso auch mit der Österreichischen Post zusammen, die den Kaffee distribuiert. Dies stellt, so Piccinini, eine $CO_2$-neutrale Lieferung sicher. Aber das Herzstück ist das Sammeln und Recyceln. Hier ist die Tiroler Firma Höpperger der Partner von Nespresso, dort werden die Kapseln recycelt. Und auch für den anfallenden Kaffeesud hat Nespresso eine Lösung gefunden, bei der der Sud gesammelt und in einer Biogas-Anlage in Strom umgewandelt wird.

**Aber bei Aufklärung und Partnersuche gibt es Optimierungspotenzia**l. „Nespresso hat zum Anlass des zehnjährigen Nespresso-Recycling-Jubiläums in Österreich 2019 eine Recyclingstudie durchgeführt. Das hat die Recycling-Vorreiterrolle bestätigt“, erläutert Nespresso-Nachhaltigkeitsmanager Richard Paulus. „Nespresso freut sich über eine Recyclingrate von etwa 31 Prozent. Das bedeutet, dass österreichweit bereits rund jede dritte Nespresso-Kapsel recycelt wird.“

Kundinnen und Kunden können ihre Kapseln heute bei über 1900 Sammelstellen retournieren – dazu zählen neben den Nespresso-Boutiquen ausgewählte Elektrofachhändler, Einrichtungshäuser und Post-Partner in ganz Österreich.

Neben diesem quasi privaten Recyclingprogramm bemüht sich Nespresso, der Bevölkerung das Recycling der Kapseln auch über die öffentliche Sammlung der Metallverpackungen zu ermöglichen. Dazu hat Nespresso das direkte Gespräch mit den regionalen Sammelorganisationen gesucht und mit 15 davon ein Abkommen getroffen, wonach die Kapseln in Aluminium-Sammelstellen eingeworfen werden dürfen.

**In welchen Gemeinden funktioniert das Kapselsammelsystem besonders gut?** „Unser großer Vorteil liegt darin“, sagt Johann Freiler vom Umweltschutzverband St. Pölten-Land, „dass wir die Sammelinseln schon haben. Auf dieser Schiene ist es in unserem Sinn, die Bürgerinnen und Bürger einzuladen, die Aluminiumkapseln von Nespresso dort einzuwerfen und damit den kürzesten Weg zu haben, diese ‚scheinbare‘ Verpackung einzusammeln.“

Der Vertrag zwischen den Gemeinden und Nespresso ist schnell zustande gekommen, auch weil sich die politischen Vertreter dafür ausgesprochen haben. Im Verband St. Pölten-Land steht den Bürgern von 37 Gemeinden diese Möglichkeit nun offen. Freiler kennt auch andere Verbände, die diesen Weg gehen und damit den wertvollen und hochwertigen Rohstoff Aluminium einer Wiederverwertung zuführen.

Seinen Erfahrungen nach sind die Bürgerinnen und Bürger auch sehr froh über die Möglichkeit, Alu-Kapseln gemeinsam mit Dosen zu sammeln und keine separate Sammelschiene mehr zu benötigen.

Aber an wen wendet man sich als Gemeinde, wenn man an dieser Aktion teilhaben möchte? Geht man zum Verband oder direkt zu Nespresso? Freiler: „Das kommt auf die Gemeinde an. Unsere 37 Gemeinden haben dem Verband diese Agenden übertragen und der Verband spricht für diese Gemeinden. Aber Nespresso kann mit eigenständigen Gemeinden natürlich auch direkt zusammenarbeiten.“

Hier springt Richard Paulus ein: „Nespresso bemüht sich aktiv darum, Gemeindeverbände und Städte für diese zusätzliche Recyclingmöglichkeit zu gewinnen. Mittlerweile setzen wir unsere Initiative erfolgreich in mehreren Städten um. Wir sind jederzeit bereit, die Initiative weiter auszurollen, und freuen uns über jede Gemeinde und jeden Bezirk, die sich dafür interessieren. Wir nehmen auch gerne die Gespräche mit den Regionen oder Abfallwirtschaftsverbänden auf. Und es kostet die Gemeinden nichts, die Kosten fürs Recycling übernimmt zur Gänze Nespresso. Wir betreiben mit den Gemeinden auch gemeinsame Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit.“

Entwicklungspotenzial ist immer gegeben. Nespresso will mehr als die 31 Prozent. Das ist eine Feststellung, auf die sowohl Alessandro Piccinini als auch Richard Paulus Wert legen.

## Kontakte in der Krise mit Cloudya

**Die NFON GmbH, einziger paneuropäischer Anbieter für Telefonanlagen aus der Cloud,** kündigte die Unterstützung des Wiener Landesverbandes für Psychotherapie (WLP) bei der Hilfe für Menschen durch den Einsatz von Cloudya, der Telefonanlage aus der Cloud, an. Gernot Hofstetter, Geschäftsführer der NFON GmbH (Bild unten): „Noch nie war dezentrales und mobiles

Arbeiten so wichtig wie in diesen Zeiten – branchenübergreifend, egal welche Unternehmensgröße. Im Großraum Wien erhalten nun Hunderte Psychotherapeuten die Möglichkeit, einfache und unkomplizierte Hilfe für die Bevölkerung zu leisten."

Mehr Infos:
**www.nfon.com/**

FOTO // BMDW

## Schramböck: Digitalisierung für Aufschwung nützen

**Die Corona-Krise und die damit verbundenen, notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus haben die Herausforderungen und die Chancen der Digitalisierung sichtbar gemacht.** Im EU-Vergleich zeigt sich, dass die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe Aufholbedarf im Bereich E-Commerce und Social-Media-Marketing und in der Nutzung von Cloud-Diensten haben. Im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort hat das Institut für Höhere Studien die digitalen Kompetenzen der österreichischen Klein- und Mittelbetriebe erhoben.
„Mein Ziel ist es, dass österreichische Klein- und Mittelbetriebe den digitalen Großkonzernen die Stirn bieten und nicht vor ihnen in die Knie gehen. Daher werden wir sie dabei unterstützen, rasch entsprechende Kompetenzen aufzubauen und den Schritt in Richtung Digitalisierung zu wagen. Digitalisierung ermöglicht uns Innovations-, Wachstums- und Zukunftsperspektiven", so Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. „Unternehmen mit gut ausgebildetem Personal, das rasch auf die wachsende Nachfrage nach digitalen Serviceleistungen reagieren und innovative Lösungen entwickeln kann, können die aktuelle Situation besser bewältigen", betont die Ministerin.
**Mehr Infos unter: www.bmdw.gv.at**

**BEST PRACTICE** IN ALLER KÜRZE

## Pilotprojekt „Normen"

Um alle Standards immer zur Verfügung zu haben, riefen Gemeindebund und Städtebund ein „Kommunales Pilotprojekt" ins Leben. Ziel des Pilotversuchs mit Austrian Standards ist es, ein modernes, kostengünstiges Management für Normen zu entwickeln, das noch effizienter auf die Erfordernisse der kommunalen Anwendung zugeschnitten ist.
**www.austrian-standards.at**

## Überflutungs-Ratgeber

Der Ratgeber „Rückstauschutz" von Mall wurde inhaltlich um den Aspekt Überflutungsschutz erweitert und steht in einer zweiten Auflage zur Verfügung. Er richtet sich sowohl an Eigentümer von Grundstücken als auch an Planungsbüros, Kommunen, Handwerksbetriebe und die Wohnungswirtschaft.
**www.mall.info**

# 433%

2019 wurden in Österreich insgesamt 416 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen getötet. Die Anzahl der Verkehrstoten stieg damit laut Statistik Austria erstmals seit 2015 wieder an und war um 1,7 % höher als noch 2018.
**Auch 16 Kinder – das entspricht einer Steigerung von 13 Kindern bzw. 433 % zum Vorjahr – wurden im Jahr 2019 bei Unfällen im Straßenverkehr getötet.** Die Zahl der Verkehrsunfälle (35.736) sowie der Verletzten (45.140) ging 2019 hingegen jeweils um drei Prozent zurück.

QUELLE: Statistik Austria

# -12%

**Der Österreichische Strompreisindex (**ÖSPI) fällt im Juni 2020 gegenüber dem Vormonat um 2,9 %. Im Vergleich zum Juni des Vorjahres 2019 liegt der ÖSPI um 12,3 % niedriger.

QUELLE: Österreichische Energieagentur

## „Raus aus dem Öl"-Bonus verfügbar

**Ab sofort kann der beliebte „Raus aus dem Öl"-Bonus des Bundes wieder beantragt werden, auch rückwirkend ab dem 1. Jänner 2020.** Gemeinsam mit dem Ende der Heizperiode ist jetzt der beste Moment, das alte Heizsystem durch ein nachhaltiges und umweltschonendes zu ersetzen, denn: Unter Einhaltung von Corona-Schutzmaßnahmen dürfen Installateure bereits wieder wie gewohnt arbeiten und montieren. Der Bonus macht vor, wie Klimapolitik beste Konjunkturpolitik sein kann. Infos unter
**www.meineheizung.at** und
**www.umweltfoerderung.at**

FOTO // Stock.adobe.com / Stefan Werner

## Happy Birthday, Helmi

**Das Sicherheitsmaskottchen Helmi feiert heuer seinen 40. Geburtstag. Eine aktuelle Befragung des KFV zeigt: Helmi ist in der österreichischen Bevölkerung beliebt wie eh und je und hat maßgeblichen Einfluss auf unser Sicherheitsbewusstsein.**
Er ist das Symbol der Kindersicherheit schlechthin: Mit seiner weißen, kugeligen Figur, einem rot-weiß-roten Helm und einem großen Herz auf seiner Brust verkörpert Helmi den Inbegriff der Kindersicherheit in Österreich und gibt Kindern seit Jahrzehnten wertvolle Sicherheitstipps mit auf den Weg – regelmäßig auch vor Ort in Kindergärten und Schulen. Mehr Infos unter
**www.kfv.at**

FOTO // KFV

**Helmi ist der Star der Unfallprävention für Kinder.**

Neue Aufträge. Neue Chancen.

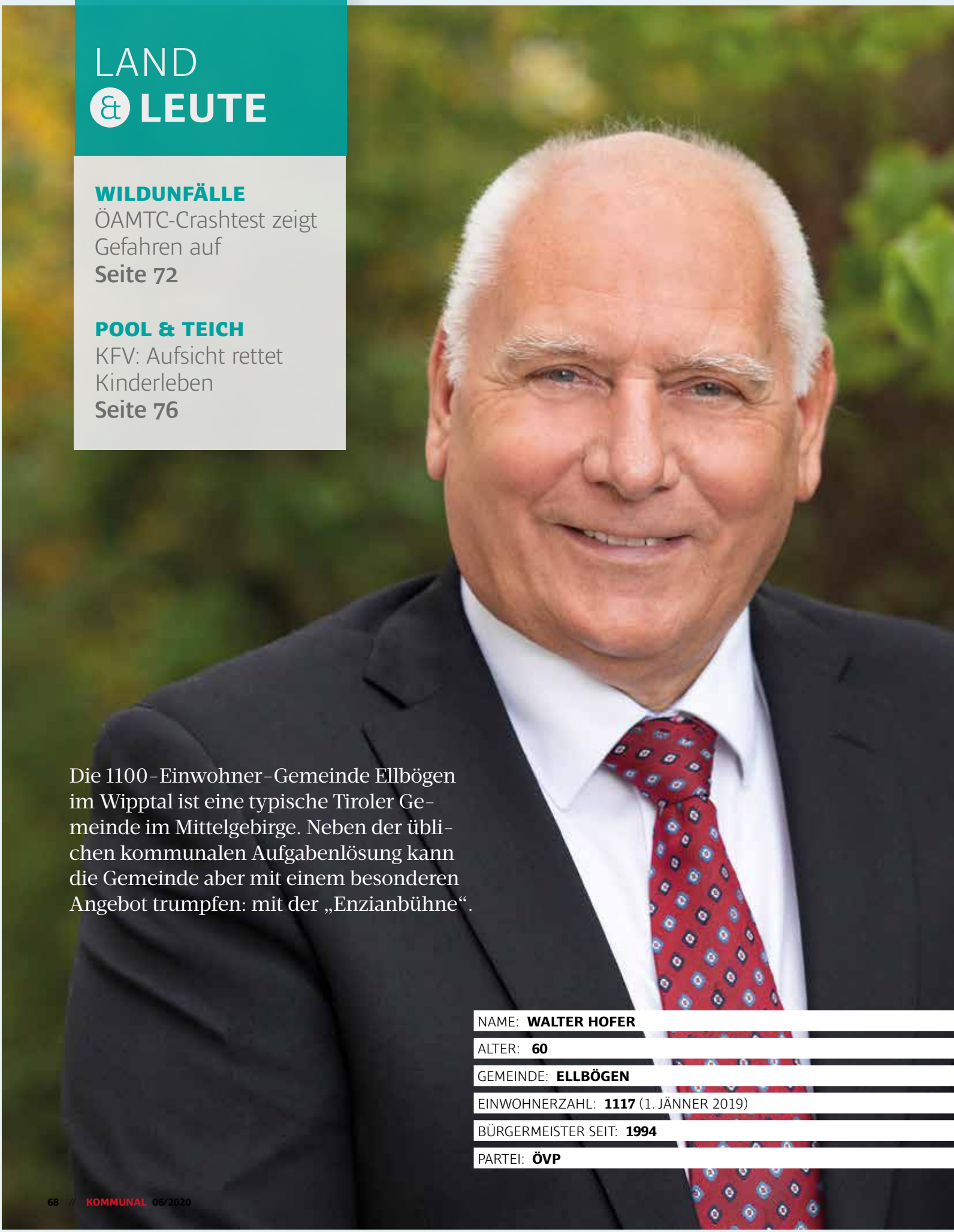
auftrag.at

Das Bieterportal auftrag.at enthält alle öffentlichen EU-weiten-, Bundes- und Landesausschreibungen. Sie suchen Ausschreibungen einer bestimmten Branche? Erstellen Sie einfach Ihr individuelles Suchprofil und erhalten Sie täglich Ihr maßgeschneidertes Suchergebnis per E-Mail. **www.auftrag.at**

# LAND & LEUTE

**WILDUNFÄLLE**
ÖAMTC-Crashtest zeigt Gefahren auf
**Seite 72**

**POOL & TEICH**
KFV: Aufsicht rettet Kinderleben
**Seite 76**



Die 1100-Einwohner-Gemeinde Ellbögen im Wipptal ist eine typische Tiroler Gemeinde im Mittelgebirge. Neben der üblichen kommunalen Aufgabenlösung kann die Gemeinde aber mit einem besonderen Angebot trumpfen: mit der „Enzianbühne".

NAME: **WALTER HOFER**
ALTER: **60**
GEMEINDE: **ELLBÖGEN**
EINWOHNERZAHL: **1117** (1. JÄNNER 2019)
BÜRGERMEISTER SEIT: **1994**
PARTEI: **ÖVP**

ALLE FOTOS // Gemeinde Ellbögen

NAHAUFNAHME WALTER HOFER

# „DO BIN I SCHON MAL **GEKÖPFT WORDEN**“

**TEXT** // HANS BRAUN

Seit genau 40 Jahren verfügt Ellbögen über ein Volkstheater, in dem Laienschauspieler sich in der hohen Kunst des Theaters üben. Neben Klassikern wie Dürrenmatts „Die Physiker“, dem „Brandner Kaspar“ oder dem Lustspiel „Pension Schöller“ stand heuer zur Jubiläumsaufführung der Schwank „Die falsche Katz“ von Maximilian Vitus auf dem Programm. „Die falsche Katz“ war übrigens auch das Premierenstück vor 40 Jahren.

Bürgermeister Walter Hofer, seit mehr als 25 Jahren an der Spitze der Gemeinde, ist stolz auf seine Bühne. Hofer, sonst ein sehr ruhiger Vertreter seiner Zunft, lacht – so wie der Rest des mit mehr als 300 Besuchern bis zum Rand gefüllten Gemeindesaals –, bis der Bauch weh tut.

„Auf der Bühne bin ich auch schon mal geköpft worden“, gesteht er in der Pause, dass er in den 40 Jahren des Bestehens auch schon die eine oder andere Rolle übernommen hat. „Allerdings“, schmunzelt er, „habe ihm diese Rolle anschließend den Spitznamen ‚Der kopflose Bürgermeister‘ eingetragen.“ Aber das kann schon mal passieren und ist auch zu verschmerzen, so Hofer.

**Ellbögen und das Wipptal.** Die 34 km² große Gemeinde Ellbögen verfügt, wie viele Gemeinden in Österreich, über eine sehr lange Geschichte. Diese reicht zurück bis zu den Römern (siehe Kasten). Die Gemeinde verfügt, obwohl sehr viele Bewohner zum Arbeiten ins gerade mal 15 Minuten entfernte Innsbruck pendeln, über ein sehr reges soziales Leben.

„22 Vereine gibt es bei uns, von den Schützen angefangen über Musikkapelle, Sportverein, Landjugend, Familienverband, Schützengilde, Viehzuchtvereine und viele mehr. Die Gemeinde subventioniert das auch, denn wir halten es für sehr wichtig, dass die Menschen mit ihrer Gemeinde in Verbindung bleiben“, führt Hofer aus.

> „WIR HALTEN ES FÜR SEHR WICHTIG, DASS **DIE MENSCHEN MIT IHRER GEMEINDE IN VERBINDUNG BLEIBEN.**“
>
> **Walter Hofer** zur Tätigkeit von nicht weniger als 22 Vereinen in der Gemeinde

Besonders stolz ist er auf den 26-jährigen Lorenz Koller. Bei den Rennrodel-Weltmeisterschaften 2016 erreichte der junge Ellbögener den sechsten Gesamtrang, und bei den Rennrodel-Weltmeisterschaften 2017 wurde er Vierter im Doppelsitzer Sprint. 2017 wurde er auch U23-Weltmeister und Vize-Europameister in der Team-Staffel im Doppelsitzer. Am 24. November 2018 feierte er in Igls seinen ersten Weltcup-Sieg. Bei den Europameisterschaften der Kunstbahnrodler in Lillehammer holte sich Lorenz Koller im Jänner 2020 die Silbermedaille.

Dass es eine Vielzahl von Vereinen gibt, sei in den anderen Gemeinden des Wipptals auch so, meint Hofer. Mehr Kopfzerbrechen bereitet ihm, dass es nur mehr ein Gasthaus gibt und keinen Nahversorger mehr. „Die Chefin des Supermarkts hat nach Südtirol geheiratet – dagegen bist machtlos“, meint er.

Um das Problem zu meistern, plant die Gemeinde jetzt einen Umbau des Gemeindezent- »

rums. Hofer: „Der Gemeindesaal, der Proberaum des Musikvereins, die Schule – das alles ist ja schon dort und damit ergeben sich auch Synergien.“ Zukünftig soll es dort auch wieder einen Nahversorger und ein Café geben.

**Heikles Thema Wohnen.** Darüber hinaus hat die Gemeinde mit einem gemeinnützigen Wohnbauträger weitere 28 Wohnungen gebaut, für „eine Gemeinde mit gerade mal 1100 Einwohnern ist das viel“, wie Hofer meint. Aber man müsse das für die Jungen und für Jungfamilien machen, damit sie im Ort bleiben können und nicht wegziehen müssen.

Das Thema „Neue Baulandwidmungen“ ist heikel. Hofer erzählt, dass im gesamten Wipptal sparsam mit der Inanspruchnahme von Grund und Boden umgegangen wird. Vor allem aus dem Raum Innsbruck kommen fast täglich Anfragen, ob nicht Bauland verfügbar sei. „Der Quadratmeter ist bei uns ja noch viel günstiger als in der Stadt. Aber wir achten darauf, dass es Widmungen nur bei echtem Bedarf von Ortsansässigen gibt.“

Hofer weiß, wovon er redet. Immerhin ist er selbst 40 Jahre nach Innsbruck gependelt, wo er bei den Innsbrucker Kommunalbetrieben als Elektrotechniker angefangen hat. Über zehn Jahre war er als Betriebsratsvorsitzender für das gesamte Unternehmen zuständig. In weiterer Folge übernahm Hofer die Leitung der Sicherheit für die Innsbrucker Kommunalbetriebe und ihre Beteiligungsfirmen. „Da ging es damals vor allem um die Ausbildung und Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen für die Mitarbeiter, die der Arbeitgeber einzuhalten hat.“

Später kam dann der Punkt Krisenmanagement dazu. Hofer meint, dass diese Ausbildungen im Bereich Sicherheit und Krisenmanagement sehr förderlich für die Funktion eines Bürgermeisters sind. Es gehe dabei immerhin um die Bewältigung einer Krise, wenn eine Katastrophe über den Ort hereinbrechen sollte.

**Seit mehr als 28 Jahren in der Gemeindepolitik.** „Der Walter“, wie ihn alle hier nennen, hat das Amt 1992 übernommen und sich seither vier Wahlen gestellt, die er alle mit hoher Zustimmung der Bürger gewonnen hat. Sein großes Vorbild, sein Lehrmeister, wie er sagt, war der im Mai 2016 verstorbene Hubert Rauch, ehemals Chef des Tiroler Gemeindeverbandes und 28 Jahre Bürgermeister von Steinach am Brenner.

Aber diese lange Zeit neigt sich nun dem Ende

**Ein Blick auf das malerische Ellbögen im Wipptal.**

**Die letzte gründliche Renovierung der Ellbögener Pfarrkirche St. Peter fand von 1978 bis 1985 statt.**

**Ellbögen und das Schützenfest – heuer wurden alle Veranstaltungen bis in den September abgesagt.**

**Das gemeindeeigene Wasserkraftwerk speist seine Energie ins Netz ein.**

**Ende September 2012 stürzte im unwegsamen Waldgebiet von Ellbögen ein Flugzeug ab. Eine Herausforderung für die Freiwillige Feuerwehr.**

zu, befindet er und wird sich keiner Wiederwahl im Jahr 2022 stellen. „Auch einige andere langjährige Zeitgenossen werden nach dieser Periode ihre Funktionen niederlegen. Ich hoffe, dass junge Gemeindebürger diese Aufgaben übernehmen und sich weiterhin sehr positiv für unseren schönen Ort im Wipptal einsetzen werden."

**Politikverdrossenheit macht sich immer mehr bemerkbar!** „Vielleicht liegt's ja auch daran, dass der „Gemeinderat in Tirol ein echtes Ehrenamt ist. Die Leute bekommen für ihr Engagement ja gar nichts, und das sollte sich ändern", fordert Hofer. Er sieht auch als einen weiteren Grund für die Probleme der Nachbesetzung, dass sich die Einstellung der Menschen zur Politik generell geändert hat. „Das Vertrauen der Leute ist weniger geworden, wenn auch die lokale Politik immer noch ein bisschen besser dasteht. Es gibt eine fast schon allgemeine Politikverdrossenheit", so Hofer.

Diese Politikverdrossenheit macht sich auch in Anfeindungen gegen die Bürgermeister immer mehr bemerkbar. Bürgermeistern stehen oft mehrmals im Laufe ihrer Amtszeit vor der Staatsanwaltschaft, aufgrund von anonymen, frei erfundenen Anschuldigungen.

**Bürgermeisteramt entpolitisieren?** Zurückkommend auf das Problem der Besetzung der Bürgermeisterämter schlägt Hofer eine radikale Umkehr des Systems vor: „Ich würde den Gemeinderat als Kollegialorgan aufwerten, auch politisch. Hier sollten die vielfältigen politischen Diskussionen stattfinden – auf Grundlage einer vorherigen Ausbildung durch entsprechende Parteiakademien. Gemeinderatsmitglieder sollten aber auch, wie dies bei Bürgermeisterstellvertreter/innen geregelt ist, eine angemessene finanzielle Entschädigung erhalten. Damit könnte das Bürgermeisteramt entpolitisiert werden und es könnten Bewerber zum Einsatz kommen, die entsprechende juristische und wirtschaftliche Ausbildungen vorweisen können. Diese Personen sollten vom Gemeinderat per Ausschreibung gesucht und bestellt werden. Der Gemeinderat wäre dann sozusagen der Aufsichtsrat und würde die politischen Diskussionen führen.

Dann schmunzelt der Bürgermeister und meint: „Aber ich bin Realist und schon zu lange im Geschäft, um große Hoffnung für so eine Idee zu haben. Und vielleicht ist sie auch nicht gut genug durchdacht."

**Bürgermeister Walter Hofer im Gespräch mit dem Autor.**

„Vielleicht liegt's ja auch daran, dass **der ‚Gemeinderat in Tirol ein echtes Ehrenamt ist'.**"

**Walter Hofer** zur immer stärker spürbaren Politikverdrossenheit

**Auf was der Chef besonders stolz ist?** Das Amt hat sehr viel Schönes zu bieten, wie Walter Hofer erzählt. Aber vor allem der Wunsch und der Wille, die Gemeinde weiterzubringen, für die Gemeinde Infrastrukturprojekte zu realisieren, dass es der Gemeinden auch künftig gut geht – diese gestalterische Komponente ist ihm wichtig. Auch dass in seiner Amtszeit die Gemeinde gleich zwei Wasserkraftwerke errichtet hat, erfüllt ihn mit Stolz. „Theoretisch wären wir energieautark, aber da das saisonal stark schwankt, speisen wir die gesamte Energie in das öffentliche Netz ein. Das bringt der Gemeinde künftig jährlich erhebliche Einnahmen."

Ein wichtiger Baustein in einer Gemeinde ist auch das Vereinsleben, wo sich Jung und Alt in den verschiedensten Bereichen betätigen können und damit viel zur dörflichen Kultur und Hilfsbereitschaft beitragen. Diese Vielzahl an Vereinen in seiner Gemeinde zu unterstützen, war Walter Hofer immer eine sehr wichtige Aufgabe im dörflichen Leben.

Aus Platzgründen musste der Beitrag redaktionell gekürzt werden. Lesen Sie mehr über die Gemeinde und die Laientheatergruppe „Enzianbühne" auf der KOMMUNAL-Website unter
**https://kommunal.at/index.php/da-bin-ich-schon-mal-gekoepft-worden**

## ELLBÖGEN UND DIE CORONA-KRISE

Das Bürgermeisterporträt von Walter Hofer fand Anfang März rund zwei Wochen vor dem Ausbruch der Pandemie und dem totalen Lockdown Österreichs statt. KOMMUNAL hat nachgefragt, wie die Gemeinde mit der Krise umgegangen ist:
Fazit: Auch in Ellbögen gab's Infektionsfälle, aber im Vergleich zu anderen Gemeinden relativ wenige. Ortschef Walter Hofer, der wegen der absolut disziplinierten Bewältigung der Krise mächtig stolz auf seine Bürgerinnen und Bürger ist, hat eigentlich nur einen Punkt, den er kritisiert: „Praktisch täglich flatterte ein Bescheid herein, wie wir was zu machen hätten. Und oft genug haben die Bescheide einander widersprochen oder sich aufgehoben." Die Zeit müsse sein, gewisse Anordnungen vor dem In-Kraft--setzen noch mal zu überprüfen – und am besten von Praktikern, die die Auswirkungen einschätzen können. Den Bürokraten wünsche er manchmal, den Job als Bürgermeister selbst zu versuchen.
Das Gemeindeamt hat die Krise im Notbetrieb – mit einer Durchreiche ähnlich wie eine Apotheke im Nachtdienst – großartig bewältigt. Nur unaufschiebbare Dinge wurden persönlich erledigt, der meisten Mitarbeiter waren im Homeoffice. „Die Kinderbetreuung haben die Bürgerinnen und Bürger dagegen super gelöst", schwärmt Hofer von „seinen Leuten". obwohl alles immer besetzt war, sei ganz selten ein Kind gekommen.
Was ihm Sorgen macht? „Die Gemeindefinanzen. Wenn nach diesen Prognosen nicht Hilfe von Land und Bund kommt, schaut's finster aus."

FOTO //©stock.adobe.com/TRFilms

FOTOS //©Gemeinde Ellbögen

CRASHTEST

# DIE FOLGEN EINES **WILDUNFALLS**

Im Frühling kommt es naturgemäß wieder zu einem sprunghaften Anstieg von Wildunfällen, ehe sich die Anzahl in den Sommermonaten weiter steigert und im Herbst langsam wieder abnimmt. 2018 wurden 377 Wildunfälle mit Personenschaden registriert, die traurige Bilanz: Vier Personen kamen zu Tode. Insgesamt kommen zudem über 75.000 Wildtiere jährlich auf Österreichs Straßen um – im Schnitt sind das über 200 Tiere pro Tag. Der ÖAMTC führte gemeinsam mit seinen Partnern einen Crashtest mit einem realistisch nachgebildeten, 180 kg schweren Wildschweinkeiler durch.

Das Ergebnis zeigt, dass bei entsprechenden Unfällen kurzzeitig eine Kraft auf die Insassen einwirkt, die dem zehnfachen Körpergewicht entspricht. „Am Auto entstand erheblicher Schaden, die Insassen blieben jedoch unverletzt. Dieser Umstand verdeutlicht, dass Verletzungen von Fahrzeuginsassen bei Wildunfällen meist nicht durch den direkten Aufprall des Tieres, sondern durch falsche bzw. panische Reaktionen entstehen“, erklärt ÖAMTC-Verkehrstechniker Felix Etl.

Durch misslungene Ausweichmanöver können Fahrzeuge bei einem Wildunfall beispielsweise von der Fahrbahn abkommen oder in den Gegenverkehr geraten. Dabei entsteht die Gefahr von Kollisionen mit anderen Fahrzeugen oder Bäumen, was fatale Folgen haben kann.

„Das bedeutet im Umkehrschluss, dass das Verletzungsrisiko für Pkw-Insassen bei Wildunfällen deutlich geringer ist, wenn der Fahrer richtig reagiert – das heißt bremsen, Lenkrad gut festhalten und unbedingt in der Spur bleiben. Um Auffahrunfälle zu vermeiden, sollte der Abstand vergrößert werden, wenn mit Wildwechsel zu rechnen ist“, hält Etl fest.

**Notbremsassistenten sind ab 2024 für alle Neufahrzeuge vorgeschrieben, werden aber bereits jetzt in vielen Autos verbaut.**

**LINK ZUM THEMA**

**kommunal.at/crashtest-beleuchtet-folgen-eines-wildunfalls**

Auf unserer Seite finden Sie auch ein Video des ÖAMTC-Crashtests sowie den Beitrag in voller Länge.

**Assistenzsysteme können Unfallrisiko deutlich senken.** Nachtsichtassistenten ermöglichen mittels Infrarotkamera ein Graustufenbild trotz Dunkelheit. Dadurch sind sowohl Personen als auch Tiere am Bildschirm erkennbar. Allerdings ist „ein serienmäßiger Verbau bei allen Herstellern nicht in Sicht“, kritisiert Etl.

Im ÖAMTC-Test wurden serienmäßig verbaute Notbremssysteme getestet. Bei der Vermeidung von Auffahrunfällen sowie Unfällen mit Fußgängern und Radfahrern haben sich diese bewährt. Tiere wurden bei der Entwicklung bisher allerdings kaum berücksichtigt. „Die untersuchten Notbremssysteme reagierten nur eingeschränkt auf ein Wildschwein-Dummy, gaben teilweise eine Warnung ab, führten aber keine Notbremsung ein, während dies bei kreuzenden Radfahrern einwandfrei funktionierte“, erklärt der Verkehrstechniker. „Aus dem Test lässt sich somit schlussfolgern, dass mit etwas Entwicklungsaufwand eine automatische Notbremsung auch bei Tieren möglich wäre.“

Radarsensoren und Infrarotkameras waren hingegen besonders genau bei der Erkennung von Tieren, ihre Reichweiten und Genauigkeit auch bei Dunkelheit oder Nebel hoch, wodurch „nicht nur das Risiko für die Fahrzeuginsassen reduziert, sondern auch zahlreiche tote Wildtiere vermieden werden könnten“, so Etl.

NATUR IM GARTEN BAUT ONLINE-ANGEBOT AUS

# MONATLICHE WEBINARE FÜR GEMEINDEN

Landesrat Martin Eichtinger: „Jeden Monat veranstaltet ‚Natur im Garten' für Gemeinden Webinare über öffentliche Grünräume. Der digitale Informations- und Wissensaustausch auf www.naturimgarten.at."

Das Online-Angebot von „Natur im Garten" wird weiter ausgebaut. Im Fokus stehen dabei die Gemeinden. Die Expertinnen und Experten von „Natur im Garten" bietet daher einmal pro Monat Webinare über öffentliche Grünräume an: „Unser Ziel ist es, die Gemeinden weiterhin bestmöglich bei der Beratung zu unterstützen, deshalb gibt es Webinare bis Ende September. Die Themen reichen von Blühwiesenpflege bis zum Pflanzen von Straßenbäumen", so Landesrat Martin Eichtinger und weiter: „Die Webinare bieten auch die Möglichkeit, Erfahrungen und Wissen auszutauschen. Wir stellen damit den Gemeinden eine Plattform zum Austausch zur Verfügung." Mitmachen können alle Gemeindevertreterinnen und -vertreter. Die Webinare sind unter **www.naturimgarten.at** zu finden.

**Premiere: Erster Digitaler „Natur im Garten"-Gemeindetag voller Erfolg.** Aufgrund der aktuellen Situation veranstaltete „Natur im Garten" den Gemeindetag erstmals in digitaler Form. Mehr als 200 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Umweltgemeinderätinnen und -räte, politische Verantwortungsträgerinnen und -träger, Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeiter bzw. Interessierte waren unter dem Motto „Gemeindegrünraum klimafit machen" online mit dabei. „Aufgrund der positiven Resonanz des digitalen Gemeindetages bauen wir das Online-Angebot für Gemeinden weiter aus", so Eichtinger.

„Wir stellen mit den Webinaren **den Gemeinden eine Plattform** zum Austausch zur Verfügung."

**Martin Eichtinger,** nö. Landesrat für Wohnbau, Arbeit und internationale Beziehungen

Der „Natur im Garten"-Gemeindetag 2020 stand ganz im Zeichen der Klimawandelanpassung. Denn eine Auswertung der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) zeigt, dass 13 der 15 wärmsten Jahre in der 252-jährigen Messgeschichte nach der Jahrtausendwende waren. Das wärmste Jahr war 2018, 2019 liegt auf Rang drei. „In Zeiten des Klimawandels gewinnen öffentliche Grünflächen zunehmend an Bedeutung. Zur Anpassung müssen die Konzepte der Grünraumbewirtschaftung neu gedacht werden", so Christa Lackner, Geschäftsführerin von „Natur im Garten". Das öffentliche Grün wirkt bei Hitzeperioden als natürliche Klimaanlage, filtert Schadstoffe aus der Luft und dient als Retentionsfläche bei Starkregenereignissen.

**MEHR INFOS**

Termine Webinare für öffentliche Grünräume (jeweils ab 9 Uhr)

- **26. Juni**: Pflege von Blühwiesen
- **31. Juli**: Baumschutz bei Baustellen
- **28. August**: Neophyten in Gemeinden
- **25. September**: Pflanzung von Straßenbäumen

Weitere Infos und Anmeldung auf der Natur im Garten-Website unter **www.naturimgarten.at/unser-angebot/gemeinden/webinare**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FOTOS // Natur im Garten // Mahmoud-Ashraf / ÖB London

TOPOTHEK – DAS DIGITALE ARCHIV

# „DURCHS SAMMELN **KOMMEN DIE LEUT Z'SAMM"**

Eine Topothek ist ein digitales Archiv der Leute im Ort. Fotos, Texte und Videos werden hier gesammelt und im Internet frei zugänglich gemacht. Besonders in Niederösterreich haben in den letzten Jahren viele Gemeinden eine Topothek eingerichtet – und vor Kurzem die 150er-Marke überschritten!

**Um ein Bild schnell wiederfinden zu können, wird es detailreich beschriftet und auf der Karte verortet. Bottleneck Blues in einem heimischen Gasthaus. Oder doch nur ein Spaßfoto?**

Ein Taufbuch aus 1893, ein Arbeitsbuch aus dem Deutschen Reich oder ein Zeitungsartikel über ein Slalomrennen in den 1970ern – das sind nur drei der Fotos, die in der 150. Topothek Niederösterreichs – insgesamt sind es schon über 280 – in Gaubitsch (Weinviertel) öffentlich zugänglich sind. Niederösterreich ist damit zehn Jahre nach dem Start des Topothek-Netzwerks in Österreich Vorreiter, aber auch in Oberösterreich gibt es bereits ca. 40 dieser digitalen Archive. Was bringt den Gemeinden die Gründung einer Topothek?

**Sammeln als soziales Angebot.** Eine Topothek gibt den Leuten im Ort viele Möglichkeiten, sich auszutauschen und ehrenamtlich zusammenzuarbeiten. Das Material, das auf zahlreichen Dachböden oder in Kellern liegt, wird gesammelt und digitalisiert. Die Topothekarinnen und Topothekare werden von der Topothek-Plattform in ihre Arbeit eingeschult und arbeiten ehrenamtlich im Namen der Gemeinde. Die Leute im Ort sind stolz, dass ihre Erinnerungen nicht in Vergessenheit geraten, und die Älteren freuen sich, wenn sie mithelfen können, Fotos vergangener Ereignisse genauer zu beschreiben.

**Die Gemeindegeschichte beleben.** Durch eine Topothek wird die Geschichte einer Gemeinde sichtbar und zugänglich. Mit den einfach zu bedienenden Suchfunktionen kann man schnell

**ÜBER DIE TOPOTHEK**

- seit 2012
- über 280 Topotheken in 10 Ländern
- entwickelt in: Niederösterreich
- angeboten von: ICARUS, Internationales Zentrum für Archivforschung,
- gemeinsam mit den Plattformen Matricula und Monasterium
- über 650.000 Digitalisate durch ehrenamtliche Arbeit auffindbar gemacht
- über 1200 Ehrenamtliche, die als Topothekarinnen und Topothekare arbeiten
- über 1.350.000 Suchbegriffe sind verwaltet
- Suchmöglichkeiten nach Suchbegriff, Datum (Zeitschieber) und Suchkreis auf der Karte

**Mit einem Klick wieder aufzufinden: der Besuch von Landeshauptmann Leopold Figl in Großrust 1964.**

> „DURCH EINE TOPOTHEK WIRD DIE **GESCHICHTE EINER GEMEINDE SICHTBAR UND ZUGÄNGLICH.**“

**Die Topothek dient dazu, dass man sich schnell in den alten Fotos wiederfinden kann.**

**Auch schon früher war die Geschichte der Gemeinde ein Gesprächsthema.**

FOTOS // @AlexanderSchatek / Gemeinde_Obritzberg / GeorgCsapo

herausfinden, welche Gebäude früher an einem bestimmten Ort standen, oder noch unbekannte Aufnahmen aus der eigenen Familiengeschichte aufstöbern. Fotos, Videos, Texte und Audios machen die Ortsgeschichte lebendig. Für Historiker, Volkskundler und Familienforscher, aber auch einfach für Menschen mit Interesse an ihrer Gemeinde, an der eigenen Jugend und ihrer Familiengeschichte ist eine Topothek eine Fundgrube. Die Rechte an den Dokumenten bleiben in der Hand der Bürger und Bürgerinnen, die Topothek selbst liegt in den Händen der Gemeinde.

**Kooperationen entwickeln.** Topotheken bieten viele Möglichkeiten der Vernetzung. In Schulprojekten kann die Geschichte des Ortes neu betrachtet werden. Gemeinsam mit Senioren werden neue Dokumente zugänglich gemacht, Personen identifiziert und Aufnahmeorte wiederentdeckt. Topotheken können auch zur Regionalentwicklung genutzt werden, wie in den Projekten der LEADER-Regionen Donau-Böhmerwald (Oberösterreich) und WeinviertelOst (Niederösterreich), in denen über 60 Gemeinden die Topothek nutzen. Und nicht zuletzt gibt es auch Kooperationen mit anderen Gemeinden im Topotheken-Netzwerk. Leute zusammenbringen und die Ortsgeschichte lebendig halten: Das alles ermöglichen Topotheken. Besonders jetzt in der Zeit des Daheimbleibens, wenn die Menschen Zeit zum Stöbern haben ...

KURATORIUM FÜR VERKEHRSSICHERHEIT

# GEFAHRENQUELLE POOL UND GARTENTEICH

**„Es gilt die Maxime,** Kleinkinder in der Nähe von Gewässern immer in unmittelbarer Reichweite beaufsichtigen."

Ob Pool, Biotop, Schwimmteich oder Regentonne – Wasserflächen aller Art üben auf Kinder eine große Anziehungskraft aus. Immer wieder kommt es in diesem Zusammenhang jedoch zu tragischen Unfällen. Um diese zu verhindern, ist neben baulichen Vorkehrungsmaßnahmen auch eine strikte Einhaltung der Aufsichtspflicht von Bedeutung.

Ein Schwimmbad, Teich oder Biotop im eigenen Garten verspricht Genuss, Entspannung und Bewegung und ist der Stolz seiner Besitzer. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass offene Wasserflächen auch eine mögliche Gefahrenquelle darstellen können. Vor allem Kleinkinder sind gefährdet, da sie in Notsituationen im Wasser in einen reflexartigen Schockzustand geraten und so weder sich selbst aus ihrer Lage befreien noch auf sich aufmerksam machen können. Bereits zwei Minuten – also die Dauer eines kurzen Telefonats – reichen aus, dass ein Kind im Wasser das Bewusstsein verliert. Schon nach fünf Minuten kann der auftretende Sauerstoffmangel zum Tod führen. Es ist also nur ein sehr kurzes Zeitfenster, in dem bei Badeunfällen das Schlimmste verhindert werden kann. Ertrinken zählt deshalb zu den häufigsten unfallbedingten Todesursachen bei Kindern.

**Sicher gut geplant.** Mittels entsprechender Planung kann die Gefahr von Ertrinkungsunfällen bereits im Vorfeld erheblich reduziert werden. Neben den einzuhaltenden bautechnischen und rechtlichen Vorschriften tragen auch die Wahl des Standorts und der Ausstattung maßgeblich zur Sicherheit künstlich angelegter Gewässer bei. Diese sollten grundsätzlich nur an gut einsehbaren Stellen angelegt werden. Eine sichere Poolumrandung reduziert die Rutschgefahr auf ein Minimum – instabile Uferbereiche wie lose Platten oder Steine gilt es daher zu vermeiden. Achten Sie bereits bei Anschaffung darauf, dass alle Einstiegsmöglichkeiten in Pool oder Teich in Zeiten der Nichtnutzung entsprechend abgesichert oder gar abmontiert werden können – Treppen, Trittbretter und Rutschen wirken auf kleine Kinder einladend. Aus demselben Grund sollten auch buntes Wasserspielzeug und aufblasbare Badeartikel bei Nichtnutzung stets aus dem näheren Umfeld der Wasserfläche entfernt und für Kinder unerreichbar verstaut werden.

**Zur Absicherung verpflichtet.** Für Grundstückseigentümer gilt eine „allgemeine Verkehrssicherungspflicht“. Diese beinhaltet unter anderem die Schaffung und Aufrechterhaltung aller nötigen Vorkehrungen zum Schutz Dritter vor Gefahrenquellen, die man selbst geschaffen hat, und umfasst auch die Pflicht zur Absicherung von Pools und Gartenteichen – unabhängig davon, ob Kinder im eigenen Haushalt leben oder nicht. Bei Verstößen gegen die Verkehrssicherungspflicht ist im Falle eines Unfalls neben der damit verbundenen psychischen Belastung auch mit finanziellen oder sogar strafrechtlichen Folgen zu rechnen. Besitzer von Pools und Gartenteichen sollten die offenen Wasserflächen umzäunen.

Für kleinere Wasserflächen wie Brunnen oder Zierbiotope sind Gitterkonstruktionen, die knapp unterhalb der Wasseroberfläche angebracht werden, eine Möglichkeit der Absicherung. Das Gitter muss jedoch einwandfrei montiert sein und darf sich auch bei Belastung nicht durchbiegen. Auch ungesicherte Regentonnen oder ein scheinbar harmloses Kinderplanschbecken können Kleinkindern gefährlich werden. Ein Abdeckgitter auf der Regentonne oder das Leeren des Beckens nach jedem Benutzen sind ebenso einfache wie probate Mittel, um diese Gefahrenstellen zu beseitigen.

**Kinder ständig beaufsichtigen.** Doch selbst bei Vorhandensein entsprechender Sicherheitsvorrichtungen gilt die Maxime: Kleinkinder in und nahe Gewässern immer in unmittelbarer Reichweite beaufsichtigen – größere Kinder in Sichtweite. Sind mehrere erwachsene Personen vor Ort, sollte darauf geachtet werden, dass stets eine Person benannt wird, die für die direkte Beaufsichtigung der Kinder zuständig ist. Dann steht dem vergnüglichen Badeerlebnis oder einer erholsamen Auszeit am Wasser nichts mehr im Weg.

**Vor allem Kleinkinder sind gefährdet, da sie in Notsituationen im Wasser in einen reflexartigen Schockzustand geraten und so weder sich selbst aus ihrer Lage befreien noch auf sich aufmerksam machen können. Bereits zwei Minuten – also die Dauer eines kurzen Telefonats – reichen aus, dass ein Kind im Wasser das Bewusstsein verliert. Schon nach fünf Minuten kann der auftretende Sauerstoffmangel zum Tod führen. Es ist also nur ein sehr kurzes Zeitfenster, in dem bei Badeunfällen das Schlimmste verhindert werden kann.**

GUTE NACHRICHTEN AUS TIROL

# „WIR ALLE **SIND GEMEINDE**“

Rund 40 Prozent aller österreichischen Corona-Infizierten, so heißt es, haben sich in und über Tirol angesteckt. Das ist die schlechte Nachricht. Die gute: Der Tiroler Gemeindeverband und die GemNova bringen in diesen Tagen ein Buch heraus, das österreichweit für positives Aufsehen sorgen wird.

Wer in diesen Tagen mit einer Bürgermeisterin, einem Bürgermeister aus einer der 2.095 Gemeinden in Österreich spricht, bekommt sinngemäß sehr oft dies zu hören: „Wir alle befinden uns in einer schwierigen Situation. Die Betriebe in unserer Gemeinde haben massive Probleme, viele unserer Einwohnerinnen und Einwohner sind plötzlich arbeitslos geworden, sind in Kurzarbeit. Als Gemeinde verzeichnen wir massive Steuereinbrüche. Gleichzeitig ist der Zusammenhalt in unserem Ort sehr stark, es gibt viele tolle Initiativen und gemeinsam kommen wir da auch wieder raus. Schlussendlich machen wir alle ja unsere Gemeinde aus.“

**„Wir alle sind Gemeinde.“** So lautet der Titel jenes brandaktuellen Buches, das in diesen Tagen vom Tiroler Gemeindeverband und der GemNova, dem Unternehmen der Tiroler Gemeinden, gemeinsam herausgegeben wird. Auf rund 200 Seiten geht dieses Praxishandbuch auf aktuelle Fragen, Probleme und Herausforderungen in den verschiedensten Gemeinden ein. Im Detail werden vor allem die Themen Kinderbetreuung, Digitalisierung, Bauen und Wohnen, Pflege und Gesundheit, Gefahrenschutz, kommunale Infrastruktur und, nicht zu unterschätzen, Aus- und Weiterbildung aus den verschiedensten Blickwinkeln behandelt.

Besonders hervorzuheben: die praktische Ausrichtung dieses Buches. So schildern Bürgermeisterinnen und Bürgermeister anhand konkreter und aktueller Fälle, wie sie im Detail nach Lösungen suchten. Wie sie freilich auch immer wieder auf externe Partner zurückgreifen mussten, wenn etwa die Komplexität einer Aufgabenstellung die personellen und fachlichen Ressourcen in der Gemeinde einfach sprengte. Das betraf und betrifft Ausschreibungen genauso wie Förderungen, eine professionelle Nachmittagsbetreuung an den Schulen ebenso wie die Personalsuche für den Pflegebereich, die Organisation und Abhaltung von Deutschkursen für Menschen mit nicht deutscher Muttersprache ebenso wie konkrete Unterstützung rund um die Digitalisierung.

**„Wir alle sind Gemeinde“ – das brandaktuelle Buch des Tiroler Gemeindeverbandes und der GemNova.**

FOTO // GemNova

**FACT BOX**

„Wir alle sind Gemeinde – Herausforderungen und Lösungen für die Zukunft“
GemNova Verlag, Innsbruck 2020
200 Seiten, € 22,95
ISBN: 978-3-200-06894-0
Zu bestellen bei: **publikationen@gemnova.at**
www.ganznah.tirol

**Best-Practice-Beispiele.** „Mit diesem Buch liefern wir auch eine Art Handlungsanleitung, eine konkrete Unterstützung, Best-Practice-Beispiele aus der täglichen Praxis“, erklärt Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes und Bürgermeister von Sölden im Ötztal. „Darin findet sich das gesammelte Wissen vieler Expertinnen und Experten, die geballte Erfahrung langjähriger Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, und es gibt nützliche Links zu weiteren Informationen und wichtigen Anlaufstellen.“

Ähnlich argumentiert auch Alois Rathgeb, Mastermind und Geschäftsführer der GemNova, des Unternehmens der Tiroler Gemeinden: „Seit zehn Jahren unterstützen wir die 279 Tiroler Gemeinden bei ihren vielfältigen Aufgaben. Dabei begleiten wir ein Projektvolumen von rund 350 Millionen Euro im Jahr, wodurch sich die Gemeinden in Summe bis zu 30 Millionen Euro sparen. Wir sind damit der größte kommunale Dienstleister Österreichs, und ja, in diesem Buch wird deutlich gezeigt, welche Herausforderungen die Gemeinden Tag für Tag zu bewältigen haben."

**Originelle Illustrationen.** Damit es vor lauter Sachlichkeit und Professionalität nicht allzu trocken wird, haben sich die beiden Herausgeber Schöpf und Rathgeb noch etwas Besonderes einfallen lassen. Zur Auflockerung des Inhalts wandten sie sich an eine kleine, kreative Agentur in Tirol und holten sich von deren Illustratorinnen amüsante Anregungen. Das Ergebnis dieser „Mitspieler", so auch der Name der Agentur, findet sich nun seitenweise im Buch – durchaus zum amüsanten Schmunzeln und ernsten Nachdenken anregend.

So weit mal die gute Nachricht aus Tirol. Wobei: Im Nachsatz des Buches wird es nochmals sehr ernst. Um der aktuellen Corona-Situation in Österreich Rechnung zu tragen, wird auch diese Thematik auf einigen Seiten sehr kompakt und aus der speziellen Sicht der Gemeinden behandelt – mit durchaus selbstkritischen Anmerkungen zu Tirol versehen. Denn das gehört sich einfach, bei einem sehr problembewussten, sachlichen, ehrlichen Buch.

Wie heißt es also auf den letzten Seiten: „Eine sorgfältige Analyse der Maßnahmen und Ereignisse nach den Gesichtspunkten, was gut funktioniert hat und wo sich Schwächen gezeigt haben, wird auf jeden Fall nötig sein. Speziell auch in Tirol. Nur so können Notfallpläne optimiert und das notwendige öffentliche Leben im Krisenfall garantiert werden. Es sind Aufgaben, an denen wir alle mitwirken können und sollen. Denn: Wir alle sind Gemeinde."

SÜDTIROL NEWS

# Lebensmittelgutscheine für Bedürftige

**400 Millionen Euro hat der staatliche italienische Zivilschutz als Dringlichkeitsmaßnahme zur solidarischen Lebensmittelversorgung zur Verfügung gestellt.** Mit diesen Mitteln sollen Bedürftige in der aktuellen Krise beim Kauf von Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs unterstützt werden. Die Zuweisung der Gelder erfolgt über die Gemeinden. Für Südtirol wurden die Mittel in der Höhe von 2,8 Millionen Euro der Landesverwaltung zugeteilt, die sie dann nach den Kriterien von Bevölkerungsdichte und Pro-Kopf-Einkommen unter den 116 Gemeinden aufgeteilt hat.

Den Gemeinden steht es frei, die staatlichen Mittel aufzustocken und bei ihrem Schatzmeister Spendenkonten zur Bewältigung des Nahrungsmittelnotstandes einzurichten. Für die Spenden haben die Spender Anrecht auf die vom Staat festgelegten Abzüge und Steuervergünstigungen.

FOTOS/©JHDT Productions – stock.adobe.com

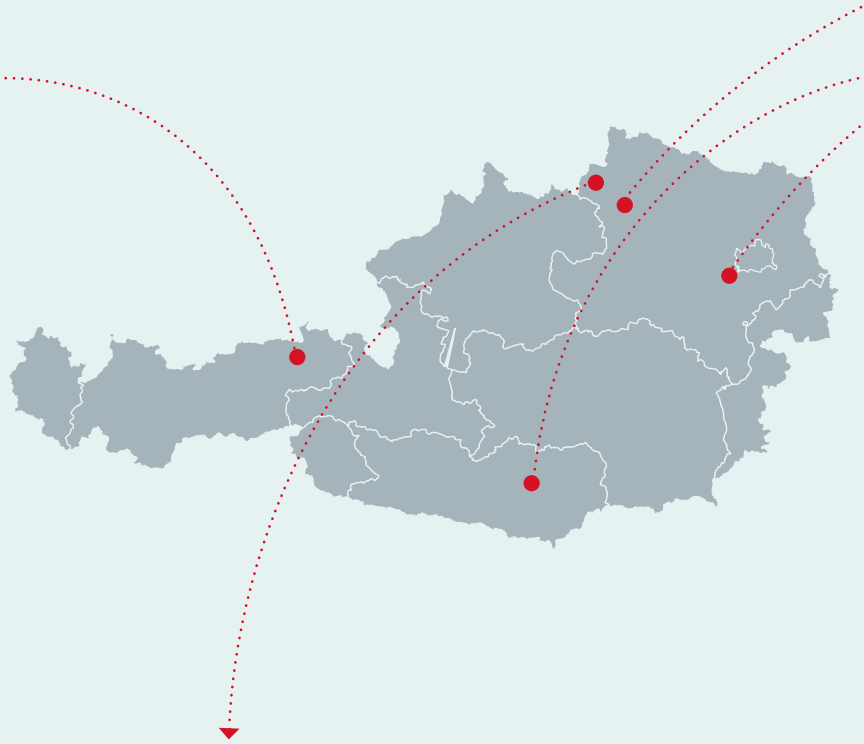
**Für den Kauf und die Verteilung können die Gemeinden auf ehrenamtliche Organisationen zurückgreifen.**

Mit den staatlichen Mitteln können die Gemeinden Lebensmittelgutscheine erwerben. Diese Gutscheine gelten ausschließlich für den Kauf von Lebensmitteln und müssen in den Geschäften eingelöst werden, die mit der Gemeinde eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen haben. Außerdem können Gemeinden Lebensmittel und Grundbedarfsgüter auch direkt erwerben und diese dann an Bedürftige verteilen. Für den Kauf und die Verteilung können die Gemeinden auf ehrenamtliche Organisationen zurückgreifen.

Um eine landesweit einheitliche Handhabung zu gewährleisten, hat der Rat der Gemeinden einige Leitlinien festgelegt, die den Gemeinden als Orientierung bei der Verwendung der Mittel dienen sollen.

**gvcc.net**
Südtiroler Gemeindenverband

# PERSONALIA



## Amtsübergabe unter **strengen Maßnahmen**

**SCHWOICH //** Schwoich im Bezirk Kufstein in Tirol hat seit Ende April 2020 einen neuen Bürgermeister – Peter Payr übernimmt die Rolle als Ortschef von Josef Dillersberger inmitten der Corona-Krise. „Die Wahl musste unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt werden", erzählt Payr. Dabei mussten alle Anwesenden Mund-Nasen-Schutz tragen und einen Sicherheitsabstand einhalten. „Die Übergabe war ja schon länger geplant und ist jetzt aufgrund von Covid-19 natürlich ohne Festakt hinter verschlossener Tür im ganz engsten Rahmen erfolgt", sagt der neue Bürgermeister, der bereits Ende März interimistisch die Gemeindegeschäfte von seinem Vorgänger übernommen hat. Der gelernte Spengler und Glaser Payr blickt er auf jahrelange Erfahrung in der Gemeindepolitik zurück. Nachdem er lange Zeit als Leiter des Gemeindebauhofs tätig war, übernahm er nach Abschluss mehrerer Fortbildungen und absolvierter Verwaltungsdienstprüfung das Schwoicher Bauamt. Im Gemeinderat ist Payr seit über zwei Jahrzehnten vertreten, er ist unter anderem als Obmann des AAB der Ortsgruppe aktiv und stand 20 Jahre lang an der Spitze der Freiwilligen Feuerwehr Schwoich.

Als Bürgermeister möchte Payr Schnittstelle zwischen Bürgern, Verwaltung, Politik und Wirtschaft sein. „In der Vergangenheit ist es gelungen, durch verträgliche Betriebsansiedlungen eine gute wirtschaftliche Basis zu schaffen. Dieser Weg soll fortgesetzt werden, damit Schwoich eine lebens- und liebenswerte Gemeinde bleibt, in der Menschlichkeit großgeschrieben wird."

## **Es gibt einiges** aufzuarbeiten

**BAD GROSSPERTHOLZ //** Den Start als Großpertholzer Bürgermeister hat sich Hermann Hahn jun. von der Liste „Pertholz aktiv" anders vorgestellt. Nur vier Tage nach seiner Wahl kam die Corona-Krise. Untätig war er aber in den vergangenen Wochen nicht. „Es gibt einiges aufzuarbeiten und auch vieles vorzubereiten", betont Hahn. Derzeit sei man auch mit neuen Varianten für die geplante Kinderbetreuungs-Tagesstätte beschäftigt. Für die Feuerwehren soll die Löschwasserversorgung in den Ortschaften verbessert werden und im Kurhaus gebe es einige Sanierungsarbeiten.

„Die Situation ist sehr fordernd. Ich stehe mit den Fraktionssprechern in Verbindung, wir wollen sobald wie möglich den normalen Alltag wieder einkehren lassen", meint Hahn, der seinen Bürgern großes Lob für das disziplinierte Verhalten in den letzten Wochen ausspricht. In der Gemeinde Bad Großpertholz habe es nur einen Quarantäne-Fall gegeben. „Diese Quarantäne war aber nur sicherheitshalber. Wir hoffen, das bleibt so."

Als Obmann des Naturparks ist Hahn ebenfalls gefordert. Es laufen die Vorbereitungs- und Sanierungsmaßnahmen an, so ist auch der Aussichtsturm in Arbeit. „Wir rechnen mit einem Start Ende Mai. Bis dahin werden auch Ziegen und Waldschafe im Naturpark angesiedelt sein", betont Hermann Hahn.

## „Nach 31 Jahren ist es genug“

**ST. VEIT an der GLAN //** Er gehört zu den am längsten amtierenden Bürgermeistern in Kärnten: Gerhard Mock leitete ganze 31 Jahre lang die Geschicke der Stadtgemeinde St. Veit an der Glan. Doch nun ist Schluss: Eigentlich hätte der 66-Jährige mit Ende März 2020 in den Ruhestand gehen wollen. Wegen der Corona-Krise verschob sich der Rücktritt um zwei Wochen.

Auf seine Amtszeit darf Mock als Gewinner von insgesamt fünf Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen zurückblicken.

Besonders stolz ist Gerhard Mock darauf, dass es ihm gelungen ist, aus der kleinen Bezirksstadt St. Veit einen wichtigen Wirtschaftsstandort

zu machen. „Dass weltweit tätige Unternehmen wie GREENoneTec, Kioto Solar, FunderMax oder Jacques Lemans hier ihre Zentrale haben, spricht für sich“, erzählt der Ex-Bürgermeister. Mit der ausgegliederten Stadtholding gründete Mock zudem vier Betriebe: Sie bilden eine solide Basis für das städtische Budget.

Ein großer Meilenstein war auch die Realisierung des St. Veiter Industrieparks. „Das war damals ein großer Kraftakt“, so Mock rückblickend. „Noch heute ist der Industriepark der wirtschaftliche Motor für unsere Stadt.“

## Neu im Amt und gleich die Krise

**KALTENLEUTGEBEN //** Bernadette Schöny ist mit 27 Jahren die jüngste Bürgermeisterin Österreichs. Eine schwerere Zeit, ihr Amt anzutreten, hätte sie sich wohl kaum aussuchen können. Im März 2020 wurde Schöny in der 3300 Einwohner starken Marktgemeinde Kaltenleutgeben angelobt. „Ich wusste von Anfang an, dass das Amt eine Herausforderung wird, aber die Corona-Krise war eine ganz besondere Überraschung“, erzählt die frischgebackene Bürgermeisterin. „Wir haben das aber so weit ganz gut gemeistert“, ist sie sich sicher.

Zu Beginn der Corona-Krise

berief sie im Rathaus einen Krisenstab ein. Notwendige Vorkehrungen wurden sofort getroffen, manche Schließungen geschahen sogar schneller als vom Bund angeordnet. Es wurde ein Einkaufsservice für Bürgerinnen und Bürger in der Risikogruppe eingerichtet und am Gemeindeamt arbeitet man versetzt, um die Mitarbeiter zu schützen. „Es ist eine außergewöhnliche Situation und es ist für mich noch nicht ganz klar, was genau coronabedingt und was meine normale Tätigkeit ist“, so Schöny.

## Im Dorf etwas weiterbringen“

**KIRCHSCHLAG //** Kirchschlag hat eine neue Bürgermeisterin: Christina Martin steht seit Anfang März an der Spitze der 619 Einwohner großen Gemeinde im Waldviertel. Mit 13 von 15 Stimmen wurde sie zur Nachfolgerin von Johann Stieger gewählt, der zehn Jahre als Bürgermeister aktiv war. Christina Martin, die erstmals für die ÖVP in Kirchschlag in den Ring stieg, konnte bei der Gemeinderatswahl die Stimmen um elf Prozentpunkte ausbauen und kommt nun auf 71 Prozent der Stimmen. „Ich bin von klein auf schon mit dem Gemeindeleben verbunden gewesen. Ich war ab 2010 im Gemeinderat und nun bin ich Bürgermeisterin“, sagt die Waldviertlerin. In all ihren Funktionen war ihr Ziel: „Im Dorf etwas weiterzubringen.“

Bei ihrer Arbeit für Kirchschlag will

Christina Martin mit ihrem Team noch unparteiischer arbeiten, noch mehr zusammenhalten und die Arbeit für den Ort in den Fokus stellen. „Die Bürger müssen spüren, dass etwas weitergeht, und zwar gemeinsam“, so die Bürgermeisterin. Im Miteinander will sich die Gemeindechefin auch an die anstehenden Pläne machen. „Wir brauchen dringend ein neues Feuerwehrhaus. Das ist ein wichtiger und notwendiger Schritt“, so Martin. Dem soll eine PV-Anlage mit Bürgerbeteiligung folgen – vorerst auf dem Dach des Gemeindeamtes und der Kläranlage. In weiterer Folge dann auch auf der Schule. „Mir ist lieber, wir nutzen die Dächer, als dass wir noch mehr Flächen bebauen“, so die Ortschefin.

FOTOS: Österreichischer Gemeindebund

# „STADT, LAND, FLUSS“ AUF **ÖSTERREICHISCH**

**Neue Ausgabe, neuer Buchstabe des österreichischen „Stadt, Land, Fluss“-Spiels.** Wenn auch Sie Vorschläge haben, mit welchen Berg- oder Ortsnamen man das Spiel gewinnen kann, mailen Sie uns – X und Y kommen bald: **redaktion@kommunal.at**

## LAND (BEZIRK)

Der Bezirk **STEYR-LAND** ist ein politischer Bezirk des Landes Oberösterreich und liegt im Traunviertel an der Grenze zu Niederösterreich. Er wurde 1868 eingerichtet. Der Bezirk gliedert sich in 20 Gemeinden, davon eine Stadt und sechs Marktgemeinden, und hat rund 60.000 Einwohner.

## FLUSS

Die **STEINERNE MÜHL** ist ein Fluss im Mühlviertel in Oberösterreich, der in Südböhmen als Horský potok entspringt. Sie gilt zusammen mit der Großen Mühl und der Kleinen Mühl als Namensgeber für das Mühlviertel in Oberösterreich.

## BERG

Der **SIMILAUN** ist ein rund 3600 m hoher, ehemals eisüberzogener Berg des Schnalskamms in den Ötztaler Alpen an der Grenze zwischen Tirol und Südtirol. Bekannt ist er u.a. durch die „Mumie vom Similaun“, eine rund 5250 Jahre alte Eismumie (vulgo „Ötzi“).

## TIER

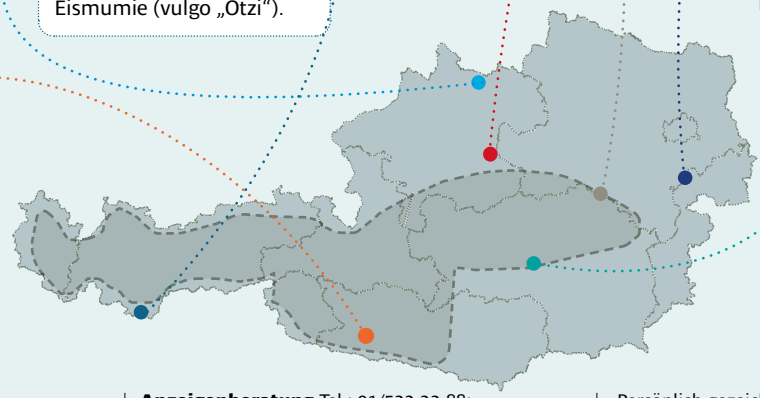
Der **STEINADLER** ist eine große Greifvogelart innerhalb der Familie der Habichtartigen und ist das Wappentier Österreichs. In den letzten Jahren wurde er erfolgreich wieder ausgewildert. Leider finden sich immer wieder vergiftete Adler, zuletzt sogar während der Corona-Krise.

## PERSÖNLICHKEIT

**ALFRED „FRED“ SINOWATZ** (*1929, Neufeld/Leitha; †2008, Wien) war ein Politiker und Historiker. Von 1983 bis 1986 war er Bundeskanzler von Österreich. Als Unterrichtsminister unter den Regierungen Bruno Kreiskys zeichnete er für sozial orientierte Reformen im Bildungssystem verantwortlich und führte unter anderem die Schülerfreifahrten und Gratis-Schulbücher ein.

## STADT/GEMEINDE

**STOCKENBOI** ist eine Gemeinde mit 1605 Einwohnern (Stand 1. Jänner 2019) im Bezirk Villach-Land in Kärnten. Rund 70 Prozent der Gemeindefläche sind mit Wald bedeckt, 13 Prozent sind landwirtschaftliche Nutzfläche. Das Gebiet wurde um 600 n. Chr. von Keltoromanen besiedelt.



## PFLANZE

Das **STERNHAAR-FELSENBLÜMCHEN** (Draba stellata) ist eine Pflanzenart aus der Gattung der Felsenblümchen innerhalb der Familie der Kreuzblütengewächse. Sie ist ein österreichischer Endemit der nordöstlichen Kalkalpen und der Niederen Tauern und kommt zerstreut in Oberösterreich, Niederösterreich und der Steiermark vor.

**IMPRESSUM**
**Herausgeber** Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
**Medieninhaber** Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstraße 6, 2. Stock, 1010 Wien
Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77,
E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
www.kommunal.at
**Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
**Redaktion** Tel.: 01/532 23 88; Mag. Hans Braun – DW 516 (Chefredaktion), hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl – DW 515, helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak – DW 537, andreas.hussak@kommunal.at
**Adressverwaltung** Regina Philipp – DW 518, regina.philipp@kommunal.at
oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:
**http://kommunal.at/leserservice/**

**Grafik** Thomas Max – DW 542
thomas.max@kommunal.at
**Fotos** adobe.stock.com; www.bilderbox.at

**Anzeigenberatung** Tel.: 01/532 23 88;
Martin Pichler (Leitung) – DW 511,
martin.pichler@kommunal.at;
Martin Mravlak – DW 528,
martin.mravlak@kommunal.at;
Stevan Kovacievic –DW 512,
stevan.kovacievic@kommunal.at

**Redaktionsbeirat** Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Wolfgang Schneider (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Daniel Kosak (BM für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

**Hersteller** Leykam Druck, 7201 Neudörfl;
**Druckauflage KOMMUNAL: 34.614** (Jahresschnitt 2019)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

**Hinweis zu Gender-Formulierung**
Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
PEFC
PEFC/06-39-08
www.pefc.org

# Wer verschafft mir jetzt den Spielraum, damit sich meine Gemeinde weiterentwickeln kann?

## Führende Public Sector-Expertise

RUND 50% ALLER GEMEINDEN SIND KUNDEN DER BANK AUSTRIA

Wer seine Gemeinde weiterentwickeln und dabei auch durch schwierige Zeiten bringen muss, braucht einen kompetenten Partner. Nahezu jede zweite österreichische Gemeinde vertraut dabei auf die Bank Austria. Unsere innovativen Service-Tools, wie die „Praxisplaner“, können gerade dann, wenn die Rahmenbedingungen schwieriger werden, kommunale Aufgaben erleichtern. So unterstützen wir Sie dabei, Ihren Handlungsspielraum heute und in Zukunft zu optimieren. Und das nachhaltig. Denn, wenn es um die Zukunft einer ganzen Gemeinde geht, muss die Lösung vor allen Dingen eines sein: zukunftssicher.

Die Bank für alles, was wichtig ist.

Bank Austria
Member of UniCredit

publicsector.bankaustria.at

Entgeltliche Einschaltung des BMDW / Adobe Stock

Von
Österreich, für
Österreich.

Bundesministerium
Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

## Österreichs größter digitaler Schulterschluss

**www.oesterreich.gv.at/kmu**

Auf Initiative des Wirtschaftsministeriums bieten mehr als 100 IT- und Telekom-Unternehmen in Österreich für zumindest drei Monate kostenlos digitale Dienste für KMU an. Das Vertrauen in die neuen digitalen Technologien kann jetzt eine große Chance für KMU sein. Zur Bewältigung der Corona-Krise ist es wichtig, dass Unternehmen digital arbeiten können und so Arbeitsplätze gesichert werden.